Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Schwerpunkt

Social Entrepreneurship – Soziales Unternehmertum

Interview

Volker Bruns
BLG-Vorsitzender

ASG-Frühjahrstagung in Meißen

H 20781 | 67. Jahrgang | 02/2016 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 ASG-Frühjahrstagung 2016 in Meißen: Ländliche Entwicklung und Integration von Geflüchteten
8 Heterogene Ressortzuschnitte „Landwirtschaft“ und Novellierung der GAK

Agrarpolitik

10 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Auf zu neuen Ufern

Landwirtschaft

12 Interview mit Volker Bruns, BLG: Es wird keine Strukturbrüche geben
14 Bioenergie-Regionen tragen auch zukünftig zur Energiewende bei
16 Kritischer Agrarbericht: Wachstum? Welches Wachstum?

Ländlicher Raum

18 Dorferneuerung wird ökologisch-soziale Dorfentwicklung
23 Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ (BW): Neue Strategien für die zielgruppenspezifische Siedlungsentwicklung
26 Flüchtlinge in ländlichen Räumen – Erkenntnisse aus dem Wettbewerb „Menschen und Erfolge“

Schwerpunkt Social Entrepreneurship – Soziales Unternehmertum

30 Soziale Ökonomie – eine zukunftsorientierte Wirtschaftsweise: Definitionen und Abgrenzungen
32 Ashoka: Sinnmaximierung – Problemlöser auf dem Vormarsch
35 Sozialunternehmen als vielversprechende Zielgruppe der Gründungs- und Wirtschaftsförderung
38 Crowdfunding für Landwirtschaft und ländlichen Raum
42 BioBoden Genossenschaft: Auf dem Boden der Tatsachen
44 Kiron Open Higher Education: Integration durch Bildung
45 Sozialunternehmen als Partner für CSR-Maßnahmen

Personalien

46 Dr. Martin Wille 75 Jahre
46 Dr. Aloys Altmann 70 Jahre
46 Aus den Länderministerien

Termin

46 Frauen bewegen Landwirtschaft – Landwirtschaft bewegt Frauen

Lesetipps

47 Unterleuten
47 Fleischatlas 2016: Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel – Deutschland Regional
47 Beiträge zur Agrargeschichte der DDR

Aus der Forschung

48 Wohnen in Sachsen-Anhalt im demographischen Wandel – Wie können Kommunen und Unternehmen auf Ansprüche einer älter werdenden Bewohnerschaft reagieren?
48 Regionalwirtschaftliche Effekte durch Naturtourismus
48 Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012 – Neue Medien und dörflicher Wandel

Foto Titelseite: Jendrik Schröder für „Original Unverpackt“ in Berlin (s. Bericht S. 34). Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autoren, Fotografen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Die Hilflosigkeit in Bezug auf die Bekämpfung von Fluchtursachen treibt viele Menschen um. Jede und jeder Einzelne von ihnen sucht einen Weg, sich dem Thema zu nähern – sei es durch die Beschäftigung mit den Fluchtursachen, das Engagement auf politischer Ebene oder das praktische Anpacken. Ein kleiner Baustein in diesem Geflecht war die ASG-Frühjahrstagung in Meißen, bei der wir uns mit der Integration von Geflüchteten und der Willkommenskultur – speziell auch im ostdeutschen Bundesland Sachsen – beschäftigt haben und engagierte Projekte kennenlernen konnten. In einem waren sich Referentinnen und Referenten wie auch Diskussionsteilnehmer und Diskussionsteilnehmerinnen einig: Diejenigen Menschen, die den beschwerlichen Weg nach Deutschland geschafft haben und hier bleiben wollen, sollen besser in unsere Gesellschaft integriert werden als frühere Generationen von Einwanderern und Geflüchteten. Was neben einer dezentralen Unterbringung – auch in ländlichen Räumen – hierfür noch erforderlich ist und welche Rolle die ländliche Entwicklungspolitik dabei übernehmen kann, können Sie in der Tagungsdokumentation auf den kommenden Seiten und in den Beiträgen der Referent/-innen auf unserer Website nachlesen.

Eine Ergänzung zum Thema unserer Frühjahrstagung bietet der Artikel von Corinna Kennel und Marie Neumüllers über die Erkenntnisse und Empfehlungen zur Aufnahme von Flüchtlingen in ländlichen Räumen aus dem Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ 2015 des Bundesumweltministeriums.

Der Schwerpunkt unserer aktuellen Ausgabe trägt einen nicht ganz leicht auszusprechenden Titel. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, ihm einen deutschen Begriff an die Seite zu stellen. Wir sagen bewusst nicht „die deutsche Übersetzung“, denn die gibt es nicht. Warum Social Entrepreneurs etwas anderes sind als Unternehmer im sozialen Bereich und worin der Unterschied besteht, das erfahren Sie in diesem Heft. Vorweg sei schon einmal so viel gesagt: Hier geht es um ein neues unternehmerisches Selbstverständnis, bei dem die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme im Vordergrund steht und der Erfolg nicht nur an ökonomischer Leistungsfähigkeit gemessen wird. Wie immer stellen wir reichlich Beispiele aus den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Konsum, gesellschaftliche Teilhabe und Umweltschutz vor.

Ihre

Ines Fahning, Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

ASG-Frühjahrstagung 2016 in Meißen:

Ländliche Entwicklung und Integration von Geflüchteten

Eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der ländlichen Regionen in Sachsen sei das große Engagement der Bürger und Bürgerinnen vor Ort, betonte Staatsminister Thomas Schmidt in seiner Begrüßungsansprache. Dies werde durch die neue Gestaltung des LEADER-Programms in Sachsen gestärkt. 30 LEADER-Regionen könnten ihre eigenen Entwicklungsziele sowie spezifische Förderansätze und -höhen bestimmen. Dies biete auch Chancen für eine Integration der geflüchteten Menschen in den ländlichen Räumen Sachsens. Nach anfänglicher auf Ängsten und Unsicherheiten beruhender Ablehnung, sei das Engagement für die Schutzsuchenden groß.

Fotos: M. Busch

„Wir freuen uns, dass die Agrarsoziale Gesellschaft ihre Tagung zu einem aktuellen Thema in Sachsen veranstaltet, sie ist eine wichtige Impuls- und Ideengeberin."

Thomas Schmidt,
Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft

Olaf Raschke, Oberbürgermeister von Meißen, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass es sowohl in der Landwirtschaft, in der er seinen beruflichen Werdegang begonnen habe, wie auch bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten auf vorausschauendes Denken ankomme. So sei gleich zu Beginn der Flüchtlingswelle in Meißen beschlossen worden, dass es keine großen Gemeinschaftsunterkünfte geben solle. Heute seien in der Stadt 600 bis 700 Schutzsuchende untergebracht, es müssten jedoch weder Zäune gebaut noch Wachdienste beschäftigt werden.

Die 1947 gegründete Agrarsoziale Gesellschaft e.V. habe es damals als ihre Aufgabe betrachtet, bei der Integration von Millionen von Geflüchteten in die ländlichen Räume mitzuwirken und werde dies auch heute tun, unterstrich Dr. Martin Wille. Diese Aufgabe sei heute jedoch ungleich schwerer, da nur noch wenige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft benötigt würden und die Menschen – im Gegensatz zu damals – aus einem anderen Kulturkreis stammten. Dies stelle auch die ländliche Entwicklungspolitik vor neue Herausforderungen, weshalb sich die ASG-Frühjahrstagung der Thematik widme.

Olaf Raschke, Oberbürgermeister von Meißen, und Dr. Martin Wille, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Sachsen auf neuen Wegen

Während sich der demografische Wandel in verlangsamter Form weiter fortsetze, hätten sich Wirtschaft und Infrastruktur seit der Wiedervereinigung auch im ländlichen Raum gut entwickelt, so Daniel Gellner. Die Beseitigung von Defiziten im Bereich der Breitbandinfrastruktur, die Verhinderung des Rückzugs der Grundversorgung aus der Fläche, die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen und neuerdings die Integration von Migranten stellten jedoch weiterhin Herausforderungen dar. Bereits in der EU-Förderperiode 2007-2013 habe sein Ministerium die Förderung in der ländlichen Entwicklung – über LEADER hinaus – an regionale Entscheidungen auf Grundlage von mit der Bürgerschaft erarbeitete Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) geknüpft. Jeder der 35 Regionen habe für die Umsetzung der ILEK ein eigenes Budget zur Verfügung gestanden. 673 ehrenamtliche Mitglieder in den Koordinierungskreisen und über 143 000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei unterschiedlichen Veranstaltungen seien am Prozess beteiligt gewesen. In der EU-Förderperiode 2014-2020 würde die-

„Auch in Behörden gibt es Angst vor Verantwortung. Wir versuchen die Verantwortlichen zu ermutigen, entscheidungsfreudig zu sein."

Daniel Gellner,
Abteilungsleiter Land- und Forstwirtschaft, ländliche Entwicklung, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)

Daniel Gellner, Moderatorin Angela Elis, Ulrike Funke und Julia Schindler (v.l.n.r.)

ses Prinzip konsequent fortgesetzt. Die EU-Mittel für ländliche Entwicklung würden nun vollständig und flächendeckend über LEADER umgesetzt. 30 LEADER-Gebiete hätten in ihren LEADER-Entwicklungsstrategien (LES) neben den Zielen auch die Fördergegenstände und Förderhöhen selbst festgelegt und seien für die Auswahl der Projekte auf der Grundlage des eigenen Budgets verantwortlich. Die zeitnahe und flexible Anpassungsmöglichkeit der LES, ohne dass eine Genehmigung durch die EU-Kommission notwendig sei, verringere die Reaktionszeit auf neue Herausforderungen wie die Integration von Migranten und erlaube eine zielgenaue regionale Herangehensweise.

Neue Menschen braucht das Land

Mit der Entwicklung eines Demografieleitbildes werde der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge den Prozess, dass die Bevölkerung auch hier künftig weniger, älter und bunter werde, gestalten, so Ulrike Funke. Menschen müssten sich durch attraktive Rahmenbedingungen – hierzu gehörten eine gesunde Wirtschaft und Arbeitsplätze – „willkommen“ fühlen, um zu bleiben und sich dauerhaft in der Region einzubringen. Angesprochen werden sollen Existenzgründer, Rückkehrer, Pendler, Investoren, Senioren mit Alterswohnsitz sowie andere in- und ausländische Zuwanderer. Wichtig seien Informationen über aktuelle freie Stellen und Probearbeitsplätze und eine leistungsgerechte Bezahlung. „Kümmerer“ könnten einen Willkommensservice „im Paket“ anbieten, indem sie für bedarfsgerechte Informationen zu Wohnung, Kita, Schule, Bildungs-/Freizeitangeboten, Daseinsvorsorge und Mobilität sorgten. Zum Projekt gehörten daher zwei „Modellvorhaben Kümmerer“, bei denen die Potenziale einer solchen Personalstelle untersucht werden sollen und die „Willkommenswebsite“ des Landkreises www.ab-nach-hause.eu. Rückkehrer könnten sich in den meisten Fällen gut integrieren, für Neuzuwanderer sei es schwieriger, sie brächten zwar frischen Wind in die Region, bräuchten aber „Kümmerer“, um sich schneller zurechtzufinden und auch im soziokulturellen Sinn „anzukommen“. Als Projektabschluss würden konkrete Vorschläge für die Erstellung eines „Willkommensleitfadens“ als sinnvolles, praktikables Arbeitsinstrument zur Unterstützung der Kommunen formuliert.

„Grundlage für Willkommenskultur ist ein gegenseitiger Verständnisprozess, um Wege zueinander und Platz füreinander zu finden.“

Ulrike Funke,
Geschäftsführerin Landschaf(f)t Zukunft e.V.

Heidenauer Flüchtlingshelfer

Die Aktion Zivilcourage e.V. sei als überparteiliche Organisation im Bereich der Bildungs- und Beratungsarbeit tätig, erläuterte Julia Schindler. Seit ihrer Gründung im Jahr 1998 trete sie für die Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen, insbesondere im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,

„Versteht man die Zuwanderung der letzten Monate als Chance für den ländlichen Raum, so gilt es vor allem, die Infrastruktur dort zu stärken."

Julia Schindler,
Aktion Zivilcourage e.V., Koordinatorin für Ehrenamt und Integration

ein. So habe der Verein im August 2015 die Koordinierung des ehrenamtlichen Helfereinsatzes in der Erstaufnahmeeinrichtung Heidenau übernommen. Mehr als 750 Menschen hatten sich hier gemeldet, die ihre Zeit, Geld oder Sachspenden zur Verfügung stellen wollten. Da die Erstaufnahmeeinrichtung zum 30.06.2016 endgültig geschlossen werde, würden sich die Ehrenamtlichen jetzt häufig um die dezentral untergebrachten Menschen kümmern. Dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge seien 2 598 Asylbewerber zur Unterbringung zugewiesen worden, dies entspreche einem (geringen) Anteil von ca. 1,10 % der Einwohner. Trotzdem sei die ungleichmäßige Verteilung von Asylbewerbern und Helfern sowie die Tatsache, dass Ehrenamtliche teilweise aus Angst vor Anfeindungen ihr Engagement sogar vor ihrer Familie geheim halten müssten und so nicht zu Multiplikatoren werden könnten, ein Problem. Zudem seien die Geflüchteten in ländlichen Regionen durch fehlende Transportmittel und Einkaufsmöglichkeiten sowie weite Schulwege isoliert, es stünden selbst für Behördengänge kaum Dolmetscher zur Verfügung und es gäbe zu wenig Sprachkurse. Eine kontinuierliche Betreuung sei kaum möglich, da die meisten Asylsuchenden nach ihrer Anerkennung die Region verließen und ungünstigerweise auch keine weitere Betreuung mehr vorgesehen sei.

Diskussion

Auf Nachfrage bestätigte Daniel Gellner die Eigenständigkeit der Entscheidungen der LEADER-Regionen über die Fördermaßnahmen. Die rechtliche Prüfung und Genehmigung erfolge durch die Landratsämter, die auch gegenüber der EU rechenschaftspflichtig seien. Voraussetzung sei eine gute Kommunikation zwischen LEADER-Gruppe und Behörde. In der aktuellen Förderperiode habe es bisher nur Veränderungen der Entwicklungsstrategien gegeben, die das Verfahren beträfen; diese seien den üblichen Anlaufschwierigkeiten geschuldet, inhaltliche Veränderungen in der Schwerpunktsetzung, insbesondere hinsichtlich der Flüchtlingsfrage, habe es noch nicht gegeben, er rechne jedoch mittelfristig damit. Mit der Bitte, dies nicht für Sachsen zu verallgemeinern, bestätigte Gellner Anfeindungen gegenüber Flüchtlingen und Ehrenamtlichen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Auch der Verfassungsschutz habe hier eine Häufung rechtsradikaler Aktivitäten festgestellt.

Hans Georg Feldbauer, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Hans Georg Feldbauer vermisste in der von Ulrike Funke vorgestellten „Willkommenskultur" die Zielgruppe der Geflüchteten, mit der der Begriff „Willkommenskultur" assoziiert sei. Ulrike Funke war jedoch der Auffassung, dass der Begriff allgemeiner zu verstehen sei, da alle Zuwanderer, abgesehen von Sprachproblemen, die gleichen Rahmenbedingungen vorfänden. Bei den Gründen für die oft fehlende Bereitschaft der Geflüchteten, im ländlichen Raum zu bleiben, seien die gleichen Ursachen maßgebend wie bei Jugendlichen, die in die Stadt zögen. Schindler ergänzte, dass sich die Geflüchteten wenig willkommen fühlten und oft Verwandte oder Bekannte hätten, die in Ballungsräumen lebten. Zum Spracherwerb erläuterte sie, dass es viel zu wenige Integrationskurse gebe und dass das Bildungsniveau der Menschen sehr unterschiedlich sei, teilweise wären sie auch in ihrer Muttersprache kaum alphabetisiert, was sehr differenzierte Sprachkurse erfordere.

Integration als zentrale kommunale Aufgabe

Gudrun Kirchhoff beschrieb die Integration von Geflüchteten als gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel hätten den Diskurs zu Migration und Integration verändert. Die Attraktivität der ländlichen Räume sei jedoch für Migranten noch geringer als für die junge einheimische Bevölkerung. Strukturelle Faktoren seien u. a. der geringe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – im Bundesdurchschnitt jeder fünfte Einwohner – die schlechte Nahverkehrsausstattung, Probleme der Aufrechterhaltung von Hilfe- und Beratungsangeboten und ein eingeschränkter Arbeits- und Ausbildungsmarkt insbesondere für junge Frauen. Hinzu kämen hohe Anpassungserwartungen, langlebige tradierte Strukturen und eine latente Fremdenfeind-

Gudrun Kirchhoff, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Moderatorin Angela Elis, MinDirig. Ralf Wolkenhauer, Hartmut Alker und Dr. Hartmut Berndt (v.l.n.r.)

lichkeit. Andererseits bestünden in den ländlichen Räumen besondere Potenziale durch räumliche Nähe, die große Bedeutung von Einzelpersonen und lokal verankerten Unternehmen, die besondere Wichtigkeit von Vereinen und religiösen Gemeinschaften, die geringen Lebenshaltungskosten und eine geringe Wohnsegregation. Spezifisch für kommunale Verwaltungen sei allerdings häufig die fehlende Anerkennung der Integrationsarbeit und eine geringe Einbindung und Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Zentrale Gelingensbedingungen für die Integration seien jedoch erstens eine kommunale Integrationsinfrastruktur, die sowohl eine interkulturelle Öffnung der kommunalen Institutionen als auch die Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur beinhalte, und zweitens funktionierende Helferkreise. Die notwendigen kommunalen Integrationsstrukturen wie Dolmetscherdienste seien allerdings nur in kleinen oder mittleren Städten bereitzustellen. Für eine potenzialorientierte Integrationspolitik müsse eine ganzheitliche kommunale Entwicklungsstrategie entwickelt werden, bei der Integration Chefsache sei.

„Es ist noch nicht entschieden, ob die Wohnsitzauflage eine Chance oder ein Hindernis für die Integration ist. Die Arbeitsmarktchancen im ländlichen Raum sind begrenzt und die eingeschränkte Mobilität ist weiterhin ein großes Problem.“

Gudrun Kirchhoff,
Deutsches Institut für Urbanistik

Wohnortzuweisung positiv

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke erinnerte an die seiner Ansicht nach erfolgreiche, aber – wie im Buch „Kalte Heimat“ von Andreas Kossert beschriebene – durchaus nicht komplikationslose Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg. Heute sei diese Aufgabe wegen der Sprachprobleme bedeutend schwieriger zu bewältigen. Auch wenn sie eine Einschränkung der Freiheit bedeute, begrüße er die aktuell beschlossene Wohnortzuweisung für anerkannte Asylbewerber ohne Arbeitsplatz. Hierdurch seien die Kreise und Kommunen fähig und in der Pflicht, das für die Integration notwendige persönliche Verhältnis zwischen Verwaltung und Bleibeberechtigten herzustellen. Optimal

„Mit allem was wir zur Verfügung haben, müssen wir in den Kreisverwaltungen und in den Kommunen sagen: Du bist uns willkommen!“

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke,
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages

sei, wenn Wohnraum, Arbeitsplatz, Schule und ÖPNV an einem Ort vorhanden seien, das ginge aber nicht immer. Vorhandene Strukturen müssten genutzt bzw. ertüchtigt werden. Daher seien Gemeinden mit etwa 15 000 Einwohnern eher geeignet als kleine Dörfer. Es sei eine Illusion zu hoffen, dass der ÖPNV im ländlichen Raum wegen der Flüchtlinge ausgebaut werde. Da nur 10 % der Bleibeberechtigten in absehbarer Zeit in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten, sprächen auch fehlende Arbeitsangebote nicht gegen eine Wohnortzuweisung. Sowohl die Länder als auch der Bund hätten bereits einen jährlichen Finanzbedarf von jeweils über 20 Mrd. € für die etwa 1 Mio. Geflüchteten angekündigt. Da es nicht möglich sei, diesen Betrag aufzubringen, müssten bei einem Leerstand von 1,7 Mio. Wohnungen in Deutschland Kosten gespart werden, indem nicht so viel neu gebaut werde.

Förderung der Integration im Rahmen des BULE

Ralf Wolkenhauer erläuterte die geplanten Veränderungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), z. B. die zukünftige Förderfähigkeit von Investitionen in nichtlandwirtschaftliche Kleinstbetriebe. Für die Erfüllung der neuen Aufgaben seien bereits 30 Mio. € in den Haushalt 2016 eingestellt worden (zur GAK s. auch S. 8). Das Volumen der LEADER-Förderung

„Der für den Agrarbereich entwickelte Verwaltungs- und Kontrollmechanismus ist für LEADER nicht geeignet. Daher werden mit der EU Gespräche über eine Anpassung geführt.“

MinDirig. Ralf Wolkenhauer,
Leiter Unterabteilung Ländliche Räume, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

habe sich in Deutschland mit 1,3 Mrd. € gegenüber der letzten Förderperiode mehr als verdoppelt. Dies hänge auch mit der 80%igen Beteiligung der EU zusammen. Der Anteil von 40 % des ELER-Budgets wie in Sachsen sei jedoch europaweit einmalig. Was bisher in Deutschland noch weitgehend fehle, sei die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fonds. Zu den Aktivitäten des BMEL im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten gehörten die im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) geförderten Modellprojekte. Zzt. laufe die Auswahl für das Modell- und Demonstrationsvorhaben „Soziale Dorferneuerung“ und die Bekanntmachung zu „Integration von anerkannten Asylbewerbern in ländlichen Gemeinden“ sei für 2016/2017 geplant. Ebenfalls im Rahmen des BULE solle 2017 das Programm „500 LandInitiativen“ starten, mit dem ehrenamtliche Initiativen zur Integration von

„Das Motto der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft lautet: Nicht lange reden, sondern anfangen und gute Beispiele geben.“

Hartmut Alker,
Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft ArgeLandentwicklung, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Migranten z. B. in den Bereichen Kultur und Sport sowie der Aufbau von Netzwerkstrukturen gefördert werden sollen. Über ein einfaches Antragsverfahren würden dann Zuschüsse in Höhe von 1 000 bis 10 000 € an Initiativen vergeben werden. Wie bei allen Modell- und Demonstrationsvorhaben sollen aus der Evaluation der unterschiedlichen Projekte Schlüsse für die reguläre Förderung gezogen werden.

Positionspapier zur nachhaltigen Integration

Aufgrund der Wohnortzuweisung seien die Gemeinden nun in der Pflicht, für die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu sorgen, so Hartmut Alker. Als Hilfestellung habe die ArgeLandentwicklung in dem Positionspapier „Nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen“ die wichtigsten Faktoren, die für eine erfolgversprechende Integration entscheidend sind, zusammengefasst und verschiedene Instrumente und Erfolg versprechende Vorgehensweisen vorgestellt. Bürgernähe, gemeinsame Konzepte und Strategien, ein Ansprechpartner vor Ort und die Stärkung des „Wir-Gefühls“ seien hierbei die Schlüsselbegriffe. Im Mittelpunkt stünden die Moderation integrierter Prozesse und die Entwicklung einer sozialen Dorferneuerung. Ziel sei auch, den Verantwortlichen die Chancen der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen deutlich zu machen. Gerade in den ländlichen Räumen herrsche Fachkräftemangel insbesondere bei Pflegeberufen, in der Landwirtschaft und im Tourismus. Auch Leerstände könnten durch geeignete Gemeindekonzepte und Nachnutzungsstrategien reduziert werden. Wohnten mehr Menschen in ländlichen Räumen, so könnten Infrastruk-

„Es sind nicht die klassischen Modelle, z. B. im Nahverkehr, die zur Lösung der Probleme beitragen. Wir müssen kreativ sein, das ist der LEADER-Ansatz.“

Dr. Hartmut Berndt,
LEADER-Regionalmanagement Göttinger Land, Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG)

turen rentabler aufrechterhalten werden. Außer der Nutzung der bekannten Entwicklungskonzepte wie ILEK oder LEADER komme es auf den Wandel in den Köpfen an. In lokale Veränderungsprozesse müssten möglichst viele Personen einbezogen werden. Zur Unterstützung der Geflüchteten seien auch „Kümmerer“ vor Ort notwendig. Die Landentwicklung könne die Behörden und Institutionen bei den großen Herausforderungen unterstützen.

LEADER muss unbürokratischer werden

Im Rahmen der aktuellen ELER-Verordnung seien Maßnahmen zur Förderung der Integration vor allem über LEADER möglich, betonte Dr. Hartmut Berndt. Die LEADER-Förderphilosophie biete viele positive Ansätze im Hinblick auf die spezifischen Anforderungen an Integrationsprojekte. Auch kleine Dörfer besäßen ein hohes Maß an Integrationsfähigkeit, was zu einer Win-win-Situation für beide Seiten werden könne. Die Bevölkerung in den ländlichen Räumen gehe zurück und das Durchschnittsalter sei deutlich höher als im Bundesschnitt, während die Geflüchteten jünger seien. Der Bottom-up-Ansatz ermögliche eine auf die lokalen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Akteure vor Ort zugeschnittene Förderung und die dem LEADER-Ansatz zugrunde liegenden Prinzipien der Partizipation und des Dialogs könnten maßgeblich zu mehr Offenheit und Akzeptanz beitragen. Allerdings sei eine unbürokratische Förderung notwendig, die auf ehrenamtliche Strukturen zugeschnitten sei und flexibel und zeitnah Projekte unterstützen könne. Die LEADER-Realität sei meist mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden, die Verantwortung werde oft auf Ehrenamtliche „abgewälzt“ und der Weg von der Idee bis zur Umsetzung sei lang. Der hohe bürokratische Aufwand und die Überforderung der ehrenamtlichen Strukturen seien eine nahezu unüberwindbare Hürde. Durch die unterschiedlichen Programme in den Ländern und eigene Richtlinien sei die Ausgangslage für die LEADER-Aktionsgruppen allerdings oft zwischen den Ländern nicht vergleichbar.

Diskussion

Die aus dem Plenum kommende Forderung, den Wohnungsbau in Städten und Ballungsräumen generell einzustellen, um durch die dann steigenden Mieten der Landflucht entgegenzuwirken, wurde kontrovers diskutiert. Während Prof. Henneke dem Gedanken eines Neubauverbots Sympathien entgegenbrachte und Hartmut Alker befürchtete, dass es wegen der Flüchtlingsströme zu Fehlplanungen im Städtebau kommen könne, betonte Gudrun Kirchhoff, dass Wohnen und Arbeiten immer zusammen

Konrad Schmid, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

gedacht werden müssten und auch Menschen, die in den Metropolen gering bezahlte Tätigkeiten verrichteten, ein Recht hätten, dort zu wohnen.

In Bezug auf den geforderten Bürokratieabbau wies Konrad Schmid auf die Gefahr der Rückforderung von Seiten der EU hin, welche die Entscheidungsfreude in den Verwaltungen bremse. Hier müsse auf die EU-Kommission eingewirkt werden. Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft, Helmut Brunner, habe eine Filterstelle eingerichtet, die hinsichtlich neuer Regelungen des Bundes oder der EU eine Kosten-NutzenAnalyse vornehme. Ralf Wolkenhauer wies darauf hin, dass ehrenamtliche Arbeit oft durch das bestehende Versicherungs- und Haftungsrecht behindert werde. Hier seien Veränderungen notwendig.

Auf die Abschlussfrage von Moderatorin Angela Elis, Freiberg, welche unbürokratischen Experimentierfelder kurzfristig umgesetzt werden sollten, antwortete Ralf Wolkenhauer, dass er sich bei Themen, die den Alltag in den ländlichen Räumen beträfen, generell mehr Freiheit zum Experimentieren wünsche. Als konkrete Beispiele für mögliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt nannte Dr. Berndt eine professionelle Unterstützungsstruktur auf Gemeinde- und Landkreisebene und Prof. Henneke steuerliche Anreize für ehrenamtliche Arbeit. Gudrun Kirchhoff benannte als vordringliche Aufgabe neue Mobilitätskonzepte, denn wenn sich hier nichts ändere, würden weder die Jugendlichen noch die Flüchtlinge in den ländlichen Räumen bleiben. ■ ba

ASG-Herbsttagung
am 9. und 10. November 2016
in Göttingen

Heterogene Ressortzuschnitte „Landwirtschaft“ und Novellierung der GAK

Bei der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Kuratorium der Agrarsozialen Gesellschaft am 8. April 2016 informierte Dr. Ludger Wilstacke über die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die ländliche Entwicklung in den Bundesländern und geplante Veränderungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK).

Nachdem erstmalig 1985 in Nordrhein-Westfalen das klassische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft abgelöst wurde, hätten sich sowohl im Bund als auch in den Ländern die Ressortzuschnitte mehrfach verändert. Eine Übersicht über die Situation in den Ländern gibt Tabelle 1.

In neun (seit dem 18.05.2016 acht) von dreizehn Ministerien sind die Bereiche Landwirtschaft und Umwelt in einem Ministerium zusammengefasst, der Verbraucherschutz wird durch sechs Landwirtschaftsministerien vertreten. Die Bezeichnung Ländliche Entwicklung/Ländliche Räume/Ländlicher Raum taucht in drei Ressortbezeichnungen auf; in Baden-Württemberg ersetzt sie sogar den Begriff „Landwirtschaft“.

Ein ebenfalls heterogenes Bild ergibt sich bei den Zuständigkeiten für verschiedene Aspekte der ländlichen Entwicklung. In sechs Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein) sind ausschließlich die Agrarministerien für die jeweiligen Förderinstrumente zuständig, Planung und Durchführung befinden sich in einer Hand. In den übrigen Flächenländern werden, je nach Bereich, andere Ministerien beteiligt (s. Tab. 2).

Der von der EU stark vorangetriebene LEADER-Ansatz ist in den Bundesländern sowohl hinsichtlich der geografischen Ausdehnung als auch der finanziellen Ausstattung sehr unterschiedlich vertreten. In den östlichen Bundesländern und Schleswig-Holstein umfassen die LEADER-Regionen fast alle ländlichen Gebiete; besonders in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg weist die Karte in dieser Hinsicht jedoch noch viele weiße Flecken auf. Auch bei der Vernetzung der LEADER-Regionen zeigen sich föderale Unterschiede, zuständig sind sowohl staatliche Einrichtungen als auch Vereine; die Finanzierung erfolgt sowohl mit als auch ohne Mittel aus der technischen Hilfe des ELER.

Tabelle 1: Ressortzuschnitte Ministerien für Landwirtschaft (Basis: Ressortbezeichnung)

Bundesland	Landwirtschaft	Umwelt	Verbraucherschutz	Ländlicher Raum	Klimaschutz	Ernährung	Energie	Infrastruktur
Nordrhein-Westfalen	x	x	x		x			
Hessen	x	x	x		x			
Schleswig-Holstein	x	x		x			x	
Brandenburg	x	x		x				
Rheinland-Pfalz	x	x				x		
Seit 18.05.2016	Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (ohne Öko-Landbau)							
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	x					
Niedersachsen	x		x			x		
Thüringen	x							x
Bayern	x					x		
Sachsen-Anhalt	x	x						
Ab 25.04.2016	x	x					x	
Sachsen	x	x						
Saarland		x	x					
Baden – Württemberg			x	x				

Zusammenstellung: Dr. Ludger Wilstacke, Stand April 2016, mit Ergänzungen vom 18.05.2016

Novelle der GAK

Der Gesetzentwurf zur Novelle der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) (verabschiedet am 13. April 2016 vom Bundeskabinett) beinhaltet zwei wichtige inhaltliche Veränderungen und eine Änderung in der Formulierung des Planungsverfahrens. Erstens werden die Agrarumweltmaßnahmen aufgewertet, indem sie unter § 1 Ziffer 2 „Maßnahmen einer markt- und standortangepassten sowie umweltgerechten Landbewirtschaftung“ explizit genannt werden und das Spektrum der möglichen Maßnahmen erweitert

wird. Als neue bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe zu berücksichtigende Aspekte werden der Umwelt- und Naturschutz, die Landschaftspflege sowie der Tierschutz benannt.

Zweitens soll eine Erweiterung im Bereich ländliche Förderung auf das Maßnahmenspektrum der ELER-Verordnung erfolgen, indem unter § 1 Ziffer 7 der Satz „Maßnahmen zur Förderung der Infrastruktur ländlicher Gebiete im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union“ eingefügt wird. Allerdings sollen Maßnahmen zur Förderung der Infrastruktur ländlicher Gebiete nur dort durchgeführt werden können, wo aufgrund des demografischen Wandels und geografischer Abgelegenheit besondere Anstrengungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge erforderlich sind. Bisher sind jedoch noch keine Anhaltspunkte zur geografischen Abgrenzung gegeben worden. In diesem Zusammenhang mutmaßte Dr. Wilstacke, dass diese Formulierung zu einer Diskussion über den Länderschlüssel zur Verteilung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe führen werde.

Drittens sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Länder Förderungsgrundsätze (bisherige Bezeichnung „Maßnahmen“) zur Aufnahme in den Rahmenplan vorschlagen können, welche begründet werden müssen. Es muss ersichtlich sein, dass die geförderten Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist.

Das Spektrum der vom jeweiligen Agrarressort geförderten Maßnahmen sei lt. Dr. Wilstacke im Laufe der letzten 20-30 Jahre inhaltlich deutlich breiter geworden und die Abstimmungserfordernisse mit anderen Politikbereichen/Ressorts – insbesondere im Kontext der ELER-Förderung – hätten deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hätte insgesamt noch bedeutend mehr Abstimmungen zwischen Ministerien erfordert, wenn nicht inzwischen in so vielen Ländern das Agrar- und Umweltressort zusammengefasst worden seien.

Die geplante Novelle der GAK werde die Querverflechtung der Politikbereiche weiter vergrößern und zu mehr formalen Abstimmungsprozessen führen, auch wenn sie nicht der von vielen für wünschenswert gehaltene große Wurf sei. Das tatsächliche Ausmaß von Querverflechtungen und die Einflussnahme auf das Agrarressort seien noch deutlich größer als die formale Zuständigkeit ausweise. Zukünftig werde – auch mit Blick auf die betroffenen Politikbereiche und eine breite Öffentlichkeit – die Förderung von Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Entwicklung noch weniger als bisher ein „abgeschirmtes“ Feld für Agrarfachleute sein. ■ ba

Dr. Ludger Wilstacke, Abteilungsleiter a. D. für Landwirtschaft, Gartenbau, Ländliche Räume im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Tabelle 2: Zuständigkeiten für ländliche Entwicklung in den Bundesländern, sofern nicht ausschließlich das Agrarministerium zuständig ist.

Bundesland	GAK	ELER
	Agrarministerium und zusätzlich das Ministerium …	Federführung liegt beim Agrarministerium, beteiligt sind zusätzlich das Ministerium …
Hessen	… für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	… für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Rheinland-Pfalz (bis 18.05.2016)	… des Innern, für Sport und Infrastruktur	Ausschließlich Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
Mecklenburg-Vorpommern	Ausschließlich Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	… für Wirtschaft, Bau und Tourismus, … für Inneres und Sport, … für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, … der Finanzen
Niedersachsen	… für Umwelt, Energie und Klimaschutz	… für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Thüringen	… für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, … für Umwelt, Energie und Naturschutz	… für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft … für Umwelt, Energie und Naturschutz
Bayern	… für Umwelt und Verbraucherschutz, … der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	… für Umwelt und Verbraucherschutz, … der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Sachsen-Anhalt	Staatskanzlei	… für Finanzen (Federführung als Verwaltungsbehörde) Staatskanzlei Kultusministerium

Zusammenstellung: Dr. Ludger Wilstacke, Stand April 2016

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Auf zu neuen Ufern

Von neuen Tönen, flexiblen Landespolitikern und Schlussfolgerungen für die Zukunft

Zuletzt hatten wiederholt Gerüchte die Runde gemacht, in Teilen Berlins sei es vereinzelt zu Engpässen bei der Versorgung mit Kreide gekommen. Zudem hatte es Augenzeugenberichte gegeben, einzelne Abgeordnete einer Oppositionsfraktion seien in einschlägigen Schreib- und Bastelgeschäften der Hauptstadt wiederholt beim Kauf größerer Bestände von Mal- und Tafelkreide beobachtet worden. Unübersehbar sind inzwischen Hinweise, Kreide könnte in haushaltsunüblichen Mengen von grünen Parlamentariern zweckentfremdet für die eigene Ernährung eingesetzt worden sein. Bislang etwa zählten Warnungen vor dem Beelzebub „Massentierhaltung“ in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ebenso zum Markenkern grüner Agrarrhetorik wie Forderungen nach deren Abschaffung, und zwar „sofort, unverzüglich“. Nunmehr ist davon so nicht mehr die Rede. Anlass für diese Vermutung bietet ein Papier voller Schalmeienklänge aus den Tiefen der Bundestagsfraktion zum Umbau der Tierhaltung.

Man setze auf eine „Politik der machbaren Schritte“, lautet eine der aus grünen Mündern gewöhnungsbedürftigen Aussagen in dem Papier. Veränderungen solle es – hört, hört! – „nicht mit der Brechstange“ geben. Die notwendige Umgestaltung der Tierhaltung solle in einem unvorstellbaren Zeitraum von 20 (!) Jahren vollzogen werden. Die dafür erforderlichen Maßnahmen will man gemäß dem alten Seehofer-Wort „Hand in Hand“ (!!) mit den Bauern umsetzen. Dabei helfen sollen 200 Mio. € im Jahr aus dem Bundeshaushalt. Ein Mehrfaches soll aus Brüssel über eine weitere Umschichtung von der 1. in die 2. Säule hinzukommen. Im Kreis der Autoren um Fraktionschef Toni Hofreiter wird von einem „Angebot an die Bauern“ gesprochen. Nicht ganz von der Hand zu weisen ist allerdings die Vermutung, hier könnte es sich mit Blick auf die unaufhörlich näher rückende Bundestagswahl im kommenden Jahr auch um ein Friedensangebot an die Adresse eines oder gegebenenfalls auch mehrerer potenzieller Koalitionspartner auf der anderen Seite des (agrarpolitischen) Grabens handeln.

Dass die Partei auf dem Weg zur politischen Macht zu einem gehörigen Maß an Flexibilität bereit ist, hat sie zuletzt bei ihrem Aufbruch in bislang weitgehend unbekannte Farbkompositionen auf Länderebene eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Nur auf den ersten Blick etwas altbacken, weil schon mal dagewesen, kommt dabei die rheinland-pfälzische Ampel daher. In Wahrheit wurden in Mainz Scheunentore für künftige Kooperationen auf Regierungsebene geöffnet. Nachdem sich Grüne und FDP zunächst partout nicht darauf hatten verständigen können, wem die Landwirtschaft anvertraut werden soll, fällte die rot-gelb-grüne Runde ein wahrhaft salomonisches Urteil: Beiden. Zugegeben, der größere Brocken geht mit der konventionellen Landwirtschaft an die Liberalen. Die wird im dortigen Wirtschaftsministerium in alter FDP-Tradition eine von politischen Gestaltungsansprüchen weitgehend ungestörte Bleibe finden. Im grün-geführten Umweltministerium verbleibt der ökologische Rest. Diese Konstruktion verspricht zum einen eine intensive und ressortübergreifende Diskussionskultur innerhalb der Mainzer Beamtenschaft. Zum anderen eröffnet sie bislang nicht gekannte Perspektiven für künftige Koalitionen andernorts.

Sollten sich beispielsweise CDU und CSU demnächst nicht über die Besetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums einigen, könnte die Zuständigkeit für bäuerliche Agrarstruktur und Küstenschutz in ein CSU-geführtes Verteidigungsressort überführt, die übrigen Bereiche mit dem Schwerpunkt Ernährung zur Chefsache im unmittelbaren Verantwortungsbereich von Kanzleramtsminister Peter Altmaier erklärt werden. Bei Schwarz-Grün im Bund wäre eine Rotation vorstellbar: Die CDU stellt den Landwirtschaftsminister in günstigen Marktzeiten, CSU und Grüne übernehmen, wenn wieder mal zu viel Menge auf die Preise drückt. Selbst für den zumindest theoretisch denkbaren worst case, dass die AfD dereinst in einem ostelbischen Bundesland in Regierungsmitverantwortung käme, könnte man der Rechtspartei nach dem „Prinzip Mainz“ möglicherweise das Landwirtschaftsressort anbieten, ihr die Zuständigkeit für die EU sowie für ausländische oder zumindest islamische Saisonarbeitskräfte aber ersparen.

Auch in Sachsen-Anhalt erwiesen sich die Koalitionäre ein-

schließlich der Grünen als erstaunlich beweglich. Nach lautstarken Warnungen von Landwirten, Waldbesitzern, Jägern und verwandten Berufsgruppen vor dem Abgleiten des nächsten blühenden Agrarlandes in den grünen Höllenschlund soll es auf Seiten der so Verfemten die Bereitschaft gegeben haben, sich entgegen dem ausdrücklichen Basiswunsch mit einem Ministerium für Umwelt und Energie ohne Landwirtschaft zu begnügen, wenn der Partei dafür nur das renitente Agrarvolk erspart bliebe. Hier war es die CDU in Person ihres Ministerpräsidenten Reiner Haseloff, die den ganz kleinen Koalitionspartner zum Jagen tragen musste: „Mit den Bauern oder nix" – so oder so ähnlich soll der Regierungschef die Grünen letztlich zur Übernahme der agrarpolitischen Gestaltungshoheit in Sachsen-Anhalt genötigt haben.

Beweglichkeit demonstrierten beide Seiten schließlich auch bei den grün-schwarzen Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg. Offenbar befürchteten maßgebliche CDU-Agrarier im Bund, ihre Partei könnte künftig zwar über viel agrarpolitische Kompetenz, aber wenig Gelegenheit zu deren praktischer Ausübung verfügen. Aus Berlin sollen eindringliche Appelle an die Unterhändler in Stuttgart ergangen sein, den christdemokratischen Führungsanspruch auf das Landwirtschaftsministerium mit Nachdruck geltend zu machen. Andernfalls wäre die einst stolze Riege der bundesdeutschen CDU-Landwirtschaftsminister auf einen einsamen Sachsen namens Schmidt reduziert worden. Die Grünen-Entscheider zeigten Verständnis und widerstanden den nachdrücklichen Forderungen ihrer vielköpfigen agrarischen Anhängerschaft, das Ressort nicht aus der grünen Hand zu geben. Gleichzeitig zählt die CDU als selbsternannte oberste Interessenwalterin der Bauern inzwischen immerhin wieder zwei Agrarminister in ihren Reihen. Es geht doch.

Für die bundesdeutsche Agrarpolitik 2017 folgende ergeben sich aus den Erfahrungen vielfältige Optionen. Entweder die Grünen beanspruchen bei entsprechendem Wahlausgang das Bundeslandwirtschaftsministerium – oder sie lassen es. Für Letzteres könnte sprechen, dass man dann nicht in die unangenehme Lage käme, allzu gewagte Konzepte einer grünen Milchmarktpolitik oder mutiger Finanzzusagen der harten Wirklichkeit auszusetzen.

Ganz andere Überlegungen, wenngleich mit ähnlichem Ergebnis, könnten in den Reihen der CSU angestellt werden, deren Regentschaft über das Agrarressort im Bund während der letzten Jahrzehnte nur gelegentlich von anderen Parteien unterbrochen wurde. Dies gilt umso mehr, als aus der Zuständigkeit für die bundesweite Landwirtschaft seit geraumer Zeit kein rechter Glanz für die Partei abfallen will. Eine Rolle könnten dabei die Erfahrungen der Christsozialen mit diversen Gipfeln spielen. Während etwa der jüngste Milchgipfel des guten Christian Schmidt nach einigem Hin und Her über Zusammensetzung und Länge der Einladungsliste selbst nach Einschätzung prinzipiell wohlgesonnener Unionsabgeordneter in einem „Kommunikationsdesaster" mündete und der Ausgang des Treffens sehr an das „Hornberger Schießen" erinnerte, zeigte Parteichef Horst Seehofer bekannte Qualitäten als Gipfelstürmer.

Der bayerische Ministerpräsident hatte gleich alle zu einem „Landwirtschaftsgipfel" in seine Staatskanzlei eingeladen, für die die Anliegen und Befindlichkeiten bayerischer Bauern und deren Gefolge eine Herzensangelegenheit sind: neben dem Bauernverband in Mannschaftsstärke die Landfrauen, die Landjugend, die Wald- und die Grundbesitzer, die Schweinehalter und die Ökos, die BDM'ler und die AbL'ler. Am Ende stand ein Hilfspaket von rund 1 Mrd. € – das die Bayerische Staatsregierung im Wesentlichen vom Bund fordert. Unter dem Strich stand auch die Forderung nach einer Mengenbegrenzung, erst freiwillig mit Zuckerbrot, dann obligatorisch mit Peitsche. Feinheiten wie Umsetzbarkeit, Praktikabilität oder gar Mehrheitsfähigkeit in der EU spielten dem Vernehmen nach keine Rolle. Für Verbände und den Großteil der Politik, für die meisten Medien und die am Schicksal der Milchbauern teilhabende Öffentlichkeit steht allerdings fest: der Seehofer, der tut was für seine Bauern.

Im Ergebnis könnten die Parteistrategen von Grünen und Union zu der Überlegung gelangen, dass auch die Nichtbesetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums einen gewissen Charme hätte. Nicht mehr sehr weit ist es dann bis zur Frage, ob ein Agrarressort in der bisherigen Form überhaupt noch zeitgemäß und/oder politisch notwendig wäre. Vielerlei und in Zukunft weiter wachsende Abstimmungserfordernisse zwischen Agrar- und Umweltpolitik, die bereits die aktuelle Regierungspolitik überaus mühselig erscheinen lassen, aber auch jahrzehntealte Forderungen nach einer breit angelegten Politik für ländliche Räume könnten die Phantasien für neue Ministeriumszuschnitte im Bund anregen. Altgediente Agrarier sind nicht schlecht beraten, sich vorsorglich schon mal den einen oder anderen Kreidevorrat anzulegen. ■ *Rainer Münch*

Es wird keine Strukturbrüche geben

Volker Bruns, Vorsitzender des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), zu den Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf dem Milchmarkt, der Notwendigkeit eines verschärften Bodenrechts und seinen Erwartungen an die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe

Wie ernst ist die Lage der Milcherzeuger?

Bruns: Die Situation der Milchviehbetriebe ist dramatisch. Am besten beurteilen kann ich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern. Dort gibt es gegenwärtig keinen Betrieb, der in der Milchviehhaltung schwarze Zahlen schreibt. Eine beträchtliche Zahl von Betrieben unterschiedlicher Rechtsformen hat die Milchproduktion eingestellt. Weitere werden folgen. Dabei spielt auch die Nachfolgefrage sehr oft eine mitentscheidende Rolle.

Haben Sie Zahlen?

Bruns: Offizielle aktuelle Zahlen gibt es nicht, in 2016 werden erst im Juni neue statistische Zahlen erfasst. Nach Ermittlungen der Verbände in Mecklenburg-Vorpommern ist dort von einer Zahl von rund 70 Betrieben in den letzten 12 Monaten auszugehen, die aus der Milchproduktion ausgestiegen sind.

Wen trifft es am härtesten?

Bruns: Besonders betroffen sind spezialisierte Milchviehbetriebe ohne andere Betriebszweige oder zusätzliche Einkommensquellen. Darunter sind viele Familienbetriebe, die nach der Wende die Produktion aufgenommen haben.

Droht der befürchtete „Strukturbruch“?

Bruns: Nein. Es wird nach meiner Einschätzung auch bei einem Andauern der Preismisere keinen flächendeckenden Ausstieg aus der Milchproduktion geben. Auch in Zukunft werden gut geführte Betriebe wirtschaftlich Milch produzieren. Die Betriebe müssen und werden alle Möglichkeiten nutzen, die Talfahrt zu überstehen. Gerade Familienbetriebe haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie dazu in der Lage sind. Staatliche Hilfen spielen dabei allerdings eine wichtige Rolle.

Welche Erwartungen haben die Erzeuger nach Ihrer Einschätzung an die Gestaltung des Milchmarkts?

Bruns: Nach meinem Eindruck glaubt die überwiegende Mehrzahl der Landwirte nicht, dass die Politik die Probleme auf dem Milchmarkt lösen kann. Insbesondere die Wirksamkeit einer wie auch immer gestalteten staatlichen Mengenregulierung wird von den meisten bezweifelt. Zu Recht, wie ich finde.

Welche Möglichkeiten haben die Landgesellschaften zur Unterstützung?

Bruns: Wir leisten einen Beitrag, den Betrieben ausreichend Liquidität zu erhalten. Insbesondere der Flächenankauf bei gleichzeitiger Gewährung der Möglichkeit, die Flächen zu pachten und später zu festen Bedingungen zurückzukaufen, schafft Liquidität und sichert dauerhaft die Bewirtschaftungsfläche. Weiterhin zählt dazu auch die Stundung von Pachtzahlungen.

Wie schlägt sich die Misere auf Ihr Geschäft nieder?

Bruns: Die Milchkrise hat Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit. Zwar verzeichnen die Landgesellschaften für 2015 eine Zunahme bei den Anträgen auf Investitionsförderung im Milchbereich. Wir stellen jedoch fest, dass die Vorhaben zeitlich geschoben werden.

Und 2016?

Bruns: Für dieses Jahr rechne ich mit einem deutlichen Rückgang bei den Förderanträgen für Investitionen in Milchviehanlagen. Neben der Situation auf dem Milchmarkt tragen dazu allerdings auch die erhöhten Anforderungen in den Förderbedingungen einiger Länder bei.

Die Talfahrt betrifft nicht nur die Milch, sondern auch andere Agrarmärkte. Wie wirkt sich das auf den Bodenmarkt aus, der ebenso wie die Investitionsbetreuung zum Kerngeschäft der Landgesellschaften zählt?

Bruns: Ich gehe davon aus, dass sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Anstieg der Bodenpreise abschwächen wird. Insbesondere auf dem Pachtmarkt wird es eine deutliche Entspannung geben. Ich erwarte, dass die Preise bei den Neuverpachtungen in diesem Herbst, regional unterschiedlich, stagnieren oder unter dem Niveau der letzten Jahre liegen werden. Zur Beruhigung des Pachtmarkts trägt auch bei, dass derzeit praktisch keine neuen Biogasanlagen mehr errichtet werden.

Wird die Landwirtschaft für Investoren uninteressant?

Bruns: Das glaube ich nicht. Vielmehr rechne ich damit, dass die Nachfrage von außerlandwirtschaftlichen Investoren hoch bleibt, und zwar unabhängig

von den aktuellen Rahmenbedingungen. Landwirtschaftliche Flächen bleiben nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung eine lohnende und sichere Wertanlage.

Das heißt, Sie sehen weiter Handlungsbedarf auf dem Bodenmarkt?

Bruns: Ja. Die Notwendigkeit einer Nachjustierung beim Grundstückverkehrsgesetz besteht unverändert weiter. Die Politik ist am Zug.

Mit welchem Ziel?

Bruns: Ziel einer gesetzlichen Neuregelung muss es sein, die Herausbildung von marktbeherrschenden Stellungen auf den landwirtschaftlichen Bodenmärkten zu unterbinden. Welche Kriterien dafür gefunden werden, muss politisch diskutiert werden. Eine lang andauernde Leitbilddiskussion ist dafür nicht erforderlich. Es geht unter dem Strich darum, Gefahren für die Agrarstruktur abzuwehren.

Eine Studie des Thünen-Instituts belegt, dass ein Teil der Transaktionen auf dem Bodenmarkt über den Erwerb von Anteilen an landwirtschaftlichen Unternehmen läuft. Was ist zu tun?

Bruns: Die Kontrolle des Anteilserwerbs muss in eine Regulierung des Bodenmarkts einbezogen werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, wenn man einer übermäßigen Konzentration entgegenwirken will.

Wie schätzen Sie den politischen Willen auf Seiten der Länder ein?

Bruns: Nach meinen Informationen werden die Länder an diesem Thema festhalten und eigene Vorstellungen entwickeln. Dies gilt aller Voraussicht nach auch für Sachsen-Anhalt, auch wenn mit Dr. Hermann Onko Aeikens, Landwirtschaftsminister a. D., der Vorkämpfer für ein wirksameres Bodenrecht nicht mehr im Amt ist. Die Länder tun gut daran, nicht zuletzt weil es auch in der Rechtsprechung eindeutige Hinweise auf den Handlungsbedarf im landwirtschaftlichen Bodenrecht gibt. Die Länder sollten daher selbst agieren, bevor sie zum Handeln gezwungen werden.

Widerstand kam zuletzt aus den Verbänden. Das schränkt die Erfolgsaussichten arg ein …

Bruns: Das ist wohl so. Daher kann ich nur dringend empfehlen, den landwirtschaftlichen Berufsstand in die Diskussion einzubinden und mit ihm gemeinsam nach praktikablen Lösungen zu suchen. Umgekehrt sind die Bauernverbände aber gut beraten, sich der Diskussion nicht zu verschließen.

Foto: LGMV

Volker Bruns ist seit Dezember 2015 Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG). Er hat die Nachfolge von Dr. Willy Boß angetreten, der seit 2002 an der Spitze des BLG-Vorstands gestanden hatte. Der aus Ostfriesland stammende Bruns ist seit 1992 für die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern tätig. Zuvor hatte der Diplomagraringenieur mehrere Jahre in der Agrarberatung gearbeitet. Bei der Landgesellschaft war Bruns bis 2005 als Abteilungsleiter für den Grundstücksverkehr zuständig. Seither ist er neben Dr. Thomas Pitschmann einer der beiden Geschäftsführer des norddeutschen Siedlungsunternehmens. Seit 2007 führt Bruns auch die Geschäfte der LGE Mecklenburg Vorpommern GmbH. Das Tochterunternehmen der Landgesellschaft ist in der Baulandentwicklung und Stadtsanierung tätig.

Der BLG hat sich sehr kritisch zum vorliegenden Regierungsentwurf für eine Änderung des GAK-Gesetzes geäußert. Warum diese pauschale Ablehnung?

Bruns: Weil der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die große Koalition hätte die Chance gehabt, die ländliche Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Diese Chance hat sie entgegen ihrer eigenen Absichtserklärungen nicht genutzt. Wir hatten uns deutlich mehr erhofft.

Welche Nachbesserungen sollte es aus Ihrer Sicht geben?

Bruns: Zum einen muss die vorgesehene Gebietskulisse für die neue Infrastrukturförderung gestrichen werden. Es muss gewährleistet werden, dass die GAK-Förderung eins zu eins mit der ELER-Förderung korrespondiert. Zum andern müssen die erweiterten Möglichkeiten zur Investitionsförderung so gestaltet werden, dass sie zur Wirtschaftsförderung passen und keine Investitionslücken entstehen. Ziel muss es sein, die Förderung von Investitionen in der GAK zu verankern, die der Schaffung von Wertschöpfung im ländlichen Raum dienen. Ob dies mit dem vorliegenden Ansatz gelingen kann, bleibt aber sehr zweifelhaft. ■ Rainer Münch

Bioenergie-Regionen tragen auch zukünftig zur Energiewende bei

Julia Keßler

Ende Juli 2015 endete die zweite Förderphase des Projektes Bioenergie-Regionen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Doch wie geht es nun in den 21 Bioenergie-Regionen und deren „Zwillingsregionen“ weiter?

In zwei dreijährigen Phasen hat das BMEL Bioenergie-Regionen von der Insel Rügen bis zum Bodensee gefördert. Während die 25 Regionen in der ersten Phase vor allem mit dem Aufbau eines Netzwerkes beschäftigt waren, vertieften die 21 Regionen in der zweiten Phase ihre Arbeit in den Schwerpunkten Effizienz, Wertschöpfung und Verstetigung. Zudem verzahnten sie sich eng mit einer geografisch nahe gelegenen, nicht geförderten „Zwillingsregion“ und leisteten so einen gezielten Wissenstransfer. Über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit haben die Bioenergie-Regionen die Themen Effizienz, Wissenstransfer und Wertschöpfung durch Bioenergie für viele Menschen begreifbar gemacht. Dahinter stand eine Netzwerkarbeit, die regional, aber auch über die Grenzen der Regionen hinweg ihre positive Wirkung entfalten konnte. Unterstützt wurden die Bioenergie-Regionen bei der Umsetzung ihrer vielfältigen Projekte durch verschiedene wissenschaftliche Begleitforschungen und die bei der FNR angesiedelte Geschäftsstelle.

Foto: V. Petersen

Julia Keßler

Referentin Öffentlichkeitsarbeit, Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Gülzow

h.hansen@fnr.de

Foto: FNR

Regionalmanagerinnen und Regionalmanager der Bioenergie-Regionen zu Besuch im Biomasseheizkraftwerk Neustrelitz in der Bioenergie-Region Mecklenburgische Seenplatte

Vielfältige Aktivitäten in den Bioenergie-Regionen

Momentan engagieren sich alle Bioenergie-Regionen dafür, ihre öffentlichen und/oder privaten Strukturen aufrechtzuerhalten. So kann die Region Mecklenburgische Seenplatte auch künftig auf starke Partner wie das Landeszentrum für erneuerbare Energien (LEEA) und die Stadtwerke Neustrelitz bauen. Sie versorgen die Stadt mit ihrem Biomasseheizkraftwerk u. a. zu 70 % mit Wärme. Robert Grzesko, Projektmanager der Bioenergie-Region Mecklenburgische Seenplatte: „Wir pflegen das Bioenergie-Netzwerk gezielt weiter und bieten auch künftig Veranstaltungen zu aktuellen Themen an.“ Das stellt die Basis dafür dar, um auch zukünftig regionale Bioenergieprojekte zu begleiten.

In der AktivRegion Nordfriesland Nord sieht es ähnlich aus: Ihr ist die erfolgreiche Bewerbung beim EU-LEADER Programm in der aktuellen Förderphase geglückt. Die ehemalige Bioenergie- und jetzige LEADER-Region Nordfriesland Nord schärft künftig ihr Profil mit Themen wie „Klimawandel und Energie“. In den nächsten fünf Jahren wird die Region, deren Budget ca. 2,8 Mio. € beträgt, ihre Netzwerke um Regionalmanager Simon Rietz entsprechend ausbauen.

Unter der Dachmarke energy-in-art und dem Motto „Feuer und Flamme für Energie aus der Region“ entwickelte die Bioenergie-Region Bayreuth ein einzigartiges Konzept zur Verknüpfung von Energiekunstprojekten und konkreten Initiativen zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit

energy-in-art ist es den Akteuren gelungen, Bioenergie besonders öffentlichkeitswirksam darzustellen. An den zahlreichen Kunstprojekten zum Mitmachen wirkten Laien und renommierte Künstler mit. Skulpturen, Filme, interaktive Installationen und Workshops setzten einen kreativen Motor in Gang, der die Energiewende beflügelte und zahlreiche Bioenergie-Projekte in der Region beförderte. Dazu zählen Feldversuche mit ökologischen Dauerkulturen, die in Biogasanlagen Energie liefern, die Entwicklung eines interaktiven Bioenergie-Trainings für Jugendliche, die Unterstützung regionaler Nahwärme-Initiativen oder die Erprobung neuer Konzepte zur Konfliktvermeidung. Künftig wird der eingeschlagene Weg im Landkreis Bayreuth unter dem Dach eines neu eingerichteten Klimaschutzmanagements mithilfe von Fördermitteln aus der Nationalen Klimaschutzinitiative fortgesetzt und durch neue Aufgaben in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeinsparung ergänzt.

Die Bioenergie-Region Bodensee hat mit der solarcomplex AG und der Bodensee-Stiftung zwei starke, Kontinuität sichernde Partner an ihrer Seite. Solarcomplex treibt insbesondere die Entwicklung von Bioenergiedörfern mit Bioenergie-Wärmenetzen unter Einbindung von Abwärme oder Solarthermie weiter voran und setzt dabei auf die bewährten Kommunikationsmittel wie Veranstaltungen und Exkursionen zu erfolgreich umgesetzten Projekten. Die Bodensee-Stiftung dient als kompetenter Ansprechpartner zu den Themen nachhaltige Bioenergienutzung, Reststoffverwertung und regionale Entwicklung in der Region. Neue Schwerpunkte widmen sich der Umweltbildung und der energetischen Verwertung von Landschaftspflegematerial.

Regionalmanagerinnen und Regionalmanager der Bioenergie-Regionen zu Besuch in der Bioenergie-Region Bayreuth

Fazit: Unterstützung von Netzwerkstrukturen stärkt Ausbau der Bioenergie und regionale Wertschöpfung

Die Erwartung, dass die Unterstützung von Netzwerkstrukturen den Ausbau der Bioenergie und damit verbunden regionale Wertschöpfung weitreichender voranbringen kann als eine direkte Anlagenförderung, wurde erfüllt. Messbar wurde dieses Ergebnis für die Bioenergie-Regionen beispielsweise durch den 2012 gestarteten Online-Wertschöpfungsrechner der Agentur für erneuerbare Energien, Berlin. Durchschnittlich über 10 Mio. € an regionaler Wertschöpfung durch Bioenergie konnte jede Region im Jahr für sich verbuchen.

Eines verbindet alle Bioenergie-Regionen: Die Bioenergie bleibt Schwerpunktthema, jedoch werden in die Netzwerke künftig verstärkt auch Akteure aus anderen erneuerbaren Energiebereichen mit eingebunden. Damit ist es dem BMEL gelungen, nach Auslaufen der sechsjährigen Förderung die in den Regionen aufgebauten Strukturen zu erhalten und die breite Öffentlichkeit an erneuerbare-Energien-Projekten vor Ort teilhaben zu lassen. So tragen die Bioenergie-Regionen auch zukünftig mit ihren vielfältigen Leuchtturmprojekten zur Umsetzung der Energiewende bei. ■

Weitere Informationen unter:

- www.bioenergie-regionen.de
- Tagungsbeiträge Abschlusskongress der Projekte Bioenergie-Regionen: https://veranstaltungen.fnr.de/bioenergie-regionen2015/
- Abschlussbroschüre: Bioenergie-Regionen 2009-2015 – Vorreiter der Energiewende: https://mediathek.fnr.de/bioenergie-regionen-2009-2015-vorreiter-der-energiewende-im-landlichen-raum.html
- Online-Wertschöpfungsrechner der Agentur für erneuerbare Energien: www.kommunal-erneuerbar.de/de/kommunale-wertschoepfung/rechner

Wachstum? Welches Wachstum?

Schwerpunkt des Kritischen Agrarberichts 2016 ist das Thema Wachstum: Erwünschtes Wachstum, gefährliches Wachstum und begrenztes Wachstum. In knapp 20 Beiträgen werden z. B. die Bedingungen für die Ausdehnung des Ökolandbaus, der Einfluss der Bestandsgrößen auf das Tierwohl, der weltweit wachsende Einfluss der Agrar- und Lebensmittelkonzerne und nicht zuletzt die aktuelle wachstumskritische Diskussion dargestellt.

Basis für die Entwicklung des Konzepts einer Postwachstumsökonomie ist die Analyse der heutigen ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Annahme, dass sich der historische Sonderfall des Wachstums in den Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht dauerhaft fortsetzen lässt, führen PD Dr. Irmi Seidl und Prof. Dr. Angelika Zahrnt in ihrem Beitrag aus. Obwohl der jährliche Produktivitätszuwachs seit den 1970er Jahren rückläufig ist, konnte und kann der hierdurch bewirkte Wegfall von Arbeitsplätzen nicht mehr durch Wirtschaftswachstum kompensiert werden. Dies führte in vielen westlichen Ländern zu einer Erhöhung der Arbeitslosenrate. Ab den 1980er Jahren nahm die soziale Ungleichheit in den meisten OECD-Ländern zu und das seitdem noch vorhandene Wachstum wird von einigen Autoren als schuldengetrieben bezeichnet. Für viele Länder besteht keine Hoffnung mehr, die öffentliche Verschuldung durch Wachstum abzubauen. Weiterhin ist die Feststellung zentral, dass trotz mancher Bemühungen, die ökologische Effizienz zu erhöhen, bisher keine Abkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch stattgefunden hat. Einsparungen pro Produkteinheit werden in der Regel durch Mengenwachstum oder Produktveränderungen kompensiert oder sogar überkompensiert. Die ökologisch notwendige Reduktion des Ressourcenverbrauchs und von Emissionen findet daher nicht statt. Seidl und Zahrnt nehmen bei ihrer Konzeption für eine Postwachstumsgesellschaft die zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Subsysteme und Institutionen in den Blick, die so umgebaut werden müssen, dass sie nicht weiter existenziell vom Wirtschaftswachstum abhängen. Sie beschreiben exemplarisch verschiedene Ansatzpunkte für das Gesundheitswesen und den Arbeitsmarkt. Gemeinsam ist allen Postwachstumsökonomien, dass die formale Arbeit stark reduziert werden soll und sich dadurch die Sphäre der informellen Arbeit ausweitet.

In der Postwachstumsdebatte sind Stadt und Region zentrale Orte der Handlung. Bewusst pragmatische und kleinskalige Transformationsansätze sollen heute schon bestehende Spielräume nutzen, führt Prof. Dr. Ulf Hahne aus und nennt die wichtigsten Punkte einer regionalen Eigenständigkeit: Suffizienz, Subsistenz, regionale Energieversorgung, regionale Produktionsketten und Regionalwährung. Die Forderung nach Suffizienz setzt auf der individuellen Handlungsebene an und macht eine gesellschaftlich-kulturelle Diskussion um Bedarfe und Konsumstile nötig. Verzichtsappelle führen nicht zum Ziel. Die Kultur des „Weniger“ erfordert ein positiv konnotiertes „Transformationsdesign als Einübung des Weglassens“, eine intensivere Nutzung der Dinge durch eine Sharing Economy

und eine Verlängerung der Nutzung z. B. durch Tauschbörsen und Repair-Cafés. Möglichkeiten der Subsistenz liegen in verschiedenen Bereichen der regionalen Eigenversorgung von Urban Gardening bis Energiegenossenschaften. Ländliche Regionen haben in dieser Hinsicht eine bessere Ausgangslage als Städte. Regionale Eigenproduktion kann jedoch nicht in jedem Bereich realisiert werden, daher kann es auch in einer Postwachstumsgesellschaft keine Abkoppelung von der überregionalen Arbeitsteilung gehen. Immer stellt sich auch die Frage nach dem Versorgungsgrad und der (Ressourcen)-Effizienz der Produktionsweise.

Vordenker der Postwachstumsökonomie wie Prof. Dr. Harald Welzer oder apl. Prof. Dr. Niko Paech betonen, dass die Frage lediglich darin bestehe, ob die Ablösung des heutigen Wirtschaftssystems durch Katastrophen oder durch gesellschaftliche und politische Gestaltungsprozesse erfolgen werde (by design or desaster).

Die Konsequenzen eines auch wirtschaftlich nicht nachhaltigen Wachstums zeigen sich aktuell wieder beim Milchmarkt. Am 17.5.2016 meldeten die Medien, dass der Milchauszahlungspreis für die Landwirte teilweise auf unter 20 ct/kg abgesunken sei. Die Produktionskosten – ohne Arbeitslohn – liegen bei 40 ct/kg. In seinem Artikel zur Milchkrise 2015 wendet sich Ottmar Ilchmann gegen die Ideologie des Mengenwachstums und die Orientierung am Weltmarkt. Detailliert beschreibt er die Interessen und das Handeln der verschiedenen Akteure auf dem Milchmarkt und die zu beobachtenden Folgen. Nur eine Neuausrichtung auf Qualitätsprodukte – wie Weidemilch – und einen regionalen Bezug, kombiniert mit einer Mengensteuerung – ohne Andienungspflicht seitens der Erzeuger und ohne Abnahmeverpflichtung seitens der Molkereien, ermöglichen Milchbauern eine nachhaltige Zukunft. Dass dies erfolgreich sein kann, zeigt die Upländer Bauernmolkerei.

Im Widerspruch zur Einschätzung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMEL zeigt Eckehard Niemann mit Hilfe verschiedener Beispiele, dass die Bestandsgröße sehr wohl einen Einfluss auf das Tierwohl hat. Neben der auch vom Beirat benannten Tatsache, dass mit wachsender Betriebsgröße die Wahrscheinlichkeit abnimmt, dass Kühe Weidegang haben, gilt entsprechendes auch für die Stroheinstreu in der Schweinehaltung und den Auslauf für Hühner. Die Behandlungen von Masthähnchen mit Antibiotika und das Vorkommen von MRSA bei Mastschweinen steigen hingegen mit der Bestandsgröße, ein Hinweis auf das Tierwohl beeinträchtigende Gesundheitsprobleme.

Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Nachfrage nach Bioprodukten befasst sich Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald mit der Frage „Welches Wachstum passt zum Ökolandbau?“ Obwohl der Anteil der Ökoprodukte bei der Versorgung mit Lebensmitteln in Deutschland noch relativ klein ist und die Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Flächen als politisches Ziel benannt wurde, müssen immer mehr Kartoffeln, Obst, Gemüse, Schweinefleisch und Milch importiert werden. Gleichzeitig hat die Logik des „Wachse oder Weiche“ auch die ökologische Landwirtschaft erreicht. Dies ist ein den ursprünglichen Leitgedanken des ökologischen Landbaus – zu denen eine als bäuerlich bezeichnete Wirtschaftsweise gehört – diametral entgegengesetztes Konzept. Notwendig ist daher die Entwicklung eines eigenen wertebezogenen Wachstumsverständnisses, das ökologische, soziale und ökonomische Bereiche umfasst. Hierzu gehören z. B. Boden- und Tierschutz, sinnvolle Arbeit, gerechte Bezahlung, verlässliche Handelsbeziehungen und faire Erzeugerpreise. Für die Realisierung eines qualitativen Wachstums sind veränderte politische Rahmenbedingungen erforderlich, wozu auch eine Aufstockung der Forschungsförderung gehört, da der Ökolandbau hohe Potenziale für ökologische, soziale und produktionstechnische Verbesserungen hat. Innovationen und ein quantitatives Wachstum ohne Werteverlust sind die Aufgabe der Zukunft. ■ Dagmar Babel

Der Kritische Agrarbericht
ist zu beziehen bei:

ABL Verlag, Hamm
Tel. (02381) 49 22 88
E-mail: verlag@bauernstimme.de
Internet: www.bauernstimme.de

Dorferneuerung wird ökologisch-soziale Dorfentwicklung

Klaus Karweik

Historie

Dorferneuerung (DE) ist ein seit über 30 Jahren etabliertes und bei Landgemeinden äußerst beliebtes, staatlich gefördertes Entwicklungsinstrument für Dörfer. Die Dorferneuerung in Niedersachsen hat immer wieder Veränderungen erfahren, um gesellschaftlich relevanten Themen Rechnung zu tragen und auf die jeweils aktuellen Herausforderungen zukunftsorientierte lokale Antworten zu finden.

VIP. An einem Strang ziehen für das Dorf

So wurde Ende der 80er Jahre das zunehmend gesellschaftlich opportune Thema Ökologie zur integrierten Pflichtaufgabe Dorfökologie. Zu den klassischen Planungsakteuren der Professionen Städtebau, Architektur und Agraringenieurwesen gesellten sich Landschaftsplaner und Ökologen, die zu einem interdisziplinären Planungsanspruch ihren Beitrag leisteten. Die ursprünglich visuell-ästhetische Sicht auf das Dorfgrün erhielt einen tiefer gehenden Betrachtungsanspruch. Aus Erkenntnissen des Modellvorhabens Dorfökologie entstand ein Ansatz, über das Einzeldorf hinweg den verbindenden Landschaftsraum in linearer oder flächiger Ausdehnung in eine Gesamtplanung miteinzubeziehen. Die Idee der Dorferneuerung mehrerer Dörfer im Verbund war geboren.

Modellprojekte der Dorf- und Regionalentwicklung laufen nach den gleichen Vorgaben und Förderkriterien wie alle anderen Projekte. Sie erhalten keine Sonderregelungen oder Sonderkontingente. Unter effektiver und kreativer Nutzung der Spielräume und Möglichkeiten sowie vor allem endogener Kräfte sollen sie Beispiele für einen optimal vor Ort wirksamen Einsatz der Fördermittel sein und gleichzeitig Hinweise auf notwendige Veränderungen der Vorgaben sowie auf neue Inhalte und Schwerpunkte liefern. Modellprojekte arbeiten in der ständigen Grenzerfahrung der regionalen Gestaltungsspielräume und externer Vorgaben.

Der Anspruch dieser Modellverfahren war noch rein landespflegerisch unter dem Titel „Dorf und Landschaft“ überörtlich ausgerichtet. Es folgten thematisch ganzheitliche Verfahren wie das Projekt Dorf-Region-Lintelner-Geest, das den Europäischen Dorferneuerungspreis 2000 erhielt. Aus diesen Projekten ergaben sich sehr viele positive Erfahrungen und Ergebnisse hinsichtlich der Effekte, Synergien und Wirkungen durch einen über ein Dorf hinausgehenden Raumbezug. Der seinerzeit größte Verbund erreichte 1995 eine Anzahl von 15 Dörfern, verteilt auf drei Samtgemeinden im Aller-Leine-Tal-Projekt (ALT). Mitte der 90er Jahre wurde die Option einer Verbunddorferneuerung in der Dorferneuerungsrichtlinie verankert.

Formate wie die integrierte Vorbereitungs- und Informationsphase (VIP) wurden entwickelt und in 2000 „marktreif“. Die Akteure der Dörfer sollten frühzeitig informiert, an die Aufgabe und ihre Rolle im DE-Prozess herangeführt, mit Möglichkeiten und Grenzen des Programms vertraut gemacht werden und die Aufgabenstellung für ihr DE-Verfahren erarbeiten.

Klaus Karweik

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Referat Landentwicklung und Bodenordnung, Hannover. Eine der Hauptaufgaben des Architekten ist die Entwicklung, Begleitung und Auswertung von Modellprojekten zu aktuellen Fragen der Dorf- und Regionalentwicklung

Tel. (0511) 120 2312, Klaus-Dieter.Karweik@ml.niedersachsen.de

Anlass und Herausforderungen

Nach nunmehr 30 Jahren Erfolgsgeschichte bedarf es einer umfassenden Erneuerung der Dorferneuerung. Ein Vergleich mit der Automobilbranche drängt sich dabei auf: Das Modell, das „läuft und läuft und läuft“ soll durch ein neues ersetzt werden. Modellpflege wäre bei den offensichtlich veränderten gesellschaftlichen und örtlichen Rahmenbedingungen, der Dynamik gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsimpulse und den damit verbundenen, oft komplexen Herausforderungen zu kurz gegriffen. Die Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Dorf hat fast unmerklich ihren seit Jahrhunderten bestehenden gemeinschaftlichen Auftrag der Nahrungsmittelproduktion gegen ein vielfältiges Nebeneinander unterschiedlicher Lebensentwürfe, sozialer Beziehungen, beruflicher Orientierungen und teils divergierender Interessen eingetauscht. Innovation und Technik, Heterogenität und Multifunktionalität waren noch bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts ausschließlich Ausdruck von Urbanität. Heute nähern sich Urbane und rurale Räume in vielen Merkmalen einander an.

Innenentwicklung, Gebäudeleerstand und Versorgungsinfrastruktur sind nicht unbedingt neue Themen der Dörfer, aber oft nicht oder erst wenig vor Ort beantwortet. Leerstände und Unvermittelbarkeit in den Baugebieten der 50er, 60er und 70er Jahre kommen vermehrt hinzu. Die Komplexität der Thematik steigt.

Dorfökologie in der DE erfordert heute mehr, als Biotoptypen aufzulisten und die Bedeutung von Umwelt in das Bewusstsein zu bringen. Das heißt nicht, dass die Themen Stoffkreisläufe und Regionalität weniger wichtig geworden sind. Es geht vermehrt um den verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen, um Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Das Modell „Ökologische Siedlungsentwicklung Offensen“ hatte bereits als dezentrales Expo 2000-Projekt wertvolle Erkenntnisse geliefert, das aktuell laufende Modell „Dorfentwicklung und Klimaschutz“ wird diese abrunden.

Eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen ist derzeit die demografische Entwicklung, ein Phänomen, das gerne mit „wir werden weniger und älter“ umschrieben wird und von Region zu Region, aber auch von Gemeinde zu Gemeinde und von Dorf zu Dorf ganz unterschiedlich Spuren in die Zukunft legt. Hinzu kommt aktuell die Flüchtlingsfrage und in der Folge die der Integration. Daran knüpft unmittelbar die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion an, die gleichberechtigte Teilhabe aller am öffentlichen Leben.

Universelle Lösungsansätze und Patentrezepte kann es nicht geben, weder für die Planungsprozesse selbst, noch für die erforderlichen materiellen Interventionsansätze und ihre gewünschten Wirkungen. Ursächlich dafür ist die Vielschichtigkeit der Fragestellungen dörflicher Entwicklung in Verbindung mit divergierenden Dimensionen der Betroffenheit und unterschiedlich gelagerten Ansätzen, sich einzelnen dieser Themen zu stellen. Gleichzeitig sind Entwicklungschancen, Resilienz und Veränderungsbereitschaft sowie kulturell, strukturell und personell bedingte Aktionsmuster von Dorf zu Dorf unterschiedlich ausgeprägt.

Vor diesem Hintergrund und den Vorgaben von ELER und GAK bildet sich eine Vielzahl neuer Entwicklungsaufgaben ab, innerhalb derer das Land Schwerpunkte setzt, gleichzeitig aber bestrebt ist, dass den individuellen Voraussetzungen vor Ort Rechnung getragen wird. Klassische Inhalte einer Dorferneuerung dürfen gleichwohl nicht vernachlässigt werden. Dies ist eine der Kernherausforderungen der Weiterentwicklung der Dorferneuerung.

Kann es gelingen, diese Aufgaben auf einem gleich hohen Bearbeitungsniveau jede für sich sektoral betrachtet und als gleich wichtig in einem umfassenden DE-Prozess zu bearbeiten? Ist dies zeitlich, personell und finanziell leistbar?

Eine grundlegende Betrachtung der Anforderungen an den DE-Plan und den Prozess erscheint offensichtlich geboten.

ALT-Projekt. Raumaneigung – Öffentlicher Raum wird Kommunikationsraum.

Erkenntnis und Transformation

In Niedersachsen führte der Erkenntnisweg über Verbunddorferneuerungen, zunächst stark landschaftspflegerischer und dann ganzheitlicher Intention, zu den Grundlagen heutiger ILE- und LEADER-Prozesse.

Die Transformation der Dorferneuerung zur intrinsischen ökologisch-sozialen Dorfentwicklung erforderte nunmehr einen Blick auf die aktuelle Prozessgestaltung von ILE und LEADER und darüber hinaus auf den Methodenkoffer der Wirtschaft bei der Gestaltung von Entwicklungs- und Veränderungsprozessen, um mit dieser neuen Entwicklung des „Unternehmens Dorf“ neue Akzente zu setzen, die auf Veränderung und Transformation abstellen. Dies geschieht nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Anspruchs, den Wirtschaftsstandort Dorf zu stärken und der besonderen Bedeutung der Sicherung von Arbeitsplätzen im Dorf zu entsprechen. Eine Orientierung am originären Portfolio der Dorferneuerung, die Untersuchung der örtlichen Rahmenbedingungen des „Betriebsstandortes Dorf“, der Erhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten von Handel, Handwerk und Gewerbe in historisch gewachsenen Siedlungsbereichen genauso wie das Bild des Dorfes, ist zwar nicht zwingend, aber doch folgerichtig. Der Blick auf die klassische Ortsgestaltungsaufgabe wird auch Wesensmerkmal der ökologisch-sozialen Dorfentwicklung sein – allerdings mit erweiterten Perspektiven:

DE-Lastrup. Kommunikation – Anlässe nutzen – kollektives Bewusstsein schaffen

„Freiraum ist ein kostengünstiges Mittel, um für soziale Entspannung zu sorgen...“ (Leonard Grosch)

… gleichzeitig aber auch dem Sozialgefüge des „Betriebs Dorf“ neue Ankerpunkte und den bewährten Mechanismen des Gemeinwesens wie Nachbarschaft und Gemeinsinnorientierung Möglichkeiten des Wandels in neue Aufgaben und Formen zu geben. Dazu gehört es, die Menschen als eigentliches Entwicklungspotenzial zu sehen, sie als Experten der eigenen Lebensumstände und Arbeitsbedingungen mit den unterschiedlichsten Kompetenzen wahrzunehmen, diese Kompetenzen zu erkennen und zu entwickeln sowie Gestaltungs- und Wirkungsräume zu eröffnen, um sie als Mitgestalter zu gewinnen und ihre Befähigungen für einen Entwicklungsprozess auf Augenhöhe zu integrieren. Der klassische Arbeitskreis kann insofern nur noch eine der Möglichkeiten, einer der Prozessbausteine und keine gewohnheitsmäßige Routine der Durchführung der Dorfentwicklung sein. Bei der Prozessgestaltung steht Individualität vor Konformität. Für jedes Verfahren wird es darum gehen, für die beteiligten Dörfer, ihre Möglichkeiten und Grenzen, entsprechende Prozessformate zu entwickeln, diese immer wieder zu überprüfen und ggf. im Sinne eines flexiblen und dynamischen DE-Prozesses zu verändern.

DE Kirchhatten. Infrastruktur des Lernens – Bürger werden „Verkehrsplaner“.

Von diesem Selbstverständnis abgeleitet wird der Arbeitskreis der alten Dorferneuerung zum Team der ökologisch-sozialen Dorfentwicklung.

Teambildung ist selbst ein eigener Prozess. In einem Team inspirieren sich die Teammitglieder gegenseitig. Ein Team erkennt in der Individualität des Einzelnen die interaktive Kompetenz und ihre positive Wirkung in der Gruppe und für die Gruppe.

Neben dem klassischen Handwerkszeug der Dorf- und Regionalentwicklung dürfen Change-Management, Presencing, Storytelling, imaginatives Denken und weitere Interventionsmethoden und Prozess-Werkzeuge bei den Überlegungen zur Prozessgestaltung einer Dorfentwicklung künftig nicht fehlen. Betroffene können so zu Akteuren und Verantwortlichen werden. Letztlich hängt vielleicht nicht alles, aber vieles, von der Haltung der Hauptakteure ab.

„The success of an intervention depends on the interior condition of the intervenor." (William O´Brian)

Wichtige Erfahrungen lieferten Modellprojekte wie die DE Schwalingen, in der die Akteure nach einer extern moderierten Initialphase mit bedarfsgerechtem, externen fachlichen Input ihren DE-Plan, das Regiebuch Schwalingen, im Selbstverständnis eines dynamischen Regiebuches mit partieller Unterstützung von außen in eigener Kompetenz selbst geschrieben haben. Auch die DE Lastrup hat Modellcharakter als Mitmachplanung, in der die Akteure ihre Formate für den Entwicklungsprozess, die Methoden, die Inhalte, den Rhythmus und die Ziele erfolgreich selber bestimmten. Das DE-Verfahren Kirchhatten ist zwar kein Modellprojekt, hat aber modellhaft wichtige Erkenntnisse zu den Möglichkeiten der Wissensaneignung, des Erlernens und Nutzens von Expertenwissen zur Verbesserung der Entscheidungskompetenz der Akteure geliefert.

Aus der Planung erwachsen Steuerungs- oder Korrekturimpulse für die Entwicklung dieses Systems unter Berücksichtigung der Selbstregulierungskräfte. Der DE-Plan wird zum Regiebuch der Gestaltung der Lebensumstände im Dorf.

Der Planungsprozess, die strategische Intervention, muss aber überschaubar und in den Grenzen der finanziellen, materiellen, strukturellen und personellen Ressourcen leistbar bleiben.

Hier setzt die ökologisch-soziale Dorfentwicklung auf für jede Dorfregion individuell zugeschnittene Arbeitsaufträge an die Dorfentwickler. Je nach regionaler Relevanz werden die Handlungsfelder, der Arbeitsauftrag sowie die örtlich erforderliche thematische Arbeitstiefe und Aussagendichte definiert.

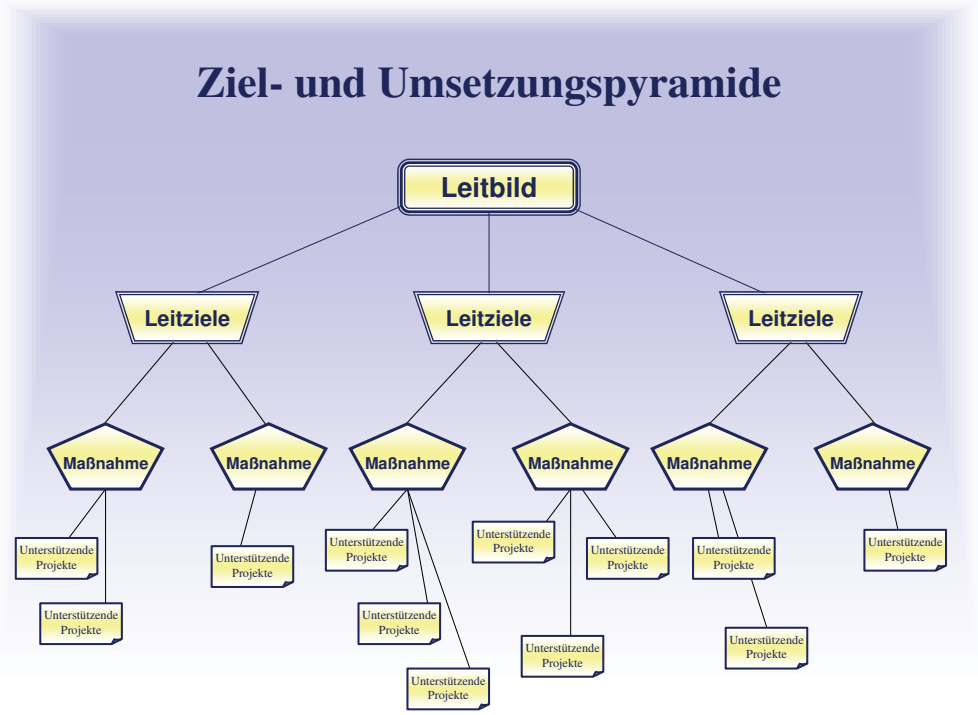
Die Akteure der Gemeinden und der Dörfer bestimmen unter Berücksichtigung der seitens des Landes vorgegebenen Themen, gesetzlicher Vorgaben sowie der örtlichen Erfordernisse selbst die Handlungsfelder, Inhalte, Ziele und Projekte.

Es geht schließlich um die situationsgerechte, effektive Gestaltung der Dorfentwicklung – Maßarbeit statt Konfektion. Es geht darum, bereit zu sein, auch unkonventionelle Wege zu gehen, statt in alten Mustern zu verharren.

„Wer das Alte verwaltet, veraltet im Alten." (Dänisches Sprichwort)

Dementsprechend gliedert sich der DE-Plan nach Themen bzw. Handlungsfeldern. Alle relevanten Informationen, von der Ausgangslage, den Rahmenbedingungen und den Handlungsempfehlungen bis zu den Projekten, finden sich den Arbeitsthemen zugeordnet wieder. Es geht dabei weniger um die Darstellung von theoretischen Informationen, als um die Vermittlung von Prämissen, die einen Interventionsansatz nachvollziehbar begründen. Der Plan wird so zur praktisch anwendbaren Handlungsanleitung für die Entwicklung des Dorfes.

Abbildung: Ziel- und Umsetzungspyramide DE-Plan



Quelle: Klaus Karweik, ML

Über den Tellerrand eines Dorfes blicken, Gemeinsames entdecken, aus gleichen Interessen Netzwerke bilden und Ressourcen bündeln, aber in einem überschaubaren, räumlichen Rahmen bleiben, ist der Anspruch der neuen DE. Ziel ist die situationsgerechte Gestaltung des Planungsraums. Die regionale Dorfentwicklung wird zum verbindlichen Mainstream der Dörfer des DE-Programms in Niedersachsen. Sie reiht sich räumlich über der Einzeldorfebene und unter dem der Gebietskulisse des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ in den regionalen Kontext der Regionen ILE und LEADER ein. Sie hat damit einen klaren überörtlich-örtlichen Fokus und ergänzt kleinmaßstäblich mikroregional den größeren regionalen Fokus der anderen Programme. Dies sind die Kernaspekte einer ökologisch-sozialen Dorfentwicklung im DE-Verbund. Bestenfalls begreifen sich die Dörfer einer Dorfregion als Dörfer-Team. Auch die situationsgerechte Ausprägung der Dorfregion ist für die Partnerwahl entscheidend. Dorfregionen bewegen sich nicht zwingend in Gemeinde- oder Kreisgrenzen. Sie definieren sich über verbindende Merkmale, von räumlich über soziokulturell bis zur Bereitschaft, miteinander zu kooperieren.

Um in einem etwas größeren Zusammenhang Herausforderungen und Kooperationsmöglichkeiten zu erfassen, wurde zudem der „Betrachtungsraum“ eingeführt. Dieser ermöglicht den erweiterten Blick über den Tellerrand des eigentlichen Planungsraums – über die Dorfregion – hinaus auf eine immer noch mikroregionale Gebietskulisse. Planungsprozess und die Projektförderung verbleiben weitestgehend in ihrer Konzentration auf die Kulisse der Dorfregion.

Dorfgespräch. DialogPROZESS-Teilnehmer bauen ihr Dorf.

Mit diesen Ansätzen werden verschiedene Zugangsportale und -ebenen für Identität als einem der Hauptmotive für die Bereitschaft zu Engagement gezielt angesprochen: thematisch-inhaltlich, kulturell, sozial-räumlich.

Fazit und Ausblick

Niedersachsen hat sich auf den Weg gemacht, die Dorferneuerung umfassend zur ökologisch-sozialen Dorfentwicklung weiterzuentwickeln. Dem Anspruch der Integrierten Ländlichen Entwicklung folgend wurde 2012 auf Basis intensiver und fortlaufender Beteiligung der Hauptakteure in der Dorfentwicklung – den Programmgemeinden, den Dörfern, den Ämtern für regionale Landesentwicklung und Planerinnen und Planern – sowie auch der Initiierung, der Durchführung und Auswertung von Modell- und Pilotprojekten mit dem Veränderungsprozess der Dorferneuerung zur ökologisch-sozialen Dorfentwicklung begonnen. Mehrere Jahre war im sog. Lernfeld Dorfentwicklung der Weg das Ziel. Nun befindet sich der Transformationsprozess in der Endabstimmung.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Transformationsprozesses münden in ein neues Leistungsbild der regionalen Dorfentwicklung und ein Anforderungsprofil, unterstützt von einer Handreichung zur Umsetzung. Beide befinden sich derzeit im abschließenden Abstimmungsprozess. Weil es in der ökologisch-sozialen Dorfentwicklung künftig vermehrt auch um die Bereitschaft zu Veränderung, um Anpassung, Fremd- und Eigendynamik von Prozessen und deren Wirkungen gehen wird, muss das Dorf als lebendiges System verstanden und in seinen Wirkungsmechanismen wahrgenommen werden.

Komplementär zur Dorfentwicklung werden derzeit vor allem zwei Formate erprobt und seitens des Landes den Dörfern Niedersachsens bereitgestellt, um die Dörfer hinsichtlich Initiierung, Durchführung und Fortsetzung von Entwicklungsprozessen auch außerhalb des Dorfentwicklungsprogramms zu unterstützen.

Diese Formate, die Qualifizierungsmaßnahme „Dorfmoderator“ und das „Dorfgespräch“ mit dem DialogABEND und DialogPROZESS, setzen auf die Verbesserung der Kommunikation und die entsprechende Qualifizierung geeigneter Akteure. Sie sollen professionelle Unterstützung nicht ersetzen, aber ergänzen.

Jedes System kann letztlich nur so gut sein wie seine Anwender. So wird auch hier der Mensch das Maß der Dinge und des Erfolgs sein. ■

Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“:

Neue Strategien für die zielgruppenspezifische Siedlungsentwicklung

Andreas Greiner

Für die Kommunalplanung ist es entscheidend, die zielgruppenspezifischen Unterschiede beim Wohnraumbedarf richtig zu erkennen – was in der öffentlichen Diskussion häufig zu wenig beachtet wird. Während der Anteil älterer Menschen in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird, sinkt die Zahl der jungen Familien. Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung muss ihre Planungen für die nächsten Jahrzehnte auf eine solide Analyse dieser Ausgangslage stellen. Im Landkreis Böblingen wurden dazu in den vergangenen Jahren mehrere Projekte im Rahmen des baden-württembergischen Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ durchgeführt. Die Ergebnisse stellen so manche verbreitete Meinung und bisher verfolgte Strategien in Frage.

In den beteiligten Kommunen wurden die Anzahl der aktuellen und zukünftig zu erwartenden Leerstände (Leerstandsrisiken) erhoben. Die Ergebnisse sind von hoher Relevanz für die Kommunalplanung: In den Projektkommunen lagen die Anteile der aktuell leerstehenden Wohngebäude bei 3 bis 5 %. Bis zum Jahr 2030 werden in Folge der demografischen Entwicklung noch weitere 9 bis 12 % der Wohngebäude zur Wiederbelegung frei. In 15 Jahren kann der Anteil der leerstehenden Wohngebäude demnach bei insgesamt 12 bis 17 % liegen. Es handelt sich dabei vor allem um Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser und Doppelhaushälften, die sich in erster Linie als Familienwohnraum eignen. Immer wieder wurden im Vorfeld diese relativ hohen Werte angezweifelt, aber in jeder der Projektkommunen bei den durchgeführten Untersuchungen dann doch bestätigt. Die Erfahrungen aus diesen und weiteren Projekten zeigen, dass die aktuellen Leerstandsrisiken vor allem im Segment „Familienwohnraum“ häufig unterschätzt werden. Dabei ist zu beachten, dass sich das Potenzial im Bestand und die auf dem Markt verfügbaren Immobilien deutlich unterscheiden, d. h. dass viele Immobilien gar nicht zum Verkauf angeboten werden. So wie in den Projektkommunen wird in Deutschland bei einem relevanten Anteil der Häuser in den nächsten zwei Jahrzehnten (und danach noch stärker) ein Wechsel der Bewohner zum Thema werden.

Umfrage unter Senioren: Geeignete Wohnangebote fehlen

Um mehr über die Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren und ihre Wohnbedürfnisse zu erfahren, wurden in acht Projektkommunen Umfragen unter den „70-Jährigen und älter“ durchgeführt (s. Abb. 1). Hier einige zentrale Ergebnisse:[1]

- Über 96 % der befragten Seniorinnen und Senioren wohnen allein oder zu zweit in einer im Durchschnitt 1966 gebauten Immobilie auf einer Wohnfläche von rund 116 m².
- Die als „geeignet“ angesehene Wohnfläche beträgt dagegen nur 71 m².
- 79 % der Senior/-innen müssen zur Wohnung bzw. zum Haus Treppen steigen.

Bei einer ganzen Reihe von Merkmalen ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen der tatsächlichen und der als „geeignet“ angesehenen Wohnsituation:

- 51 % wünschen sich einen Aufzug, aber nur 6 % haben einen.
- 51 % wünschen sich ein barrierefreies Bad, aber nur 29 % geben an, schon eines zu haben.
- 41 % hätten gerne einen Hausmeister, aber nur 7 % haben so eine Hilfe vor Ort.
- 81 % der Befragten haben einen Garten oder Gartenanteil – aber nur 11 % halten dies in ihrer Lebenssituation für wünschenswert.

Trotz dieser ganz offensichtlichen Unterschiede zwischen „Wunsch“ und „Wirklichkeit“ sagen rund 47 % der Befragten,

Andreas Greiner
ÖKONSULT GbR, Stuttgart
Tel. (0711) 674 474 - 67
greiner@oekonsult-stuttgart.de
www.oekonsult-stuttgart.de

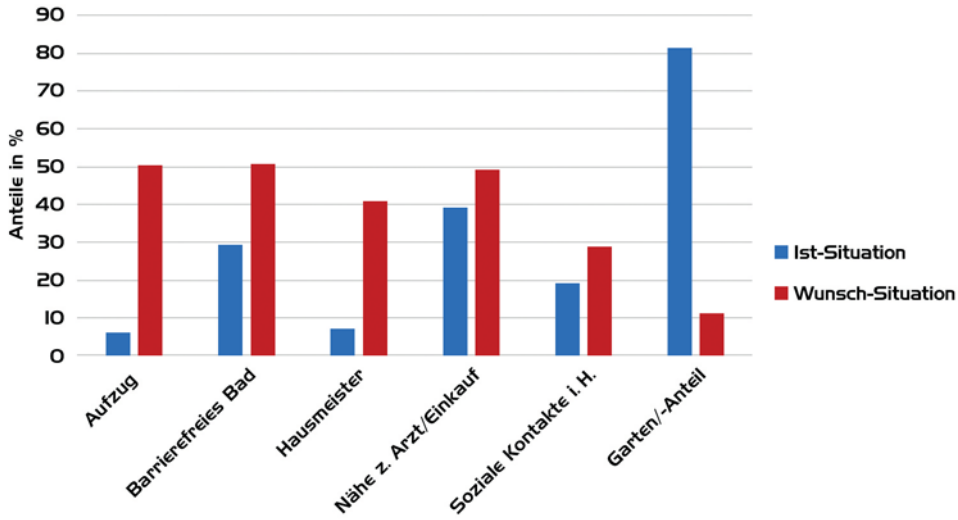
Foto: privat

[1] Die hier genannten Zahlen sind die Mittelwerte der in den einzelnen Kommunen aus den Umfragen errechneten Mittelwerte.

Projekt „Flächen gewinnen“ mit Seniorenumfrage

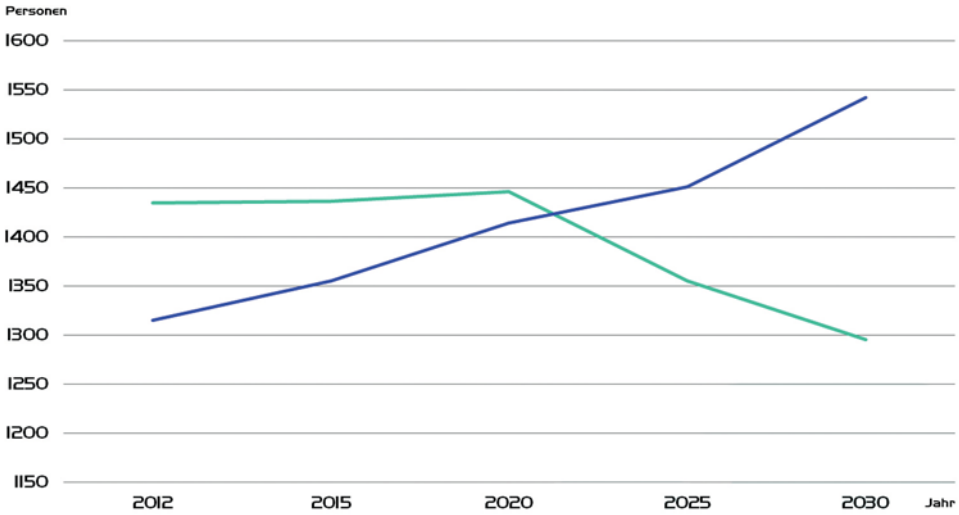
Das Landratsamt Böblingen hat in den Jahren 2011 bis 2016 zusammen mit elf verschiedenen Landkreis-Kommunen sowie der Stuttgarter Agentur ÖKONSULT Projekte zur Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen für Wohnbebauung im Rahmen des Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ durchgeführt (initiiert vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg). Im Rahmen dieser Projekte wurden Seniorinnen und Senioren in acht Landkreis-Kommunen zu ihrer Wohnsituation befragt. Insgesamt konnten bei dieser Umfrage 1 391 ausgefüllte Fragebögen ausgewertet werden (Rücklaufquote 29 %).

Abbildung 1: Tatsächliche und erwünschte Merkmale der Wohnsituation



Daten/Grafik: Ökonsult GbR, Stuttgart

Abbildung 2: Verhältnis Junge zu Senioren



Beispiel Aidlingen (rd. 8 800 Einwohner) im Landkreis Böblingen: Die Schere zwischen den jungen („potenzielle Nachfrager nach Familienwohnraum“) und älteren Einwohnern geht in den nächsten Jahren auseinander. Diese Art der Darstellung ist für Kommunen eine Möglichkeit, das Problem anschaulich zu machen.

Daten/Grafik: Ökonsult GbR, Stuttgart

dass sie in der bisherigen Wohnung noch „gut zurechtkommen“. 34 % geben an, über eine Veränderung der Wohnsituation bisher nicht nachgedacht zu haben. Etwa jeder sechste Befragte hat darüber nachgedacht, in eine seniorengerechte Wohnung umzuziehen, aber es fehlen dafür geeignete Angebote (nicht vorhanden, zu klein, zu teuer).

Da die Gruppe der „70-Jährigen und älter“ diejenige ist, die in den kommenden 15 Jahren relativ am stärksten zunehmen wird (s. Abb. 2), werden die hier aufgeworfenen Fragen zur Wohnsituation der Seniorinnen und Senioren in den kommenden Jahren noch wichtiger werden als heute. Auch wenn viele von ihnen angeben, bisher in ihrer Wohnung noch gut zurechtzukommen oder sich „noch nicht“ mit dem Thema zu befassen, wird es früher oder später für immer mehr Menschen wichtig sein, sich damit auseinanderzusetzen, individuelle Lösungen zu finden und nach einer für sie geeigneten, seniorengerechten Wohnung zu suchen. Dafür sind auf dem Wohnungsmarkt mehr geeignete Angebote zu schaffen.

Damit eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden gelingt, braucht es eine fundierte Analyse der komplexen Situation des demografischen Wandels mit seinen unterschiedlichen Facetten. Meist haben Verwaltungen, Gemeinderäte und interessierte Bürgerinnen und Bürger vor allem im Blick, wie sie angesichts des demografischen Wan-

dels weitere junge Familien gewinnen können. Die Ausweisung von Neubaugebieten erscheint vielen noch immer die beste Strategie dafür zu sein. Diese Vorgehensweise leitet sich jedoch aus den Erfahrungen der Vergangenheit ab und verspricht keine nachhaltige Lösung. Im Gegenteil ist sie eher kontraproduktiv: Die Ausweisung neuer Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser konkurriert mit der Wiederbelegung der Bestandsimmobilien und führt zu einem noch stärkeren Rückgang der Belegungsdichte im Bestand. Daran ändert auch die Zuwanderung von Flüchtlingen nur wenig. Beim Thema demografischer Wandel müssen die Kommunen auf Veränderungen reagieren, die es so bisher nicht gab. Sie müssen absehbare Entwicklungen antizipieren und sich darauf vorbereiten. Dafür genügen die alten Rezepte nicht mehr; erfolgreiche Strategien erfordern einen Paradigmenwechsel.

Bei Wohnraumbedarf nach Zielgruppen unterscheiden

Die Nachfrage junger Familien nach Wohnraum sollte vorwiegend auf die Wiederbelegung der leerstehenden bzw. frei werdenden Ein- und Zweifamilienhäuser bzw. Reihenhäuser im Bestand gelenkt werden. Diese Immobilien aus den 50er bis 80er Jahren haben oft größere Gärten, wurden ursprünglich für Familien gebaut und sind heute für viele Senior/-innen zu groß. Das heißt keinesfalls, dass ältere Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld vertrieben werden sollen. Es geht darum, mehr bezahlbare Angebote für seniorengerechten, barrierearmen Wohnraum zu schaffen, die ihre vorhandenen Bedürfnisse besser befriedigen. Dann werden kontinuierlich mehr „Familienwohnungen“ im Bestand frei. Und wenn nur ein Teil der Wohngebäude für eine rasche Wiederbelegung mobilisiert werden kann, hat dies eine höhere Wirkung als die pure Anzahl der Immobilien zunächst vermuten lässt. Leben beispielsweise in zehn Wohngebäuden bisher 15 Senior/-innen, könnten dort nach einer Neubelegung mindestens 30 Personen wohnen[2]. Das bedeutet mindestens eine Verdoppelung der Belegungsdichte ohne einen einzigen Neubau. Die meisten denken bei Innenentwicklung an Nachverdichtung und das Bebauen von Lücken im Bestand. Fakt ist aber: Die größten Wohnraumpotenziale befinden sich im Siedlungsbestand. Deshalb werden sie von den meisten nicht oder zu wenig wahrgenommen. Es kommt darauf an, die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, ihre Wohnsituation und Wohnbedürfnisse und ihre Entwicklungsdynamik der nächsten Jahre in einer Zusammenschau zu analysieren und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Nur dann lassen sich Leerstände, geringe Belegungsdichten im Bestand, höhere Infrastrukturkosten für Einwohner und Kommunen, das Risiko von Wertverlusten bei Immobilien und andere Fehlentwicklungen vermeiden. Die Ziele „mehr altersgerechter Wohnraum“ und „Angebote für Familien“ müssen zusammen gedacht und mit einer abgestimmten Strategie gemeinsam verfolgt werden. Eine nachhaltige Kommunalentwicklung wird sich auf lange Sicht für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen und die Haushalte der Gemeinden auszahlen und die Lebensqualität in den Kommunen verbessern oder zumindest erhalten.

Empfehlungen für Kommunen

- In regelmäßigen Abständen einen Demografiebericht erstellen.
- Die Zahl der aktuellen und vor allem auch zukünftig zu erwartenden Leerstände im Siedlungsbestand ermitteln.
- Ergebnisse der Leerstandsanalysen und die Demografieberichte an kommunale Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit kommunizieren. Öffentlichkeitsarbeit ist entscheidend, um die betroffenen Zielgruppen zu sensibilisieren.
- Seniorenumfragen durchführen, um mehr Informationen über die Situation und den Bedarf an seniorengerechtem Wohnraum zu erhalten.
- Mehr Angebote für seniorengerechten Wohnraum schaffen. Sobald geeignete Grundstücke in zentraler Lage und passender Größe vorhanden sind, sollten die Kommunen diese Planungen unterstützen.
- Der Wohnraumbedarf von jungen Familien sollte vorwiegend auf die Wiederbelegung der leer stehenden bzw. frei werdenden Ein- und Zweifamilienhäuser bzw. Reihenhäuser im Bestand gelenkt werden.

[2] Über 96 % der befragten Senior/-innen leben in Ein- oder Zweipersonen-Haushalten. Die Abschätzung der Neubelegung geht von einer durchschnittlich dreiköpfigen Familie aus.

Flüchtlinge in ländlichen Räumen – Erkenntnisse aus dem Wettbewerb „Menschen und Erfolge“

Corinna Kennel und Marie Neumüllers

„In ländlichen Räumen willkommen!“ hieß der Untertitel des Wettbewerbs „Menschen und Erfolge 2015“. Mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wurde ein hochaktuelles und von breiter öffentlicher Aufmerksamkeit begleitetes Thema aufgegriffen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) lobt den Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ gemeinsam mit mittlerweile acht Partnern seit 2011 im jährlichen Turnus aus und spricht damit gezielt lokale Akteure an, die in kleineren Städten und Dörfern den demografischen und wirtschaftlichen Wandel aktiv gestalten. Zu den Markenzeichen des Wettbewerbs gehört, dass er zivilgesellschaftliche Initiativen, Vertreter aus Politik und Verwaltung, Unternehmen und Einzelpersonen gleichermaßen einbezieht.

2015 wollten die Auslober wissen: Wie kann man geflüchteten Menschen die ersten Tage und Wochen am neuen Aufenthaltsort erleichtern? Wie können sie – vielleicht auch nur auf Zeit – am Gemeinschaftsleben vor Ort teilhaben? Und wie können sie so integriert werden, dass sie möglicherweise zu dauerhaften Mitbürgern kleiner Gemeinden werden, die Zuzug oft dringend benötigen. Die mit 265 Beiträgen sehr hohe Resonanz war ebenso überraschend wie das beeindruckende Spektrum an Aktivitäten, mit dem die Einsender zeigten, wie Willkommenskultur und kulturelle Vielfalt in ländlichen Räumen gelebt werden.

Suche nach innovativen Ansätzen

Mit dem starken Anstieg der Zahl von Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, wird die Frage nach ihrer kurz- und mittelfristigen Unterbringung immer dringlicher. Die ländlichen Räume rücken stärker ins Blickfeld. Dabei wird durchaus kontrovers diskutiert, ob diese Räume in besonderer Weise für die Aufnahme von Flüchtlingen geeignet sind oder eben gerade nicht. Auf der Seite der Pro-Argumente steht an erster Stelle der verfügbare Wohnraum. Anders als in Großstädten mit hohem Wachstumsdruck gibt es in vielen kleinen Städten und Gemeinden abseits der Ballungszentren größeren Leerstand, der für die Unterbringung genutzt werden kann. Auch die Möglichkeit zum persönlichen Kontakt wird genannt. Zu den Gegenargumenten gehören die mangelnde Infrastruktur, die Flüchtlinge besonders trifft, die geringeren Chancen, eine (gemeinnützige) Arbeitsmöglichkeit zu finden, aber auch die größere Skepsis der alteingesessenen Bevölkerung gegenüber „den Fremden.“

Ohne in dieser Debatte Partei zu nehmen, suchte der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ offen nach dem, was lokal an Unterstützungsangeboten für Flüchtlinge entwickelt und umgesetzt wird, einschließlich der fördernden und hemmenden Faktoren, die Projekte beeinflussen. Die Auslobung wurde so formuliert, dass grundsätzlich jeder innovative Ansatz, der vor Ort erprobt wird, prüf- und diskussionsfähig war: Was hilft, um die örtliche Gemeinschaft auf die Neuankömmlinge vorzubereiten? Welche Ansätze für die Unterstützung der Flüchtlinge lassen sich in kleinen Städten und Gemeinden feststellen? Wie sehen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen aus? Gibt es Möglichkeiten, wie auch die aufnehmenden Orte durch die Flüchtlinge neue Perspektiven erhalten können? Wie können ländliche Räume Zuwanderung als Chance begreifen und nutzen?

Erkenntnisse und Empfehlungen

Das erste und wichtigste Ergebnis der Wettbewerbsrunde ist: Es gibt vielfältige Ansätze zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Zahlreiche Menschen in kleineren

Foto: M. Schlosser

Corinna Kennel und Marie Neumüllers (beide Urbanizers)

begleiteten den Wettbewerb Menschen und Erfolge von 2011 bis 2013 und 2015. Zu ihren Aufgaben gehören die Unterstützung des BMUB bei der Konzeption und Durchführung der Wettbewerbsrunden sowie die wissenschaftliche Auswertung der Beiträge.

kennel@urbanziers.de
www.menschenunderfolge.de

Foto: M. Schlosser

Der offene Werkstatt-Treff in Reiferscheid, Landkreis Altenkirchen-Westerwald, initiierte zwei Flüchtlingshilfe-Projekte: Fahrradspenden wurden gesammelt und die Räder gemeinsam mit Flüchtlingen, unter denen auch viele Handwerker sind, wieder flott gemacht.

Städten und Dörfern engagieren sich, mobilisieren Hilfe und bieten Unterstützung an. Die Welle des Engagements, die bundesweit in der Flüchtlingshilfe wahrnehmbar ist, hat auch die ländlichen Räume erfasst. Auch die Juroren des Wettbewerbs waren von der Vielfalt und Qualität der Beiträge angetan und überrascht.

Dabei beschreiben die Beiträge individuelle, auf die lokale Situation zugeschnittene Wege der Flüchtlingshilfe. In der Gesamtschau der Wettbewerbsbeiträge aber lassen sich übertragbare Erkenntnisse identifizieren und Empfehlungen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen formulieren. Im Folgenden stellen wir diese ausschnittsweise vor. Die vollständige Auswertung der Wettbewerbsrunde mit vielen Einblicken in die Vor-Ort-Aktivitäten und weiteren Ergebnissen befindet sich auf der Internetseite.

▶ Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement spielt – wie bei vielen anderen Aktivitäten in ländlichen Räumen – eine herausragende Rolle bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Ohne das spontane Engagement, das sich vielerorts quasi aus dem Nichts bildete, wären die Herausforderungen in zahlreichen kleinen Städten und Gemeinden nicht zu bewältigen. Die Menschen vor Ort verbindet die Motivation, Zuflucht Suchende in einer schwierigen Lebenslage zu unterstützen. Oft kommt als weiterer Beweggrund hinzu, dass durch praktisches Handeln ein Signal für Weltoffenheit, Respekt und Toleranz sowie gegen fremdenfeindliche Ressentiments gesetzt wird. Auffallend ist, dass hier das Vermögen zur Empathie einhergeht mit der Fähigkeit, sich binnen kürzester Zeit gemeinschaftlich zu organisieren. In hohem Tempo werden Mitstreiter gewonnen, Angebote auf die Beine gestellt und interne Organisationsstrukturen aufgebaut, kurz: Es wird Handlungsfähigkeit auf lokaler Ebene hergestellt.

Doch die Gefahr der Überforderung besteht: Überlastete Engagierte werden sich nach einiger Zeit wieder zurückziehen. Um das Engagement auf Dauer aufrecht zu erhalten – eine Notwendigkeit, die Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks bei der Preisverleihung „Menschen und Erfolge“ hervorhob –, ist es an der Zeit, das Engagement strukturell zu stützen.

Empfehlungen

- Die Verzahnung von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften ist weiter auszubauen. So verspricht die Flüchtlingsarbeit weiterhin von der hohen Empathie der Engagierten getragen zu werden, zugleich wird die Professionalität der Angebote erhöht.
- Die Kommunen sollten die frühzeitige und kontinuierliche Information der Engagierten und der Bevölkerung allgemein über alles, was mit der Aufnahme von Flüchtlingen zusammenhängt, als verbindliche Aufgabe übernehmen und dazu auch

von Seiten der Bundesländer und Landkreise in die Lage versetzt werden. Nicht selten bilden sich bereits bei ersten Informationsveranstaltungen Unterstützernetzwerke heraus.

- Ebenso gilt es von kommunaler Seite, die Koordination der vielen Aktivitäten und Helfer anzubieten. Vielerorts sind es z. B. die Integrationsbeauftragten, bei denen die Fäden zusammenlaufen. Auch dort, wo die Ehrenamtlichen sich selbst organisieren, ist ein gut erreichbarer, auskunfts- und entscheidungsfähiger Ansprechpartner auf kommunaler Seite eine große Hilfe.
- Das Engagement von Flüchtlingen sollte verstärkt ins Blickfeld rücken. Aktiv zu werden befreit aus der Rolle des Hilfebedürftigen, bringt sinnstiftende Abwechslung in den oft monotonen Alltag und stärkt Autonomie und Selbstwertgefühl – wichtige Schritte in Richtung Integration. Als Brückenakteure sind Personen mit eigener Fluchterfahrung zudem wichtig, um Kontakt und Kommunikation zu Neuankömmlingen aufzubauen. Für das freiwillige Engagement von Flüchtlingen gilt es, rechtliche Bedingungen (z. B. Versicherungen) zu prüfen und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen, gegebenenfalls auch durch Experimentierklauseln, die beispielsweise die Eigenverantwortung in den Unterbringungen stärken.
- Anerkennung und Wertschätzung gehören inzwischen – zumindest als Absichtserklärung – zum Einmaleins der Engagementförderung. In Bezug auf die Flüchtlingshilfe sind geeignete Formate zu entwickeln, die im interkulturellen Kontext tauglich sind. Nicht nur die große Resonanz auf die Preisverleihung „Menschen und Erfolge“, an der zahlreiche multinational zusammengesetzte Initiativen teilnahmen, hat gezeigt, wie wichtig das ist.

▶ Räume für Wohnen und Gemeinschaftsleben

Raum ist in ländlichen Räumen mit hohem Leerstand eine besondere Ressource. Wohnraum für Flüchtlinge ist hier leichter verfügbar als in wachsenden Großstädten. In den Beiträgen werden die Unterstützung bei der Wohnungssuche und gemeinschaftliche Renovierungsaktivitäten oft erwähnt. Ebenso als Thema benannt wird die Reaktivierung leerstehender Räume für gemeinschaftliche Aktionen, für Begegnungsstätten oder Ähnliches. Auch das Anlegen und Pflegen von interkulturellen Gärten ist eine oft genannte Form der Flüchtlingshilfe.

Empfehlungen

- Egal, ob Wohn- oder Begegnungsraum: Flüchtlinge gehören ins Ortszentrum, nicht an den Rand. Räumlich mittendrin zu sein, symbolisiert nicht nur gesellschaftliche Zugehörigkeit, sondern erleichtert auch den Helfern die Unterstützung.
- Eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen hat Vorteile hinsichtlich der Akzeptanz durch die Einheimischen.
- Allerdings lassen sich viele ehrenamtliche Unterstützungsleistungen leichter durchführen, wenn die geflüchteten Menschen in enger räumlicher Nachbarschaft leben. Dezentrale Unterbringung führt für die Engagierten – gerade in Gemeinden mit vielen Ortsteilen – zu einer zusätzlichen Belastung durch Wegezeiten.
- Gemeinschaftsunterkünfte sollten – insbesondere in sehr kleinen Gemeinden – eine überschaubare Größe haben.
- Ein neutraler Begegnungsort außerhalb der Unterkunft hilft Flüchtlingen, Abstand zu gewinnen und ermöglicht den Einheimischen niedrigschwellige Zugänge zu den Neuankömmlingen.

▶ Finanzierung

Die Finanzierung der Vor-Ort-Aktivitäten erfolgt vielfach aus Eigenmitteln und Spenden. Öffentliche Fördermittel spielen nur eine geringe Rolle. Es ist allerdings davon auszugehen, dass eine Finanzierung aus Eigenmitteln und Spenden nicht langfristig trägt, sondern der Bedarf an einfach zu beantragenden und zu verwaltenden öffentlichen Fördermitteln für die Kofinanzierung von Flüchtlingshilfe steigen wird. In einigen Bundesländern gibt es bereits Aktionsfonds für die Flüchtlingshilfe, die bei der Verstetigung von Aktivitäten sehr hilfreich sind.

Empfehlung

- Auch finanzielle Ressourcen für das Engagement in der Flüchtlingshilfe müssen bereitgestellt werden. Viele Leistungen des karitativen Engagements in der Ankommensphase wurden bislang über Spenden und Eigenleistung erbracht. Volle Kleiderkammern helfen aber nur wenig, wenn Schulbücher und Stifte gebraucht werden. Engagement, das sich der Integration als Langfristaufgabe widmet, braucht wieder eine andere finanzielle Unterstützung. Anzustreben ist die innovative Kombination und Staffelung von bestehenden Aktionsfonds und Förder-

Außerdem errichteten Flüchtlinge im Garten ihrer Unterkunft nach eigenen Planungen und weitestgehend in Eigenregie einen Brotbackofen. Dieser wird zugleich zum verbindenden kulturellen Element und zieht auch die Dorfbewohner an.

programmen, die vor Ort eingesetzt werden können. Die Fördertatbestände und der Zugang zu den Mitteln sind dahingehend zu überprüfen, ob sie der jetzigen Ausnahmesituation gerecht werden. Auch über steuerliche Regelungen, die das Engagement für Flüchtlinge erleichtern und fördern, ist nachzudenken.

Potenziale der ländlichen Räume nutzen

Demografischer Wandel bedeutete bislang für Gemeinden in ländlich geprägten Regionen zumeist zweierlei: „weniger“ und „älter“. Wenn jetzt auch ein „bunter“ dazukommt, müssen auf kommunaler Ebene Konzepte entwickelt werden, die Orientierung bieten und beschreiben, wie der Integrationsprozess gestaltet werden kann. Der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ sammelte Maßnahmen, die kurzfristig karitativ und langfristig integrativ wirken. Parallel dazu sind Wege der interkulturellen Öffnung in Verwaltung, Zivilgesellschaft und in Unternehmen zu beschreiben und vorzuleben. Als zentrale Handlungsfelder für Integration kristallisieren sich in den Wettbewerbsbeiträgen Bildung und Arbeit heraus. Auch wenn in diesen Feldern bundes- und landesrechtliche Rahmenbedingungen nur schwerlich von kommunaler Seite beeinflusst werden können, können Kommunen Handlungsspielräume nutzen. Auch hier geht es um Vernetzung von Akteuren – von Institutionen der lokalen Bildungslandschaft ebenso wie von Unternehmen, Arbeitsagenturen und Einrichtungen der beruflichen Bildung.

Gemeinden in ländlichen Räumen können attraktiv für Zuwanderer sein, Zuwanderung kann eine attraktive Entwicklungsoption für Gemeinden sein. Die Nutzung der Chancen und das Herstellen einer Win-win-Situation lassen sich nicht verordnen, sondern sind Prozesse, die von lokalen Akteuren getragen werden müssen. Aber es könnten Anreize dafür gesetzt werden, diese Prozesse auf lokaler Ebene anzugehen. Die Vergabe von Fördermitteln könnte z. B. eine Zuwanderungskomponente erhalten. Die bereits heute bei vielen Förderprogrammen geforderten integrierten Handlungskonzepte könnten Anlass bieten, die lokal spezifischen Chancen der Zuwanderung und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Gemeinde auszuloten. Die Städtebauförderung im Ressortbereich des BMUB setzt bereits auf integrierte Stadtentwicklung. Diese integrierten Ansätze gilt es zu erweitern. Ressourcen, die für den Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung stehen, könnten bevorzugt solchen Gemeinden zugutekommen, die ihre Angebote so auslegen, dass Zuwanderer und Alteingesessene sie gleichermaßen gut nutzen können. ■

Der **Wettbewerb „Menschen und Erfolge“** geht in die nächste Runde: Ab Herbst 2016 finden Sie Informationen zur Auslobung und die Teilnahmeunterlagen auf www.menschenunderfolge.de.

Auf der Internetseite sind auch die 1 900 Beiträge, die in mittlerweile fünf Wettbewerbsrunden eingereicht wurden, dokumentiert. Sie zeigen, dass die Akteure vor Ort hohes Engagement und viel Eigeninitiative aufbringen, wenn es darum geht, intelligente Formen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur in dünn besiedelten Räumen zu entwickeln und umzusetzen. In einer Datenbank lässt sich gezielt nach einzelnen Beiträgen recherchieren. Dokumentationen und weitere Materialien stehen zum Download bereit.

Soziale Ökonomie – eine zukunftsorientierte Wirtschaftsweise Definitionen und Abgrenzungen

Dr. Karl Birkhölzer

Als zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts auf der Agenda der Europäischen Kommission unter dem Vorsitz von Jacques Delors zum ersten Mal eine neue Generaldirektion mit dem Titel „EconomieSociale/Social Economy“ auftauchte, eröffnete diese Entscheidung eine inzwischen mehr als zwanzigjährige Debatte, an der sich aber von deutscher Seite nur wenige beteiligten. Wurde die „Economie Sociale“ doch bis dahin nur in Frankreich bzw. frankophonen Ländern wirklich verstanden, auf der Grundlage einer ordnungspolitischen Definition, wonach sie sich aus den vier Säulen der (durch nationales Gesetz definierten) Genossenschaften („coopératives“), Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit („mutualités“), Vereine („associations“) und Stiftungen („fondations“) oder kurz „CMAF“ zusammensetzen sollte. Der Begriff der „Social Economy“ war aber weder in den anglophonen Ländern noch im übrigen Europa gebräuchlich, weshalb sich die jeweiligen nationalen Gruppierungen der CMAF zu europäischen Dachverbänden zusammentaten und das Feld der „Social Economy Europe“ besetzten. Der entsprechende Zusammenschluss dieser Gruppierungen fungiert bis heute als Interessenvertretung in Brüssel. Auf der forschungspolitischen Ebene wurde die Diskussion insbesondere von CIRIEC (Centre International de Recherche et d’Information sur l’Economie publique, sociale et coopérative) angeregt, einer internationalen Forschungsgemeinschaft, die seit mehr als 20 Jahren wissenschaftliche Tagungen und Forschungsprojekte zum Thema organisiert (www.ciriec.ulg.ac.be).

In diesem Zusammenhang erwies sich das Begriffskorsett der CMAF als sowohl zu eng, in dem es alle Organisationen ausgrenzte, die nicht in diese Typologie passten, als auch zu widersprüchlich, da die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zu den jeweiligen Organisationsformen in Europa (und erst recht darüber hinaus) erheblich voneinander abwichen. So konnten z. B. die deutschen Wohlfahrtsorganisationen sich lange nicht in diesem Konzept wiederfinden, während die traditionelle deutsche Genossenschaftsbewegung aufgrund ihrer besonderen Geschichte in der Nachkriegszeit erhebliche Vorbehalte gegen eine entsprechende Einordnung hegte. Andererseits meldeten sich national wie international immer häufiger Initiativen und Organisationen außerhalb der genannten Strukturen zu Wort, die aufgrund ihrer sozialen Verpflichtung in die Debatte einbezogen sein wollten.

Foto: Technologie-Netzwerk Berlin e.V.

Dr. Karl Birkhölzer

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, zuletzt an der Technischen Universität Berlin als Leiter der Forschungsgruppe Lokale Ökonomie und des Studienprogramms der Projektwerkstätten, Mitglied des Vorstands von Technologie-Netzwerk Berlin e.V.

birkhoelzer@technet-berlin.de
www.technet-berlin.de

Entwicklung international vergleichbarer Kriterien für „Soziale Unternehmen“

Vor diesem Hintergrund entwickelten Mitte der 90er Jahre etwa zur gleichen Zeit das aus CIRIEC hervorgegangene europäische Forschernetzwerk EMES („The Emergence of Social Enterprise“, www.emes.net) und das von Technologie-Netzwerk Berlin ins Leben gerufene „Europäische Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und Lokale Entwicklung/Euronet“ (www.technet-berlin.de) einen neuen Ansatz, wonach „Social Enterprises/Soziale Unternehmen“ nicht mehr nach Rechtsformen oder Institutionen, sondern nach international vergleichbaren Kriterien bestimmt werden sollten. Während Euronet 2006 zugunsten einer Mitarbeit in anderen Netzwerken aufgelöst wurde, betreibt EMES mit nahezu weltweiter Beteiligung das derzeit wohl ambitionierteste Forschungsvorhaben: „International Comparative Social Enterprise Models“, www.iap-socent.be/icsem-project, auf dessen Ergebnisse sich auch dieser Artikel im Wesentlichen bezieht. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Kriterien stimmten weitgehend überein und wurden in etwas abgewandelten Formen sowohl in nationale Gesetze (Großbritannien, Italien) als auch 2011 in die sog. „Social Business Initiative“ der Europäischen Kommission übernommen.

Missverständnisse bei der Übersetzung ins Deutsche

In Deutschland führt vor allem die wörtliche Übersetzung der Begriffe „Economie Sociale/Social Economy“ als „Sozialwirtschaft“ zu erheblichen Missverständnissen: Auch wenn dieser Begriff nicht wirklich klar definiert ist, wird darunter – insbesondere in den Medien – im Allgemeinen der Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen im engeren Sinne

verstanden, unabhängig davon, ob sie von privater oder staatlicher Seite erbracht werden. Dieses Verständnis unterscheidet sich allerdings wesentlich in zwei Punkten: Im internationalen Kontext beruht die „Soziale Ökonomie“ (wie wir sie zur besseren Unterscheidung nennen wollen) auf privater unternehmerischer Initiative außerhalb öffentlicher oder staatlicher Dienstleistungen. In der Europäischen Union ebenso wie in den meisten Ländern, die inzwischen über eine rechtlich verbindliche Begriffsbestimmung verfügen, ist die „Soziale Ökonomie“ ein Teil der Privatwirtschaft. Zum anderen wird der Begriff „sozial“ nicht ausschließlich auf „soziale Dienstleistungen“ im engeren Sinne begrenzt, sondern umfasst im Sinne von „gesellschaftlich“ alle gemeinwesenbezogenen, einschließlich der kulturellen und ökologischen Zwecksetzungen. Es muss sich folglich auch nicht ausschließlich um Dienstleistungen handeln, sondern kann ebenso die Produktion materieller Güter einschließen. Insofern führt auch die Bezeichnung der „Sozialen Ökonomie“ als Dienstleistungssektor in die Irre. Genau genommen handelt es sich überhaupt nicht um eine „Branche“ oder ein „Marktsegment“ der Wirtschaft. Was die „Soziale Ökonomie“ unterscheidet, ist nicht das „Was“ sie produziert, sondern das „Wie“ oder anders ausgedrückt: die „Art und Weise“ der Produktion („the mode of production“).

Kostendeckung statt Gewinnmaximierung

In diesem Sinne wird die „Soziale Ökonomie“ im wissenschaftlichen Diskurs oft auch als „Dritter Sektor“ oder „Drittes System“ angesprochen (wobei auch die Europäische Kommission diesen Begriff im Rahmen ihrer Förderprogramme zeitweise benutzt hat). Dieses „Dritte“ bezieht sich auf die erwähnte „Art und Weise“: Sie resultiert aus privatem unternehmerischem Engagement von Bürgern anstelle von gesetzlicher bzw. öffentlicher Verpflichtung, wobei nicht die Höhe des Gewinns bzw. die Rentabilität des eingesetzten Kapitals, sondern die Qualität der zu erbringenden Leistungen im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln im Vordergrund steht, oder einfacher ausgedrückt: Kostendeckung statt Gewinnmaximierung. Diese Wirtschaftsweise, die auch als „nonprofit“ oder „not-for-private-profit“ bezeichnet wird, wird oft so missverstanden, als ob sie grundsätzlich keine Gewinne (im Sinne von Überschüssen) erzielen wolle oder dürfe. Im Gegenteil sind auch „Soziale Unternehmen“ wie alle Unternehmen an einem positiven finanziellen Ergebnis interessiert. Der Unterschied liegt in der Frage, was mit dem Gewinn geschieht, d. h. ob er privat angeeignet oder (zumindest überwiegend) in die sozialen bzw. gemeinwesenbezogenen Zwecksetzungen des Unternehmens investiert wird. Er wird dabei – positiv ausgedrückt – zum „social added value“, „social profit“ oder „community benefit“. Eine solche „gemeinwirtschaftliche“ Gewinnverwendung ist leider nicht kompatibel mit dem deutschen Verständnis von „Gemeinnützigkeit“, welches dringend einer Modernisierung bedürfte, nach dem Vorbild von Rechtsinstituten anderer europäischer Länder, die den Status der Gemeinnützigkeit an eine „gemeinnützige“ Gewinnverwendung binden.

Foto: Technologie-Netzwerk Berlin e.V.

Abschließend können wir die Kriterien für eine sozialunternehmerische Initiative wie folgt zusammenfassen:

- Es handelt sich um ein privatrechtlich verfasstes Wirtschaftsunternehmen,
- mit sozialer und/oder gemeinwesenbezogener Zwecksetzung,
- auf der Basis bürgerschaftlichen (zumeist gemeinschaftlichen) Engagements und
- mit gemeinwirtschaftlicher Gewinnverwendung.

Die Vielfältigkeit der „Sozialen Ökonomie“ in Deutschland

Diese – im besten Wortsinn – sozialunternehmerische Orientierung hat ihre Ursache in den Mängeln und Fehlern des traditionellen (privaten wie öffentlichen) Wirtschaftssystems: Es geht um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse oder die Beseitigung von Mängeln in der Versorgung der Bevölkerung und/oder um die Lösung sozialer Probleme und Konflikte. Sie werden zum Ausgangspunkt immer wieder neuer Initiativen von Bürgern oder sozialen Bewegungen, die – häufig nach einer Phase ergebnislosen Protests – zu ökonomischer Selbsthilfe greifen. Insofern sind „Soziale Unternehmen“ – auch wenn der Begriff relativ neu ist – keine Erfindung unserer Tage. Ihre Geschichte

reicht zurück von den Anfängen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, über die neuen sozialen Bewegungen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, bis zu den aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrisen. In dieser historischen Betrachtung können wir in Deutschland unterscheiden zwischen einer älteren sozialökonomischen Bewegung aus Genossenschaften, Wohlfahrtsorganisationen, Stiftungen und gemeinnützigen Vereinen und einer jüngeren sozialökonomischen Bewegung seit dem Ende des 2. Weltkriegs, wie z. B. Integrationsbetriebe, Freiwilligendienste und -agenturen, selbstverwaltete Betriebe der Alternativ-, Frauen- und Umweltbewegung, Selbsthilfeunternehmen, Sozio-kulturelle Zentren, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Tauschringe, Sozial- und Stadtteilgenossenschaften, Gemeinwesen- und Nachbarschaftsunternehmen – und in jüngster Zeit die Initiativen des „social entrepreneurship“. So wie letztere von US-amerikanischen Vorbildern philanthropischen Unternehmertums geprägt sind, beruhen auch viele andere auf Anregungen aus dem Ausland: Sozialgenossenschaften nach italienischem Vorbild, „community businesses and development corporations“ aus Großbritannien und Nordamerika, „economia popular e solidaria“ aus Lateinamerika.

So ist die deutsche „Soziale Ökonomie“ kein einheitliches Unterfangen, sondern spiegelt in ihrer Verschiedenartigkeit die Vielfalt der Anlässe zu ihrer Gründung. Ihre Entstehung ist mit der Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Krisen eng verbunden und so gesehen auch ein konkreter Beitrag zu deren Überwindung bzw. zur Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft.[1] ■

Literatur

Birkhölzer, K.; Göler von Ravensburg, N.; Glänzel, G.; Lautermann, Chr.; Mildenberger, G.: Social Enterprise in Germany. Understanding Concepts and Context, ICSEM Working Papers No. 14, Liège 2015 (www.iap-socent.be/icsem-project)

Birkhölzer, K.: Social enterprise models in Germany, ICSEM Working Papers No. 15, Liège 2015 (www.iap-socent.be/icsem-project)

Birkhölzer, K.; Kistler, E.; Mutz, G.: Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, VS Verlag Wiesbaden 2004

Technologie-Netzwerk Berlin (Hrsg.): Lokale Soziale Ökonomie. Lern- und Studienmaterial. Ein Europäisches Curriculum für Praktiker, Unterstützer und Multiplikatoren in Sozialen Unternehmen, Berlin 2009 (www.Cest-transfer.de)

[1] Der Artikel erschien zuerst in: „Themenheft: Zukunftsbranche Sozialwirtschaft“, hrsg. von Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., Berlin 2016.

Sinnmaximierung – Problemlöser auf dem Vormarsch

Social Entrepreneurs sind in Deutschland seit Jahren auf dem Vormarsch, Politik und Wirtschaft haben den Wert dieser besonderen Spezies von Unternehmern längst erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag sprechen sich die Regierungsparteien ausdrücklich für eine Förderung von Sozialunternehmen aus. Trotzdem steht die junge Branche noch immer vor vielen Herausforderungen.

Was machen Social Entrepreneurs (anders)?

Mag sein, dass die frühere Nichtbeachtung auf einem fehlerhaften Verständnis davon basiert, was Social Entrepreneurship eigentlich ist. Und tatsächlich existiert eine Vielzahl an Definitionen und Abgrenzungsversuchen. Ashoka, die älteste und größte Organisation zur Förderung von Social Entrepreneurs, deren Gründer Bill Drayton den Begriff 1980 als erster geprägt hatte, blickt so auf das Phänomen: „Social Entrepreneurs treten mit dem Ziel an, innovative unternehmerische Lösungen für drängende soziale Probleme zu finden und umzusetzen. Sie sind in einer „Everyone a Changemaker“-Gesellschaft diejenigen, welche die Organisationen, Märkte und Mechanismen zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme schaffen.“

Ashoka Deutschland / KOMBÜSE – Kommunikationsbüro für Social Entrepreneurship

info_de@ashoka.org

Ein gutes Beispiel in Deutschland ist der Unternehmer Dr. Andreas Heinecke mit seinem „Dialog im Dunkeln“. Heinecke hat vor über 25 Jahren festgestellt, dass Blinden und Sehbehinderten trotz diverser Maßnahmen durch Kommunen und Wohlfahrtsverbände der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt verwehrt blieb. Das wollte er ändern – und bastelte ein Geschäftsmodell, in dem die Schwachen zu den Starken wurden: Blinde und Sehbehinderte führen Sehende durch einen stockfinsteren Parcours, die Sehenden tauchen für 90 Minuten in die Welt der totalen Finsternis ein, ein Rollentausch also. Das Format wurde mittlerweile in über 30 Staaten und in 170 Städte getragen, 8 Mio. Menschen haben die diversen Dunkel-Dialoge

besucht und dabei erlebt, dass Behinderung vor allem vom Kontext abhängt. Ein Ende ist nicht absehbar, derzeit arbeiten weltweit 8 000 Blinde und Sehbehinderte für dieses Format, das sich wirtschaftlich selbst trägt.

Andreas Heinecke wurde für sein Engagement mehrfach ausgezeichnet (u. a. als Ashoka Fellow[1]), gilt heute als einer der profiliertesten Social Entrepreneurs des Landes – und wirkt deutlich über Landesgrenzen hinweg. Vereinfacht gesagt handelt es sich bei Social Entrepreneurs demnach um Menschen, die ein gesellschaftliches Problem erkennen, es mit einem neuen Lösungsansatz überwinden und diesen möglichst weit verbreiten wollen. Ihr Ziel ist nicht wie in der herkömmlichen Wirtschaftswelt die maximale finanzielle, sondern die maximale soziale Rendite. Dabei sind sie in diversen Bereichen tätig, etwa im Umweltschutz, in der Armutsbekämpfung, im Bereich der Menschenrechte oder der Bildung.

Übersetzungsschwierigkeiten

Oftmals wird der Begriff Social Entrepreneurship aus Mangel an einer passenden deutschen Übersetzung als Sozialunternehmertum oder soziales Unternehmertum bezeichnet. Doch beide Begriffe treffen nicht die eigentliche Bedeutung: Als Sozialunternehmen werden vor allem Unternehmen im sozialen Sektor zusammengefasst, also etwa die Wohlfahrtsverbände und ihre Dienstleister. Soziale Unternehmer sind hingegen Unternehmer, die einen besonderen Schwerpunkt auf die sozialen Belange ihrer Belegschaft und Stakeholder legen, deren oberstes Ziel aber in der Regel nicht das Überwinnden eines gesellschaftlichen Missstandes ist. Der Begriff des Social Entrepreneurs wartet somit bis heute auf seine eingedeutschte Entsprechung.

Generationsbrücke Deutschland

Gründer: Horst Krumbach (Ashoka Fellow)

Problem:

In Pflegeheimen lebenden Menschen mangelt es oft an emotionaler Ansprache. Auch als Menschen, die Wissen und Erfahrungen weitergeben können, werden sie nicht mehr wahrgenommen. Kinder wiederum haben heutzutage nur wenig Kontakt zu hochaltrigen und pflegebedürftigen Menschen. Berührungsängste und mangelnde Empathie können Konfliktpotenzial für die zukünftige Generationenbeziehung enthalten.

Lösung:

Die Generationsbrücke Deutschland initiiert und begleitet in mittlerweile acht Bundesländern regelmäßige Begegnungen zwischen Bewohnern von Altenpflegeeinrichtungen einerseits sowie Kindergarten- und Schulkindern andererseits. Die jungen Besucher fordern die vorhandenen Fähigkeiten der alten und pflegebedürftigen Menschen und bringen Abwechslung und Freude in den Heimalltag. Die Kinder und Jugendlichen wiederum erleben Wertschätzung und besondere Zuneigung und lernen frühzeitig, Alterungsprozess, Pflegebedürftigkeit und Tod als normale Lebensumstände zu erkennen. Gerade Kinder aus gestörtem Sozialmilieu erfahren ein ganz neues Selbstwertgefühl.

www.generationsbrücke-deutschland.de

Social Entrepreneurship etabliert sich zunehmend

Einen ungeheuren Schub erhielt das Thema 2006 vor allem in Deutschland, als mit Muhammad Yunus und seiner Grameen Bank erstmals einem Social Entrepreneur der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Seitdem hat sich das Thema in viele Richtungen entwickelt, z. B. in der Bildung: An den Universitäten hat Social Entrepreneurship Einzug erhalten in die Seminarräume und Auditorien vor allem der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, etwa an den Unis in Heidelberg oder Lüneburg. Die vier großen Universitäten in München haben gemeinsam die Social Entrepreneurship Akademie (SEA) ins Leben gerufen, die Social Start-ups fördert und ein Netzwerk sämtlicher Akteure etablieren will. Abseits der Hochschulen helfen die Social Impact Labs in Berlin, München, Hamburg, Frankfurt/Main und Leipzig angehenden Social Entrepreneurs während eines bis zu acht Monate dauernden

Yeşil Çember

Gründerin: Gülcan Nitsch (Ashoka Fellow)

Problem:

Viele Migranten haben ein geringeres Umweltbewusstsein, da andere Problemfelder wie Arbeitslosigkeit oder Gesundheit im Vordergrund stehen. Sie werden deshalb von deutschen Umweltorganisationen nur schlecht erreicht, überdies gibt es kaum kulturell angepasste Angebote.

Lösung:

Yeşil Çember (deutsch: Grüner Kreis) sensibilisiert und aktiviert Migranten für Umweltthemen. Die Organisation erstellt türkisch-deutsche Informationsmaterialien, organisiert öffentliche Vorträge und Veranstaltungen und berät Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Einmal im Jahr veranstaltet sie in mehreren Städten den türkischsprachigen Umwelttag in Zusammenarbeit mit Migranten- und Umweltorganisationen sowie der Politik. Sie verbindet auf diese Weise zwei wichtige Themenfelder: Umweltschutz und Integration.

www.yesilcember.eu

Klebezettel © Style-Photography – Fotolia.com

[1] Heinz Frey (DORV), Christian Hiß (Regionalwert AG) und Christian Vieth (Hofgründer e.V.) sind ebenfalls Ashoka Fellows – und seit Juni 2016 nun auch Christoph Schmitz (GemüseAckerdemie). Siehe die Berichte in Ländlicher Raum 03/2011, S. 58f. und 04/2013, S. 2ff. (Christian Hiß), 04/2012, S. 17ff. (Christian Vieth).

Original Unverpackt

Gründerinnen: Milena Glimbovski und Sara Wolf

Problem:

Für die Herstellung von Verpackungen werden wertvolle Ressourcen verbraucht. Außerdem zwingen Verpackungen den Kunden dazu, eine bestimmte Menge zu kaufen und zu konsumieren (und den Überschuss schlimmstenfalls wegzuwerfen, einschließlich der nun überflüssigen Verpackung).

Lösung:

Im ersten, seit 2014 in Berlin existierenden Supermarkt ohne Einwegverpackungen, kann der Kunde eigene Aufbewahrungsbehälter mitbringen oder wiederverwendbare Behältnisse im Laden erhalten und mit Produkten aus dem weitgefächerten Warensortiment befüllen.

Das Startkapital beschafften sich die Gründerinnen mittels Crowdfunding (20 000 Euro benötigt, 100 000 Euro erhalten).

www.original-unverpackt.de

Stipendienprogramms bei der Umsetzung ihrer Ideen.

Pionier und Vorreiter für das Wachsen der Bewegung auf breiter Front ist Ashoka. Die älteste und größte Organisation zur Förderung von Social Entrepreneurship bemüht sich seit Gründung 2003 in Deutschland um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Bereich.[2] Dafür steht sie in einem engen Austausch mit Politik, Wirtschaft und Wohlfahrt. Einmal im Jahr nimmt Ashoka herausragende Social Entrepreneurs als sog. Ashoka Fellows ins Netzwerk auf – bis heute sind es weltweit rund 3 200 dieser besonderen Spezies von Unternehmern. Neben Ashoka engagieren sich noch eine Handvoll Einrichtungen wie die Vodafone Stiftung Deutschland oder die BMW Stiftung Herbert Quandt sowohl finanziell als auch programmatisch in dem Sektor. Auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bemüht sich gemeinsam mit den Protagonisten darum, dem Sektor auf die Beine zu helfen und ihn weiterzuentwickeln. Erst kürzlich widmete sich das Bundeswirtschaftsministerium der Frage danach, welche Rahmenbedingungen Social Entrepreneurs in Deutschland für den Erfolg ihrer Lösungen bräuchten.[3]

Schwieriger Zugang zu Finanzmitteln

Zu den größten Herausforderungen der jungen Branche gehört auch der Zugang zu vorhandenen Finanzmitteln. Wie Astronauten bewegen sich Social Entrepreneurs oft zwischen den Planeten der Finanziers – zu unternehmerisch für klassische Philanthropie, zu gemeinnützig, um für klassische Start-up-Investoren spannend zu sein. Erst in den vergangenen Jahren gab es ein langsames Umdenken: So hat die Bundesregierung über die KfW-Bank ein Partner-Finanzierungsprogramm für bestehende Unternehmen pilotiert. Die Finanzierungsagentur für Social Entrepreneurship (FASE), deren Gründung mithilfe von Ashoka erfolgte, hilft den Akteuren in der Wachstumsphase bei der Ausarbeitung ihrer Finanzierungsstrategie und bei der Suche nach geeigneten Investoren. Als einzige Bank in Deutschland finanziert die GLS Bank aus Bochum Projekte in dem Bereich.

Je nach Definition zählen die Experten heute deutschlandweit zwischen 500 (Universität Hannover) und 2 300 (Universität Heidelberg) Unternehmungen im Social-Entrepreneurship-Bereich. Die Rechtsformen reichen von eingetragenen Vereinen über GmbH bis hin zu Aktiengesellschaften. Ihr Branchentreffen findet mit dem Vision Summit jedes Jahr in Berlin statt, Ausrichter ist das GENISIS Institute. ■

auticon

Gründer: Dirk Müller-Remus

Problem:

Zwar haben sich die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit Behinderung in den letzten Jahren verbessert, aber der Zugang besonders zum ersten Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig.

Lösung:

Manche sog. Behinderungen können im richtigen Kontext wertvolle Fähigkeiten beinhalten. Das nicht gemeinnützige IT-Beratungsunternehmen auticon beschäftigt knapp 50 Menschen mit Autismus als Software-Tester in externen Kundenprojekten. Unterstützt werden sie durch Job-Coaches, die Kunden und autistische Mitarbeiter während der Zusammenarbeit beraten und unterstützen. Das Unternehmen agiert und finanziert sich ausschließlich am freien Markt.

www.auticon.de

Klebezettel © Style-Photography – Fotolia.com

[2] Gegründet wurde Ashoka 1980 von dem US-Amerikaner Bill Drayton in Washington D.C. Heute gehören der Organisation weltweit 3 200 Fellows in 83 Ländern, 62 davon in Deutschland, an. Das Wort Ashoka stammt aus dem Sanskrit und bedeutet so viel wie „Überwinden von Missständen“.

[3] Siehe den folgenden Artikel.

Sozialunternehmen als vielversprechende Zielgruppe der Gründungs- und Wirtschaftsförderung

Michael Unterberg

Unternehmen, die mit ihren Geschäftsmodellen von Beginn an gleichermaßen wirtschaftliche wie gesellschaftliche Ziele verfolgen, erlangen auch in Deutschland zunehmend Aufmerksamkeit und Verbreitung. Sie stellen für die Gründungs- und Wirtschaftsförderung eine neue Zielgruppe dar, die in etlichen Bereichen interessante Chancen eröffnet. Unklar ist jedoch, ob diese durch die bestehenden Förderstrukturen und -instrumente auf Bundes- und Länderebene bereits ausreichend Unterstützung findet.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) untersuchte deshalb evers & jung in Zusammenarbeit mit iq consult, dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz und der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, welche Rahmenbedingungen Social Entrepreneurs benötigen, um ihre Geschäftsmodelle umsetzen und skalieren zu können, und wie zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen beigetragen werden kann.[1]

Transparenz schaffen

Um das Potenzial von Sozialunternehmen tatsächlich erfassen zu können, bedarf es einer aussagekräftigen Datenbasis, die bislang jedoch nicht existiert. Grund ist u. a. die Vielfalt sozialunternehmerischer Ansätze, aber auch die Schwierigkeit der Abgrenzung zu eher wohltätig bzw. eher konventionell ökonomisch ausgerichteten Initiativen/Unternehmen. Selbstzuschreibungen bieten keine verlässliche Orientierung, ebenso wenig wie die Rechtsform (s. Abb. auf S. 36).

Eines der vordringlichsten Ziele ist demnach der Aufbau einer belastbaren Datengrundlage. Dies bedarf vor allem der Erarbeitung von Indikatoren für die sozialunternehmerische Ausrichtung gewerblich verfasster Unternehmen. Erste Ansätze wurden im Bereich des Sozialunternehmertums selbst entwickelt. Zu nennen sind hier der Social Reporting Standard (SRS) zur Standardisierung des Wirkungsreportings von sozialmotivierten Organisationen sowie das vom Beratungshaus PHINEO in Deutschland vergebene „Wirkt!"-Siegel bzw. die durch die US-ansässige B Lab Foundation weltweit vergebene B Corp-Zertifizierung. Erst die Transparenz des Marktes ermöglicht die Entwicklung spezifischer Fördermaßnahmen und angepasster Finanzierungsmodelle im Bereich des wirkungsorientierten Investierens.

Zwischen den Stühlen

Da in Deutschland die soziale und wirtschaftliche Sphäre recht klar voneinander getrennt sind, sitzen Sozialunternehmen mit ihrer „Doppelnatur" bislang noch zwischen allen Stühlen. Ihr sozialer Unternehmenszweck lässt sie u. U. nicht als „richtige" Unternehmer erscheinen, auch finden ihre sozialen Innovationen angesichts eines stark technologisch orientierten Innovationsverständnisses weniger Beachtung und Unterstützung.

Eine gemeinnützige Rechtsform bietet einen vergleichsweise raschen und ressourcenschonenden Einstieg in die sozialunternehmerische Tätigkeit. Sie kann jedoch bei der weiteren Entwicklung des Geschäftsmodells und für das Wachstum des Unternehmens auch zu einem großen Hindernis werden, z. B. durch das Verbot einer Gewinnausschüttung an Gesellschafter und die Begrenzung der freien Rücklagenbildung. Für die Zukunft sollte deshalb überlegt werden, wie und wo es erforderlich wäre, über eine Anpassung der Abgabenordnung unternehmerisches Handeln in gemeinnütziger Rechtsform zu erleichtern. Eine spezifische Rechtsform für Sozialunternehmen wird hingegen auch von der Zielgruppe selbst als nicht erforderlich angesehen.

Auch hinsichtlich ihres Finanzbedarfs und der geeigneten Finanzierungsinstrumente fallen Sozialunternehmen aus dem Schema. Ihr Bedarf an Startkapital liegt oft deutlich unter den sonst üblichen Summen, in einer Größenordnung von weniger als 50 000 € bis in den niedrigen sechsstelligen Bereich. Klassische Darlehensfinanzierung kommt für sie dennoch nur einge-

Michael Unterberg

evers & jung GmbH, Hamburg

Tel. (040) 3 68 09 68-31
Michael.Unterberg@eversjung.de
www.eversjung.de

Foto: evers & jung GmbH

[1] „Herausforderungen bei der Gründung und Skalierung von Sozialunternehmen – Welche Rahmenbedingungen benötigen Social Entrepreneurs?" Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, hrsg. v. evers & jung, Hamburg 2015

Die Studie orientiert sich an der Definition der Europäischen Kommission. Demnach sind Sozialunternehmen

- auf die Schaffung eines überprüfbaren, gesellschaftlichen Mehrwertes durch eine unternehmerische Lösung von klar benannten gesellschaftlichen Problemen ausgerichtet,
- auf freien und gesetzlich geregelten Märkten durch die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen unternehmerisch und innovativ tätig,
- Organisationen, die über festgelegte Regeln und Prozeduren sicherstellen, dass erwirtschaftete Überschüsse in erster Linie für die Verwirklichung der gesellschaftlichen Zielsetzung der Organisation verwendet werden,
- in Rechtsformen organisiert, die eine verantwortliche und transparente Verwaltung der Organisation ermöglichen. Hierfür ist die steuerrechtliche Behandlung der Organisation unerheblich.

schränkt infrage. Gründe sind das noch unzureichend etablierte Geschäftsmodell, unsichere Renditeperspektiven und eine ihrer sozialen Zielsetzung geschuldete eingeschränkte Kapitaldienstfähigkeit. Finanzierungsprogramme des Bundes im Rahmen der Mittelstandsförderung sind ausschließlich Unternehmen mit gewerblicher Rechtsform zugänglich. Wagniskapital wiederum ist nur dann eine Option, wenn es von „geduldigen“ Investoren stammt, d. h. Investoren, die eine angepasste Renditeerwartung besitzen und ihre Anlage langfristiger planen. Geeigneter, und von Sozialunternehmen bevorzugt, sind Fördermittel aus dem Bereich der Mezzanin- und Beteiligungsfinanzierung. Hier ist besonders der über die regionalen Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften (MBGn) verfügbare Mikromezzaninfonds Deutschland zu nennen, der stille Beteiligungen in einer Höhe von bis zu 50 000 € vergibt. Doch auch dort fallen Sozialunternehmen oft durch das Raster, da die MBGn Wert auf eine kurzfristig absehbare Profitabilität legen.

Im Augenblick stellen Varianten bestehender Förderprogramme, bspw. im Bereich der ESF-Förderung, mit für Sozialunternehmen angepassten Förderbedingungen eine denkbare Lösung dar. Gerade bei ESF-kofinanzierten Programmen sind Sozialunternehmen als Zielgruppe von der EU explizit vorgesehen. Derartige Programme werden vermutlich die größte Wirkung entfalten, wenn sie als Baustein einer Gesamtfinanzierungsstrategie eingesetzt werden und dabei helfen, weitere Investoren wie sozial-ethische Banken oder wirkungsorientierte Anleger einzubinden. Für ein Bundesförderprogramm speziell für Sozialunternehmen ist hingegen deren geschätzte Anzahl zzt. noch zu gering.

Ein Markt für wirkungsorientierte Investitionen ist in Deutschland erst im Entstehen. Auch hier wirkt sich die Unsicherheit hinsichtlich der Anzahl der infrage kommenden Abnehmer ungünstig auf die Entwicklung und Diversifizierung der Angebotsseite aus (Henne-Ei-Problem). Die wichtigsten Vertreter dieser Seite sind

Abbildung: Sozialunternehmen im Spektrum der Initiativen/Unternehmen

	Sozial motivierte Organisationen				Kommerzielle Organisationen	
	Reine Wohltätigkeitsorganisation	Wohltätigkeitsorganisation mit Erwerbselementen	Gemeinnützig verfasstes Sozialunternehmen	Gewerblich verfasstes Sozialunternehmen	Sozial verantwortliches Unternehmen	Rein kommerzielles Unternehmen
Primärer Geschäftszweck	Soziale Mission	Soziale Mission	Soziale Mission mit Gewinn als Nebenprodukt	Soziale Mission in Übereinstimmung mit Gewinnerwirtschaftung	Sozial verantwortliche Gewinnmaximierung	Gewinnmaximierung
Typische Rechtsform	e.V., gUG, gGmbH, gAG	e.V., gUG, gGmbH, gAG	eG, gUG, gGmbH, gAG, (teilweise hybride Strukturen)	eG, UG, GmbH, AG	UG, GmbH, AG	UG, GmbH, AG
Finanzielle Nachhaltigkeit	Begrenzt kommerzielle Umsätze, größtenteils abhängig von Spenden und Zuschüssen	50-75% Kostendeckung durch kommerzielle Umsätze, z.T. abhängig von Spenden und Zuschüssen	Kostendeckend, (potenziell) wirtschaftlich tragfähig	(Potenziell) wirtschaftlich tragfähig	(Potenziell) wirtschaftlich tragfähig	(Potenziell) wirtschaftlich tragfähig
Gewinnausschüttung	Nein	Nein	Typischerweise nein (Ausnahmen möglich)	Typischerweise ja (in begrenztem Rahmen)	Ja	Ja
Satzungsgemäße Mission	Ja	Ja	Ja	Typischerweise nein (Ausnahmen möglich)	Nein	Nein

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Impact in Motion (2012) und CAF Venturesome (2007)

Stiftungen, private Kapitalgeber (inkl. Großunternehmen mit CSR-Abteilungen) sowie institutionelle Anleger. Vergleiche mit anderen Ländern zeigen, dass in der Aufbauphase eines solchen Marktes staatliche Förderung eine wichtige Rolle spielt. Die Nachfrageseite wiederum kann durch den Ausbau professioneller Beratungsleistungen für Sozialunternehmen gestärkt werden. Seit 2011 unterstützt bspw. das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Aufbau von Social Impact Labs in ausgewählten Metropolen in Deutschland. Diese bieten neben Coaching und Beratung auch Workshops und Veranstaltungen sowie Gründerprogramme für spezielle Zielgruppen an.

Neue Möglichkeiten im öffentlichen Beschaffungswesen

Die im April 2016 in Kraft getretene Reform des Vergaberechts bietet einen größeren Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung von öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen. Um das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln, können nun auch soziale, ökologische und innovative Aspekte für die Beurteilung herangezogen und als Vorgaben in der Ausschreibung verankert werden. Öffentliche Aufträge geben Sozialunternehmen somit die Chance, langfristige, stabile Einkünfte zu generieren, und stellen auf diese Weise einen wichtigen potenziellen Wachstumsfaktor dar. Im Gegenzug erweitern Sozialunternehmen das Angebotsspektrum und schaffen mehr Möglichkeiten für öffentliche Auftraggeber, nachhaltige und innovative Leistungen und Produkte zu beziehen. Um diesen Spielraum zu nutzen, sollte die künftige Vergabepraxis von zentraler Stelle verfolgt und sollten Auftraggeber angehalten werden, ihr Vergabeverhalten zu überdenken.

Chance für neues Unternehmerbild und mehr Gründergeist

Nicht zuletzt besitzt Soziales Unternehmertum als Alternative zu rein profitorientierten bzw. rein gemeinnützigen Unternehmen in der jüngeren, gut ausgebildeten Bevölkerung hohe Attraktivität. Eine Erweiterung des Unternehmerbildes in diese Richtung kann der Gründungskultur in Deutschland deshalb neue Impulse verleihen, was angesichts sinkender Gründungszahlen besonders von Bedeutung ist. Um diese Chance zu nutzen, sollte bundesweit intensiv über das Thema Soziales Unternehmertum informiert und sollten vor allem auch klassische Akteure der Gründungsförderung dafür sensibilisiert werden, entsprechendes Know-how zu erwerben und bereitzustellen.

Um die Zielgruppe Gründungsinteressierter zu erreichen, sind neben den Informationsstellen und Kommunikationskanälen im Gründungsbereich auch die Hochschulen von Bedeutung. Zwar ist das Thema im Forschungsbereich angekommen und es existieren erste Lehrstühle, aber noch fehlt ein praxisnahes Beratungs- und Unterstützungsangebot für studentische Sozialunternehmer. Auch an den Hochschulen ist eine Fokussierung auf technologiebasierte Gründungen vorherrschend. Dies wirkt sich ebenfalls bei der Umsetzung des Förderprogrammes EXIST-Gründerstipendium aus, das prinzipiell für Sozialunternehmer offen ist, wenn sie die Förderkriterien erfüllen. Doch kann dieses Förderprogramm auch dazu genutzt werden, vermehrt Wissen über das Thema an die Hochschulen zu tragen, etwa über die dort angesiedelten Gründungsbüros oder auf den jährlich stattfindenden Treffen der EXIST-Hochschulen.

Perspektivisch sollte der Aufbau eines Kompetenzzentrums für Soziales Unternehmertum angestrebt werden. Aufgaben eines solchen Kompetenzzentrums könnten, je nach Bedarf, u. a. die Bereitstellung von Informationen, der Aufbau von Netzwerkstrukturen, eine Bestandserhebung für mehr Transparenz und zur Erfassung von Angebotslücken oder auch die Beförderung regionaler Unterstützungsstrukturen und -angebote sein. ■

Auf Basis der BMWi-Studie wurde ein „Praxisleitfaden Soziales Unternehmertum“ entwickelt

Der Leitfaden folgt in seinem Aufbau einem modellhaften Entwicklungspfad, der alle typischen Entwicklungsphasen – von der Gründungsmotivation über die Geschäftsmodellentwicklung bis hin zur Unternehmensskalierung – durchläuft. Jede dieser Phasen wird in einem eigenen Kapitel dargestellt, das die zu diesem Zeitpunkt zu klärenden Fragen, die relevanten Ansprechpartner, Unterstützungsangebote und Werkzeuge erläutert und bündelt. Auf diese Weise erhalten sowohl Gründungsinteressierte als auch bereits sozialunternehmerisch Tätige leicht Zugriff auf die für ihren Entwicklungsstand relevanten Informationen. Die Herausforderungen jeder Phase werden darüber hinaus jeweils am Beispiel eines existierenden Sozialunternehmens detailliert veranschaulicht.

Die Studie, ebenso wie die Kurzfassung, sowie der Praxisleitfaden stehen in der Mediathek des BMWi zum Download zur Verfügung: www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen.html

Crowdfunding für Landwirtschaft und ländlichen Raum

Karsten Wenzlaff

Crowdfunding (Schwarmfinanzierung) ist eine Variante der alternativen Finanzierung für Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. In der Regel werden über das Internet finanzielle Beiträge von einer Vielzahl von Personen eingesammelt, die aber jeweils nur einen kleinen Betrag beisteuern. Geldgeber und Geldnehmer finden über spezielle Onlineplattformen zueinander.

Nach Art der angebotenen Gegenleistung unterscheidet man vier Formen des Crowdfundings:

- donation-based Crowdfunding auf Spendenbasis für gemeinnützige Zwecke
- reward-based Crowdfunding als Vorverkauf von Produkten
- lending-based Crowdfunding als Privatkredit
- equity-based Crowdfunding als Investitionen

Das Projekt „Let's build a farm together" auf der amerikanischen Plattform Kickstarter ist sicherlich so etwas wie der Phänotyp von Crowdfunding-Kampagnen im Bereich der Landwirtschaft. Etwas mehr als 57 000 US-Dollar kamen zusammen, um eine Farm zu gründen. Die Gründer der Farm nannten sich „Primal Pastures" und sie wollten eine landwirtschaftliche Revolution: „Our goal at Primal Pastures is to produce food that we feel good about feeding to ourselves, our children, and our grandchildren – food that is grown responsibly, sustainably, and according to nature's brilliant design."

Die Art und Weise der Crowdfunding-Kampagne ähnelte aber anderen Kampagnen: Farmer Paul erzählte regelmäßig, was sich auf der Farm alles abspielte, verlinkte Presseberichte, machte Videos und bot für die Unterstützer aus der Crowd spannende Gegenleistungen an: Sticker, T-Shirts oder Eier-Abos. Auch beispielsweise die „Milchquelle" auf der Plattform Visionbakery, die „Ernte Mich-Kampagne" auf der Plattform Startnext oder der „Bergbauernhof" auf der Plattform Wemakeit finanzierten sich im letzten Jahr auf diese Weise – wie viele andere Projekte auch. Sie alle haben gemein, dass sie Crowdfunding nicht nur als Finanzierungsform, sondern als Marketing-Instrument nutzen.

Foto: ikosom

Karsten Wenzlaff

ist Gründer und Geschäftsführer des Instituts für Kommunikation in sozialen Medien und berät die Europäische Kommission im Bereich Crowdfunding. Er ist außerdem Geschäftsführer des Bundesverbandes Crowdfunding e.V.

wenzlaff@ikosom.de

Crowdfunding sollte man nicht nur wegen des Geldes machen, sondern die Geldgeber einbinden. Typische Nebeneffekte des Crowdfundings sind beispielsweise: Dienstleistungen vermarkten, Pressekontakte herstellen, Reputation aufbauen, Mitstreiter für ein Projekt finden, Community aufbauen, Preise testen.

Das Potenzial für Crowdfunding ist besonders hoch bei Unternehmen, die direkt an die Kunden vermarkten. Wenn man die Crowdfunding-Kampagne gut vorbereitet, ein ansprechendes Video produziert, auf Social Media aktiv ist und die Presse einbindet, kann man relativ gut eine große Reichweite erzielen. Das größere Interesse an regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln sorgt auch für ein größeres Interesse der Verbraucher an den Herstellungsprozessen – und die direkte Kommunikation beim Crowdfunding kann helfen, diese Transparenz herzustellen. Eine Crowdfunding-Kampagne erfordert allerdings auch viel Zeit und sollte nicht nebenher erledigt werden. Nicht allein die Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der Produktion entscheiden über Erfolg und Misserfolg, sondern vor allem eine geschickte Kommunikation und der Aufbau eines Netzwerks.

Die zentrale Frage für den Erfolg einer reward-based Crowdfunding-Kampagne ist die nach der Botschaft. Die Geldgeber identifizieren sich mit den Zielen oder Weltanschauungen der Crowdfunding-Kampagne – deswegen ist es wichtig, einen moralischen Mehrwert zu bieten. Es gibt leider Kampagnen, denen gelingt das nicht immer – einfach nur eine neue Anschaffung für den Hof finanzieren zu wollen und zu hoffen, dass aus dem Internet anonym das Geld kommt, wird nicht unbedingt funktionieren. Aber Kampagnen, die erklären, warum die Anschaffung auf dem Hof der Natur, den Tieren, den Konsumenten nützt, können über Crowdfunding nicht nur Geld, sondern auch viele neue Kunden mobilisieren.

Equity-based Crowdfunding ermöglicht es, über den reinen altruistischen Unterstützungsgedanken Investoren zu mobilisieren, die mit kleinen Beträgen ein Vorhaben finanzieren. Hier kommt es zwar auch auf den gesellschaftlichen Mehrwert an, aber das Investment muss sich auch rechnen. Weltweit gibt es schon einige Plattformen, die Direktinvestments in junge Unterneh-

men mit Bezug zur Landwirtschaft ermöglichen. Die Vorbereitung für diese Kampagnen ist allerdings noch intensiver, denn für die Investoren müssen Business-Pläne und Finanzpläne erarbeitet werden. Dafür allerdings bleiben die Investoren dem Unternehmen über mehrere Jahre verbunden und können auch größere Summen stemmen. Während bei reward-based Crowdfunding eher Summen zwischen 5 000 und 20 000 € realistisch sind, liegen equity-based Crowdfunding-Kampagnen in der Regel im sechsstelligen Bereich.

Crowfunding wird sich als Finanzierungsalternative in Kombination mit klassischen Finanzierungswegen immer stärker durchsetzen – und gerade der ländliche Raum bietet dafür ein hohes Potenzial.

Mit der Crowd auch die Banken überzeugen

Anastasios Papakostas ist Vorstandsmitglied im Bundesverband Crowdfunding und Betreiber der Plattform Investofolio.

Warum ist Crowdfunding bei Investoren so beliebt?

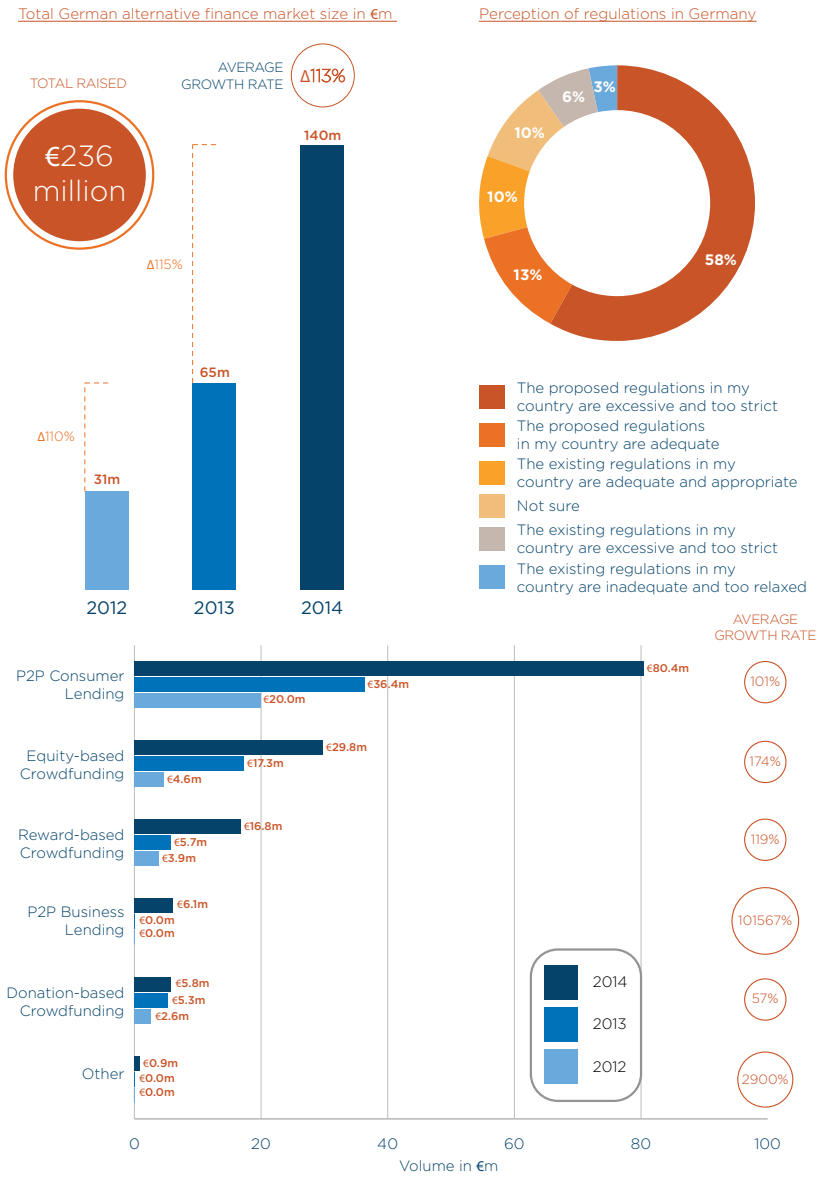
Mit einer guten Idee ist der erste Schritt zum eigenen Unternehmen getan. Diese Idee zu realisieren stellt sich jedoch oft als schwierig heraus. Es fehlt ein starker Finanzpartner, der das junge Unternehmen in der Anfangszeit unterstützt. Für Anleger am interessantesten ist sicherlich Crowdinvesting, das Finanzierungsmodell, bei dem viele Geldgeber ein Projekt mit dem Ziel unterstützen, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Anders als bei Anlagen, bei denen man als Investor nur in ein großes Projekt mit einer entsprechend großen Summe investiert, kann man beim Crowdinvesting sein Kapital auf eine größere Anzahl vielversprechender Projekte verteilen. Damit senkt man auch das Risiko eines hohen Verlustes, sollte ein Projekt scheitern.

Wie steht Crowdinvesting im Wettbewerb mit Bankenkrediten?

Gerade in der Anfangszeit einer Gründung ist es schwer, von klassischen Banken einen Kredit zu erhalten. Meist kann ein junges Unternehmen oder ein Start-up nicht die nötigen Sicherheiten liefern. Viele Geschäftsideen können überhaupt nur mit Hilfe der Crowd realisiert werden, denn diese ist meist risikofreudiger als die Banken, gerade dann, wenn die Idee überzeugt und begeistert.

Eine Menge an Investoren bedeutet auch, dass viele Leute von der Idee erfahren und das Konzept nach außen tragen. Die Anleger wirken so als Multiplikatoren, das Projekt erfährt eine höhere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Außerdem ist ein erfolgreich finanziertes Crowdfunding-Projekt ein Ver-

Abbildung: Alternative finance market snapshot for Germany



Quelle: Uni Cambridge 2015

trauenssignal an potenzielle Kunden. Wenn die Idee so viele Menschen dazu gebracht hat, ihr Geld dort hinein zu investieren, dann muss das Produkt auch gut sein, so die Folgerung. Und damit kann eventuell auch eine Bank überzeugt werden.

Wie groß ist der Crowdfunding-Markt in Deutschland?

Wir erarbeiten gerade mit der Uni Cambridge die Zahlen für das Jahr 2015. Im letzten Jahr hatten wir das Volumen für 2014 veröffentlicht – das betrug ca. 140 Mio. €. Wir gehen davon aus, dass es sich auf jeden Fall erhöht hat. Da sich aber im Jahr 2015 mit dem Kleinanlegerschutzgesetz einiges am rechtlichen Rahmen geändert hat, kann es durchaus sein, dass das Volumen leicht stagniert hat. Aber die Konsolidierung der Plattformen führte zu einem erneut starken Wachstum im ersten Halbjahr 2015.

Mit der Crowd investieren in die Energiewende in der Landwirtschaft

Marilyn Heib ist Geschäftsführerin der bettervest GmbH, der ersten Crowdfunding-Plattform im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Deutschland. Sie ist diplomierte Maschinenbauingenieurin, spezialisiert auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Gründerin des Klimaschutzvereins „Go for Climate e.V.“ und Autorin der Bücher „Erfolgsfaktor Energieeffizienz“ und „Der Klimaschatz“.

bettervest engagiert sich aktiv für die Energiewende. Was macht Ihre Plattform so besonders?

Die Investoren auf unserer Plattform wollen ihr Geld gut anlegen und etwas gegen den Klimawandel tun. Wir vermitteln daher Projekte zur Investition, bei denen Energie eingespart oder erneuerbare Energie verkauft wird und aus den eingesparten Mitteln die Investoren bezahlt werden können. Das sind z. B. Investitionen in bessere Gebäudedämmung, effizientere Heizanlagen oder regenerative Energieanlagen. Die genaue Effizienzkalkulation ermitteln wir mithilfe von unabhängigen Energieberatern. Somit finanzieren sich die Projekte alle selbst. Durch das technische Know-how der Plattform können wir Projekte nicht nur finanzieren, sondern als kritischer Partner technische Tipps geben. Crowdfunding bietet aber auch weitere immense Vorteile für das Marketing und die Bilanzen.

2015 wurde ein Bewässerungsprojekt auf einem landwirtschaftlichen Betrieb finanziert – wie kam es dazu?

Wir engagieren uns mit bettervest international – haben schon Projekte in Kenia, Mali, Ghana und in Tansania finanziert. In Tansania hat die Crowd eine Solaranlage finanziert, die es ermöglichte, über Tröpfchenbewässerung 3,64 ha landwirtschaftlicher Fläche besser zu versorgen. Dies führt zu Mehreinnahmen bei dem Betrieb, aber auch zu Einsparungen bei der Energieproduktion, denn dadurch kann ein Dieselgenerator ersetzt werden. Im Laufe der Projektzeit werden dadurch mehr als 6 000 l Diesel eingespart.

Kann bettervest auch Investitionen der Crowd für Landwirte in Deutschland vermitteln?

Ja, auf jeden Fall. Wir finanzieren alle Arten von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen, die natürlich auch von Landwirten genutzt werden können. Dazu gehört der Einbau von LED-Lampen, der Aufbau von Biogasanlagen, Photovoltaikanlagen, Nahwärmenetzen oder der Aufbau von Blockheizkraftwerken. Mittels erster Wirtschaftlichkeitsanalysen, die der Landwirt vom Umsetzungsbetrieb erhalten hat (wir verfügen bei Bedarf auch über Kontakte zu guten Umsetzungsbetrieben), finden wir heraus, welche Energiekosteneinsparpotenziale es gibt und erstellen daraus ein kostenloses Finanzierungsangebot für sein spezifisches Projekt. Nach Einigung mit dem Landwirt über Zinssatz und Laufzeit starten wir dann die tiefgehende technische Prüfung des Projektes.

Welche Vorteile gibt es für einen Landwirt, Projekte mit Crowdfunding zu finanzieren?

Es gibt sehr unterschiedliche Gründe, ein Projekt mittels Crowdfunding zu finanzieren. Der wohl wichtigste Punkt sind die finanziellen Vorteile. Nicht nur bietet Crowdfunding die Möglichkeit, alle Kosten zu 100 % zu finanzieren, dazu arbeitet Crowdfunding mit unbesicherten Nachrangdarlehen. D. h. der Landwirt kann das Geld von der Crowd leihen, ohne seinen Hof etc. besichern zu müssen. So will Crowdfunding Banken nicht ersetzen, sondern schließt Lücken, wie z. B. die Möglichkeit, das Eigenkapital für eine Finanzierung mit Banken zu generieren und sich die Kreditlinien bei Banken für spätere Kredite freizuhalten. Die unbesicherte, mit dem Geld der Crowd gekaufte Ware erhöht aber dennoch das Anlagevermögen des Hofes und führt somit zu immensen Vorteilen bei eventuellen späteren Bankkrediten.

Zusätzlich haben bettervest und die Crowd ein hohes Eigeninteresse, dass die Projekte technisch wirklich wasserdicht und qualitativ hochwertig sind, so dass

der Landwirt auf viele Augen zählen kann, die sein Vorhaben mit bewerten.

Und letztlich hat Crowdfunding eine hohe Außenwirksamkeit. Der Landwirt kann z. B. nicht nur ein geschlossenes Bürgerfunding in seinem Ort durchführen lassen und somit die Gemeinde einbinden, er kann auch Kunden finden. So haben wir zeitnah das Nahwärmenetz eines Biohofes finanziert, der stark vom Versand seiner Biowaren lebt. Einen Teil seines Zinses an die Crowd wird er in Gutscheinen auszahlen und somit, aber natürlich auch durch unsere allgemeine Crowdfunding-Kampagne, weitere Kunden für seine Produkte finden.

Wie wird sich Crowdfunding in der Landwirtschaft entwickeln?

Wir sehen, dass sich sowohl die Konsumenten als auch die Produzenten von Energie immer stärker für lokale Projekte einsetzen wollen – gerade für Landwirte, die teilweise sowohl Energiekonsumenten als auch Energieproduzenten sind, birgt Crowdfunding ein enormes Potenzial. Bürger wollen wissen, wo ihr Geld eingesetzt wird, sie wollen die lokale Wirtschaft unterstützen, die Energiewende und nicht z. B. Rüstungsprojekte. Bürger wollen durch die Auswahl ihres direkten Investitionsobjektes auch direkte Demokratie ausüben. Dieser Trend ist immens und daher gehen alle Experten davon aus, dass der Crowdfunding-Markt in den nächsten Jahren immens wachsen wird.

Crowdfunding für innovative landwirtschaftliche Produkte

Monika Wallhäuser hat sich in ihrem Studium der Agrarwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit dem Thema Crowdfunding in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie ist Beraterin im Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum des Landes Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach, und berät dort Landwirte im Bereich der Ökotierhaltung. Ihre Studie veröffentlichte sie gemeinsam mit dem Institut für Kommunikation in sozialen Medien.

Auf vielen reward-based Plattformen wie Startnext, Visionbakery, Wemakeit, Kickstarter oder Indiegogo gibt es mittlerweile eigene Food-Kategorien. Wie ist die gestiegene Aufmerksamkeit zu erklären?

Anfangs waren Crowdfunding-Kampagnen mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft relativ rar – aber immer mehr Landwirte und Landwirtinnen nutzen Crowdfunding mittlerweile als Marketing-Instrumente. Damit die Crowd sich auf den Plattformen leichter zurechtfindet und die Projekte sich gegenseitig inspirieren können, sortieren die Plattformen die Projekte. Der Crowdfunding-Markt im Bereich Landwirtschaft wächst derzeit sehr stark.

In den Food-Kategorien sind auch viele Cafés und Street-Food-Trucks zu finden. Wie können Landwirte und Landwirtinnen eine urbane Klientel erreichen, ohne selber in der Stadt präsent zu sein? Wie schaffen sie es, die urbane Crowd zu erreichen?

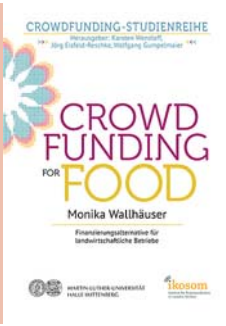
Die traditionelle Landwirtschaft hat es sicherlich schwer, die Städter und Städterinnen zu erreichen, da sie ihre Produkte über Großabnehmer vertreiben. Aber für innovative Produkte wird eher der Direktvertrieb genutzt oder über das Internet und Social Media werden eigene Marken aufgebaut, wodurch eine wirtschaftliche Unabhängigkeit geschaffen wird. Genau dazu dient Crowdfunding.

Haben Sie in Ihrer Untersuchung einen Einfluss festgestellt, je nachdem, ob ein landwirtschaftlicher Betrieb ein Bio-Betrieb ist oder ob er sich auf Ackerbau oder Viehzucht spezialisiert?

Als ich meine Studie 2013 durchgeführt habe, war das Thema noch sehr jung – wir haben damals 231 Projekte analysiert und es stellte sich heraus, dass Urban Farming vom finanziellen Volumen her vor Ackerbau und Viehzucht lag. Ungefähr die Hälfte der Projekte waren Öko-Betriebe, allerdings hatte das keinen Einfluss auf den Kampagnenerfolg. Deswegen ist die individuelle Beratung bei einer Crowdfunding-Kampagne auch so wichtig. ■

Monika Wallhäuser:
Crowdfunding for Food

Finanzierungsalternative für landwirtschaftliche Betriebe. Crowdfunding Studienreihe, hrsg. vom Institut für Kommunikation in sozialen Medien, epubli GmbH, Berlin 2014, ISBN 978-3-8442-9659-4.



BioBoden Genossenschaft:

Auf dem Boden der Tatsachen

Christin Behm

Wenn wir unsere Böden nicht besser schützen, beraubt sich die Menschheit der eigenen Lebensgrundlage. Um dies zu ändern, wurde die BioBoden Genossenschaft gegründet, an der sich jeder, der sich für den Erhalt der Ressource Boden einsetzen möchte, beteiligen kann.

Die Genossenschaft ist davon überzeugt, dass die Zukunft einer am Menschen orientierten Landwirtschaft nur ökologisch nachhaltig, an der Bewahrung der langfristig zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgerichtet und global gerecht gestaltet werden kann. Dieser Weg ist für uns der einzig richtige, denn die Folgen der intensiven konventionellen Landwirtschaft sind bereits seit vielen Jahren überall auf der Welt sichtbar: Hungersnöte, Krankheiten und Vertreibung. All das zeigt: Wir müssen dringend handeln.

Bauer sucht Boden

Die Situation in der deutschen Landwirtschaft ist derzeit nicht einfach: Jahr für Jahr geben unzählige Landwirte, darunter auch Bio-Bauern auf. Die Gründe dafür sind vielfältig. Für einige rechnet sich der Betrieb schlichtweg nicht mehr, weil die Kosten – gerade in der ökologischen Bewirtschaftung – zu hoch sind und die Erlöse im Lebensmittelmarkt zu gering. Andere haben in der Familie oder in der Verwandtschaft keinen Nachfolger für den Hof und verkaufen an den nächstgelegenen, größeren – leider meistens konventionell arbeitenden – Betrieb. Und ein weiteres Phänomen schmerzt den Bio-Markt: Landwirte, die bereits von konventioneller auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt hatten, kehren wegen höherer Gewinnerwartungen wieder zum herkömmlichen Anbau zurück.

Auf der anderen Seite gibt es zunehmend gerade junge Landwirte, die sich der ökologischen Anbauweisen verschreiben wollen. Diese haben aber meistens nicht die finanziellen Mittel, einen Hof zu pachten, geschweige denn zu kaufen und dann zu betreiben.

Die BioBoden Genossenschaft verbindet. Vereinfacht gesagt: BioBoden bringt freie Flächen und Öko-Betriebe zusammen mit jenen, die ökologische Landwirtschaft betreiben wollen. Sie kauft Flächen und Betriebe, verpachtet sie oder bewirtschaftet sie selber. Egal, wie sie die Flächen rettet oder sichert: Jeder Landwirt auf BioBoden-Flächen ist dazu verpflichtet, sie nach den strengen Grundsätzen eines Öko-Anbauverbandes zu bewirtschaften.

Ein wichtiges Merkmal von BioBoden: Reaktion auf Nachfrage. Die Landwirte zeigen ihren Bedarf auf und BioBoden wird aktiv. BioBoden ist also kein Landinvestor, sondern entzieht im Gegenteil durch dieses Verhalten sukzessive dem Markt Boden als Spekulationsmasse.

Verantwortung für die „eigenen“ 2 000 m² übernehmen

Doch das ist nur der eine Teil der Lösung. Der andere sind die mittlerweile über 2 000 BioBoden Mitglieder und all diejenigen, die noch gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen. BioBoden hat sich für das Genossenschaftsmodell entschieden, um gemeinsam mit den Menschen Verantwortung für eine regional verankerte, ökologische Landwirtschaft zu übernehmen: Verantwortung für die Produktion ökologisch hochwertiger Lebensmittel, Verantwortung für Bio-Landwirte, damit sie ökologische Landwirtschaft betreiben können, Verantwortung für einen Ressourcen schonenden Umgang mit der Natur und vor allem Verantwortung für die eigene Gesundheit sowie die der nächsten Generationen.

Weshalb sollten wir Verantwortung für unser Land übernehmen – im wörtlichen Sinne? Da hilft eine einfache Rechnung: Teilt man die global zur Verfügung stehende Anbaufläche von 1,4 Mrd. ha durch die 7 Mrd. Menschen auf der Erde, stehen derzeit rein rechnerisch jedem Menschen 2 000 m² Boden für seine Bedürfnisse zur Verfügung. Darauf muss alles Platz haben,

Foto: privat

Christin Behm

Kommunikation, BioBoden Genossenschaft eG, Bochum

Tel. (0234) 414 702 05
christin.behm@bioboden.de
www.bioboden.de
www.facebook.de/bioboden

5 ha Boden hat die BioBoden Genossenschaft für Hof Mahlitzsch, Sachsen, gesichert, der von über 40 Menschen biologisch-dynamisch bewirtschaftet wird. Über Hofladen und Öko-Kisten werden die Produkte des Hofes, u. a. aus der eigenen Backstube und Molkerei, verkauft.

was der Mensch zum Leben benötigt: Feldfrüchte, Gemüse, Futteranbau fürs Vieh, aber z. B. auch Öl- und Energiepflanzen sowie nachwachsende Rohstoffe (s. a. www.2000m2.eu).

Mit einer Mitgliedschaft bei der BioBoden Genossenschaft kann jede und jeder einzelne Verantwortung für die „eigenen“ 2 000 m² oder mehr übernehmen. Dabei macht es keinen Unterschied, wo man lebt – wer Mitglied bei der BioBoden Genossenschaft ist, leistet seinen Beitrag für mehr Bioflächen. Und damit für die Produktion mehr gesunder und regionaler Lebensmittel.

Die „Ernte“ besteht für die Mitglieder vor allem aus einer sozialen und ökologischen Rendite. Arbeitet die BioBoden Genossenschaft landwirtschaftlich erfolgreich, gibt es zudem einen moderaten finanziellen Ertrag. Nichtsdestoweniger liegt die Betonung auf dem ideellen Gewinn. Das Kapital wird der Genossenschaft langfristig von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt (die Kündigungsfrist beträgt fünf Jahre) und die Mitglieder tragen das Risiko eines vollständigen Verlustes des eingesetzten Kapitals, denn Landwirtschaft bedeutet Arbeiten in der Natur und mit lebenden Wesen – mit allen damit verbundenen Unwägbarkeiten wie Unwetter und Krankheiten. Eine Nachzeichnungspflicht besteht jedoch nicht. Ein Anteil bei der BioBoden Genossenschaft kostet 1 000 €, drei Anteile (3 000 €) entsprechen jenen 2 000 m² landwirtschaftlicher Nutzfläche, die jedem Menschen rein rechnerisch zur Verfügung stehen. ■

Für den Demeter-Bauernhof Weggun, Brandenburg, hat die BioBoden Genossenschaft 15 ha gekauft, die nun an die Betriebsleiter verpachtet werden. Hier werden Schafe und Hühner gehalten sowie Streuobstwiesen bewirtschaftet, der Schwerpunkt liegt auf dem Anbau von Beerenobst.

Kiron Open Higher Education:

Integration durch Bildung

Endlich in einem halbwegs sicheren Aufnahmeland angekommen, beginnt für Flüchtlinge eine zermürbende Zeit des Wartens und Nichtstuns. Denjenigen, die in ihrem Herkunftsland studiert haben oder eine höhere Schulbildung besitzen, bietet seit Oktober 2015 die Bildungsplattform Kiron Open Higher Education weltweit eine Perspektive. Das Social Start-up wurde im März 2015 von Markus Kreßler und Vincent Zimmer gegründet. Markus Kreßler war zu der Zeit selbst noch Student, Vincent Zimmer promovierte.

Fehlende Dokumente, Sprachkenntnisse und finanzielle Mittel versperren Flüchtlingen z. T. auf Jahre hinaus den Zugang zu einem Studienplatz. Kiron verzichtet auf all das: Das Studium ist gebührenfrei, die Sprache des Gastlandes kann im Rahmen eines zusätzlichen Sprachkursangebots während des Studiums erlernt werden. Erforderlich sind lediglich ein Dokument, das den Status als Geflüchteter belegt, Angaben zur Motivation sowie zwei erfolgreich absolvierte Testkurse.

Die Grundlage des Studiums sind Online-Lehrveranstaltungen, sog. MOOCs (Massive Open Online Courses), mit unbegrenzter Teilnehmerzahl. Die Studierenden von Kiron benötigen also lediglich einen Computer und Zugang zum Internet, d. h. studiert werden kann überall, auch von einem 200-Einwohner Dorf aus, sofern die Internetgeschwindigkeit es zulässt. Vier Studiengänge können absolviert werden: BWL, Informatik, Ingenieur- sowie Sozialwissenschaften. Das Online-Studium dauert in der Regel zwei Jahre. Danach wechseln die Studierenden – bei entsprechend erfolgreich abgeschlossenen Kursen – für ein bis zwei weitere Jahre für ein Präsenzstudium an eine von insg. 18 kooperierenden Hochschulen (16 davon in Deutschland), so dass sie am Ende ihres Studiums einen international anerkannten Bachelor-Abschluss besitzen. Erst bei diesem Wechsel müssen evtl. fehlende Dokumente nachgereicht werden. Um tatsächlich Flüchtlingen weltweit eine Chance auf ein Studium zu geben, werden Gespräche mit über 120 weiteren Hochschulen in anderen Ländern geführt, neben dem Sitz in Berlin besitzt Kiron inzwischen weitere Büros in Instanbul, Paris und Brüssel.

Kiron-Gründer Markus Kreßler (2. v. rechts) mit zwei Studenten und einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin.

Außer Lehrveranstaltungen und Sprachkursen bietet Kiron zusätzliche Studienunterstützung in der „realen“ Welt in Form von sog. Study-Hubs. Das sind Orte, an denen die Studierenden außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte gemeinsam in Ruhe lernen können. Außerdem gibt es Buddy- und Mentoring-Programme, bei denen Kiron-Studenten von Studenten lokaler Universitäten bzw. Mitarbeitern von Unternehmen unterstützt werden. Eine psychosoziale Betreuung hilft, mit den persönlichen Erlebnissen während der Flucht und den Unsicherheiten der aktuellen Lebenssituation fertig zu werden.

Mehr als eine halbe Million Euro hat Kiron über eine Crowdfunding-Kampagne gesammelt, zusätzliche Finanzmittel stammen von Unternehmen, Stiftungen und privaten Spendern. Das Team besteht aus 30 Festangestellten und rund 250 Ehrenamtlichen.

Die Gründer von Kiron sind davon überzeugt, dass Bildung ein Schlüssel zur Integration ist. Mit ihrem Ansatz verhelfen sie nicht nur Flüchtlingen zu einem schnelleren Zugang zur Gesellschaft und zum Arbeitsmarkt in ihrem Gastland, sondern senken auch die Integrationskosten im Aufnahmeland. Gut ausgebildete Flüchtlinge sind eine wertvolle Ressource, sowohl für die Wirtschaft des Gastlandes als auch für den Wiederaufbau in ihrem Heimatland. ■ Karin Zander

Sozialunternehmen als Partner für CSR-Maßnahmen

Foto: mundraub.org

Corporate Social Responsibility (CSR) meint die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, d. h. Verantwortung für die Auswirkungen des unternehmerischen Handelns auf Gesellschaft und Ressourcen. Hierzu gehören beispielsweise Anstrengungen zum Schutz von Klima und Umwelt, sparsamer Umgang mit Ressourcen, gute Arbeitsbedingungen innerhalb des Unternehmens, Engagement vor Ort und in Ländern, zu denen Geschäftsbeziehungen bestehen, etc. Gibt es Sozialunternehmen, die in den gleichen Bereichen tätig sind, in denen ein Unternehmen sein gesellschaftliches Engagement verstärken möchte, besteht Potenzial für eine Win-win-Situation.

Überall in Deutschland stehen Obst- und Nussbäume und andere fruchttragende Gehölze unbeachtet und unbeerntet am Wegesrand, während in den Supermarktregalen Äpfel, Birnen und Kirschen liegen, die im ungünstigsten Fall um die halbe Welt gereist sind. Diese Erkenntnis war 2009 der Anlass zur Gründung von Mundraub. Seither erfreut sich vernachlässigtes heimisches Obst einer stetig wachsenden Fangemeinde. Herzstück der Initiative ist die Internetplattform Mundraub.org, eine digitale Landkarte, auf der die inzwischen 37 000 registrierten Nutzer/-innen rund 22 000 Fundorte von Obstbäumen, -sträuchern, Nüssen und Kräutern im öffentlichen Raum und auf freigegebenen privaten Flächen eingetragen haben.

Die mehrfach ausgezeichnete Initiative (Werkstatt N, Land der Ideen, Deutscher Tourismuspreis, Karma Konsum Gründer Award) hat mittlerweile eine eigene Region ins Leben gerufen – die Mundraub-Region Hasetal –, führt Bildungsprojekte durch, belieferte in einer Kooperation mit der Bundesgartenschau Havelregion 2015 die BuGa-Gastronomie mit 20 000 l heimischem Saft und war 2015 Partner des Wissenschaftsjahres 2015 – Zukunftsstadt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Von der Kompensationsfläche zum Erlebnisort

Aktuell richtet Mundraub das Augenmerk verstärkt auf die Möglichkeit von Unternehmens-Kooperationen und auf Projekte in der Umweltbildung. Ein erster Ansatz ist die 2014 begonnene Kooperation mit dem Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz. Das Unternehmen, das im Nordosten Deutschlands ein ca. 10 000 km umfassendes Leitungsnetz betreibt, ist verpflichtet, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen, um die im Zuge des Netzausbaus notwendigen Eingriffe in die Landschaft zu kompensieren – u. a. durch das Anlegen von Obstwiesen und -alleen. Diese müssen jedoch auch vom Menschen genutzt und gepflegt werden, um ihren vollen ökologischen Wert zu entwickeln.

Gemeinsam mit 50Hertz entwickelte Mundraub ein Konzept zur Nutzung und sozial-ökologischen Aufwertung der vom Unternehmen angelegten Streuobstflächen, angefangen mit einer „50Hertz-Entdecker-Wiese“ getauften Fläche östlich von Berlin. Dort treffen sich Mitglieder der Mundräuber-Community mit 50Hertz-Mitarbeiter/-innen zu vom Unternehmen gesponserten Baumschnittkursen. Darüber hinaus bietet Mundraub für Grundschulen Obstwiesentage an, bei denen die Schüler/-innen viel Interessantes über das Biotop Obstwiese erfahren, Insektenhotels bauen oder einem Bienenvolk über die Schulter schauen können. Gibt es im Herbst genügend Äpfel, werden diese zu Saft gepresst, den 50Hertz dann unter seinem Namen an Mitarbeiter und Partner verteilen kann. Das Unternehmen präsentiert die Aufwertung der Fläche zum Erlebnis- und Bildungsort im Rahmen seiner CSR-Aktivitäten im Hinblick auf Umweltschutz und den Erhalt einer vielfältigen Kulturlandschaft. ■ Karin Zander

Plakat: mundraub.org

Dr. Martin Wille 75 Jahre

Am 30. Juni 2016 wurde der Vorsitzende des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., StS a.D. Dr. Martin Wille, 75 Jahre alt. Die ASG gratuliert ihm sehr herzlich zu diesem runden Geburtstag und wünscht ihm alles Gute, vor allem beste Gesundheit!

Der in Göttingen promovierte Agrarwissenschaftler durchlief berufliche Stationen im Bundeslandwirtschaftsministerium, Bundeskanzleramt, nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium sowie in SPD-Parteivorstand und -Bundestagsfraktion. Als Vordenker der deutschen und europäischen Agrarpolitik engagiert er sich seit vielen Jahren in der Auseinandersetzung über Fragen einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Produktion. Im Rahmen seiner Vorstandstätigkeit bei der ASG legt er darüber hinaus Wert auf die Diskussion der unterschiedlichen Aspekte der ländlichen Entwicklung, insbesondere der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), sowie der europäischen Strukturpolitik.

Dr. Aloys Altmann 70 Jahre

Die ASG gratuliert ihrem Kuratoriumsmitglied StS a.D. Dr. Aloys Altmann, der am 28. April 2016 70 Jahre alt wurde. Zu seinem besonderen Ehrentag und für das neue Lebensjahrzehnt wünscht sie ihm weiterhin alles Gute und viele gesunde Jahre.

Aus den Länderministerien

Der CDU-Politiker Peter Hauk ist seit dem 12. Mai 2016 Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz **Baden-Württemberg**. Er folgt in der grün-schwarzen Koalition auf Alexander Bonde, der der Landesregierung nicht mehr angehört.

Der bisherige Amtschef im Stuttgarter Agrarressort, Wolfgang Reimer, ist seit 1. Juni 2016 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart.

Ulrike Höfken, seit 2011 Umwelt- und Landwirtschaftsministerin in **Rheinland-Pfalz**, ist seit dem 18. Mai 2016 Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten. Zu ihren Aufgaben gehören auch die Themen Ökolandbau, Tierwohl sowie gesundheitlicher Verbraucherschutz. Die Grünen-Politikerin ist Mitglied im ASG-Kuratorium.

Dr. Volker Wissing steht seit dem 18. Mai 2016 an der Spitze des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau **Rheinland-Pfalz**. Der FDP-Politiker ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Claudia Dalbert ist seit dem 25. April 2016 Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie sowie 2. Stellvertreterin des Ministerpräsidenten von **Sachsen-Anhalt**. Die Grünen-Politikerin hat die Nachfolge von ASG-Vorstandsmitglied Dr. Hermann Onko Aeikens angetreten. Der CDU-Politiker war seit 2009 Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Termin

3. Internationale deutschsprachige Tagung vom 4. bis 6. April 2017 in Schwäbisch Hall

Frauen bewegen Landwirtschaft – Landwirtschaft bewegt Frauen

Aktuelle Debatten aus Wissenschaft und Praxis

Nach den Veranstaltungsorten Bern und Wien wird die 3. Internationale deutschsprachige Tagung – durchgeführt vom Evangelischen Bauernwerk in Württemberg e.V., Waldenburg-Hohebuch, in Kooperation mit der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG), Göttingen – nun explizit im ländlichen Raum stattfinden. Die Tagung setzt in kritischer Perspektive an den Veränderungsprozessen weiblicher Lebens- und Arbeitsrealitäten in der Landwirtschaft an. Sie bietet ein Forum mit breitem Wissens- und Erfahrungsaustausch für all jene, die sich in Theorie und Praxis mit der Situation der Frauen in der Landwirtschaft befassen und sich für deren Entwicklung interessieren.

Weitere Informationen sowie der Call for Papers in Kürze unter www.asg-goe.de

Unterleuten

Juli Zeh. Luchterhand Literaturverlag, München 2016, 640 S., ISBN 978-3-630-87487-6, 24,99 €.

Gut informiert über mögliche Interessenskonflikte und gesellschaftliche Widersprüche in der ostdeutschen Provinz – vom Trauma der Zwangskollektivierung über die als Enteignung empfundene Umwandlung der LPG bis zum Vogelschutz – erzählt Juli Zeh aus unterschiedlichen Perspektiven die teilweise grotesken Wahrheiten der eingeborenen und zugezogenen Protagonisten in Unterleuten, einem fiktiven Dorf in Brandenburg. Realität und Erfundenes verschwimmen jedoch nicht nur in der Vorstellungswelt der Dorfbewohner – was letztlich zur Katastrophe führt – sondern auch zwischen dem Buch und der virtuellen Welt des Internets. Hier finden sich die Webseiten des in Unterleuten engagierten Windkraftprojektierers Vento Direct, des Dorfkruges „Der märkische Landmann“, des Vogelschutzbundes Unterleuten e.V. und des „Erfolgs“-Autors Manfred Gortz. ba

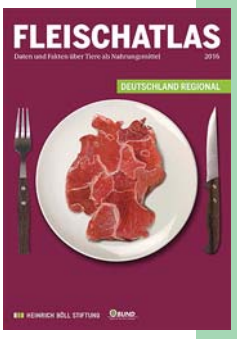
Fleischatlas 2016

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel – Deutschland Regional

Heinrich-Böll-Stiftung und Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) (Hrsg.). Berlin 2016, 52 S., Creative-Commons-Lizenz CC-BY-SA. kostenlos zu beziehen bei: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin, www.boell.de/fleischatlas

Immer mehr Menschen möchten wissen, wie ihre Lebensmittel und vor allem das Fleisch, das sie essen, hergestellt werden. Sie stellen sich Fragen nach den Auswirkungen der Fleischproduktion auf Umwelt, Gesundheit und Gerechtigkeit. Das ermutigt viele Initiativen und Unternehmen, sich für eine ökologische Form der Tierhaltung einzusetzen. Doch gleichzeitig werden immer neue Megaställe genehmigt, wird die Fleischproduktion für die internationalen Märkte ausgeweitet.

Der neue Fleischatlas 2016 – Deutschland Regional wirft einen Blick in die Bundesländer und zeigt anhand vieler Beispiele anschaulich, wie die gesellschaftlichen Ansprüche und die Realität der Fleischproduktion an vielen Orten weit auseinanderklaffen. cs



Beiträge zur Agrargeschichte der DDR

Siegried Kuntsche. VanDerner, Diekhof 2015, 469 S., ISBN 978-3-937747-19-4, 28,60 €.

Der aus Anlass seines 80. Geburtstages erschienene Band versammelt ausgewählte Arbeiten des Archivars und Historikers, darunter auch zwei aus der Zeit vor 1990. Nach dem Ende der DDR und dem Wegfall vorgegebener Betrachtungsweisen unternahm es Kuntsche, mit neuen Fragestellungen die Entwicklung der Landwirtschaft, des Dorfes und der Landbevölkerung in der DDR neu zu erschließen. Mehrere Texte befassen sich mit der ostdeutschen Bodenreform und der Kollektivierung der Landwirtschaft, weitere mit Teilaspekten der DDR-Landwirtschaft wie der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, der Geschichte der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) oder der Geschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Ergänzt wird der Band durch eine Publikationsliste und Daten zum Lebensweg des Autors. za

Wohnen in Sachsen-Anhalt im demographischen Wandel – Wie können Kommunen und Unternehmen auf Ansprüche einer älter werdenden Bewohnerschaft reagieren?

Barbara Warner und Florian Ringel, Europa regional 1/2015, Hrsg.: Leibniz-Institut für Länderkunde, Hannover

Barbara Warner und Florian Ringel haben auf Basis der Ergebnisse von zwei an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg durchgeführten Forschungsprojekten Handlungsempfehlungen für Kommunen und Unternehmen entwickelt. Deutlich wird, dass sich einerseits Unternehmen auf altersspezifische Wünsche und Bedürfnisse einstellen müssen und andererseits Kommunen gezwungen sein werden, sich in Zukunft verstärkt mit einer älteren Klientel zu beschäftigen. Als Schnittpunkt werden generationengerechte Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote gesehen. Kommunen können von einer altersgerechten Ausrichtung wirtschaftlich profitieren und den eigentlichen Ortskern wieder attraktiver machen. Der klassische suburbane Raum stellt momentan keinen attraktiven Wohnstandort für Senioren dar, kann aber z. B. durch Eigeninitiative von Wohneigentümern (Umbaumaßnahmen) und durch politische Entscheidungen (interkommunale Zusammenarbeit) aufgewertet werden.

Abrufbar unter http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-460967

Regionalwirtschaftliche Effekte durch Naturtourismus

Hubert Job, Cornelius Merlin, Daniel Metzler, Johannes Schamel und Manuel Woltering (2016), BfN-Skripte 431, Hrsg.: Bundesamt für Naturschutz, Bonn

Deutsche Nationalparke stellen wichtige Destinationen auf dem deutschen Naturtourismusmarkt dar. Ergebnis der aktuellen Studie der Universität Würzburg ist, dass die 15 Nationalparke, die vor 2015 in Deutschland ausgewiesen wurden, durchschnittlich rund 53 Mio. Besuchstage pro Jahr aufweisen, welche einen Bruttoumsatz von 2,78 Mrd. € bewirken. Von dem hieraus entstehenden Einkommen (Einkommensäquivalent) können mehr als 85 000 Menschen im Umfeld der Nationalparke leben. Die Autoren geben in der Studie Auskunft über die Gästestrukturen, die ausgeübten Aktivitäten, das Ausgabeverhalten, die Wahl des Verkehrsmittels bei der Anreise in die betreffende Region und die Motivation der Besucher und Besucherinnen der Nationalparke Deutschlands. Der Status als Nationalpark ist im Durchschnitt für rund 28 % der Gäste ein wichtiger Grund für den Aufenthalt in der Region. Die Spitzenwerte werden dabei vom Müritz Nationalpark (47,7 %) und dem ältesten Nationalpark Deutschlands, dem Bayerischen Wald (45,8 %), belegt.

Abrufbar unter www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript_431.pdf

Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012 – Neue Medien und dörflicher Wandel

Michaela Evers-Wölk, Britt Oertel, Sie Liong Thio, Carolin Kahlisch und Mattias Sonk (2015), Thünen Report 32 – Volume 5, Hrsg.: Johann Heinrich von Thünen-Instiut, Braunschweig

Das Forschungsteam vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) untersuchte zwei Dörfer über einen Zeitraum von zwei Jahren und beschäftigt sich dort mit der spezifischen Fragestellung „neue Medien“ als Bestimmungsfaktor des gesellschaftlichen Wandels. Erforscht wurden sowohl technische als auch sozio-kulturelle Aspekte von neuen Medien. Dabei wurden insbesondere die Infrastrukturausstattung mit Telekommunikation als wichtigem Standortfaktor, das Informations- und Kommunikationshandeln der Einwohner, die neuartigen Möglichkeiten für die Erwerbstätigkeit sowie die medialen Nutzungsmuster junger Menschen in den Blick genommen. Das Projekt „Neue Medien und dörflicher Wandel“ ist Teil der vom Thünen-Institut für Ländliche Räume koordinierten Verbundstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ und wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gefördert.

Abrufbar unter www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report_32-5.pdf

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander, M. A.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors / der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar. Abonnenten/Abonentinnen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe erhalten.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- €
plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.